

6 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/klima-der-glaube-an-einen-kollaps-macht-blind-ld.1728659>

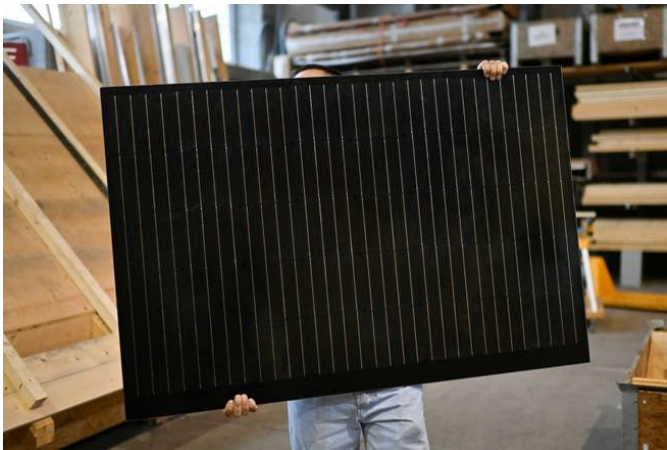
GASTKOMMENTAR

## Blind vor lauter Klimaangst – Der Glaube an den baldigen Kollaps ist menschenfeindlich

Inzwischen ist überdeutlich, dass die Umweltbewegung religiöse Züge trägt. Apokalyptische Visionen ersetzen dabei Vernunft und Wohlfahrt.

Lukas Weber

06.03.2023, 05.30 Uhr



Erneuerbar ist gut, aber nicht um jeden Preis. Montage eines Solarpanels im Lehrgang Solateur, Uzwil. Gian Ehrenzeller / KEYSTONE

Die Beschworung einer Umkehr von «böser» Energie – Kernkraft und fossilen Brennstoffen – zu «guter» Energie – Photovoltaik und Windrädern – macht die Energiewende zu einem **spirituell aufgeladenen Unterfangen, einer Art säkularer Heilslehre. Dies immunisiert sie gegen Zweifel und begründete Einwände hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit und ihrer gesellschaftlichen Wünschbarkeit.**

**Kernkraftwerke sind heute ein politischer Zankapfel von symbolischer Bedeutung.** Das war nicht immer so: Lange Zeit befürworteten sowohl die Linken als auch die Konservativen die Kernenergie. Der sozialdemokratische Bundesrat Willy Spühler zählte in den 1960er Jahren zu ihren wichtigsten Wegbereitern.

Selbst die Umweltschutzorganisation **Pro Natura** forderte 1965 den Bau von Atomkraftwerken. Fast fünfzig Jahre später verkündete die gleiche Organisation: «Atomstrom ist und bleibt dreckig, gefährlich, teuer und nicht CO2-neutral. Deshalb fordert Pro Natura den Atomausstieg.» Was war geschehen?

### Falscher Pessimismus

Die 68er Bewegung, die von den Universitäten ausging, hat den Westen grundlegend verändert. Ihre ideologische Grundlage war der Marxismus. Mit einfallsreichen Aktionen, subversiver Rhetorik und physischer Gewalt griff sie traditionelle Gemeinschaften wie Familie, Nation und Kirche an und schüchterte das Bürgertum – den Klassenfeind im marxistischen Verständnis – ein.

Heute führen Bewegungen wie «Fridays for Future» oder «Extinction Rebellion» die 68er Bewegung fort. Es ist dieser gelungen, linke Ideen in allen sozialen Schichten, auch der bürgerlichen, und sämtlichen Lebensbereichen zu verbreiten, insbesondere in der Bildung, den Medien und der Kultur, aber auch in der Wissenschaft, der Verwaltung, der Wirtschaft und sogar den Kirchen. Es fand **eine Kulturrevolution** statt.

Ebenfalls 1968 gründeten Wissenschaftler und Industrielle den **Club of Rome**. Dessen Studie «Die Grenzen des Wachstums» prognostizierte katastrophale Folgen für Mensch und Natur, wenn die Industrialisierung voranschreite. **Obwohl die Prognosen weitgehend übertrieben und falsch waren, gewann der Pessimismus, den sie ausdrückten, von da an die Oberhand.** Die Zuversicht, die bis dahin Wissenschaft und Wirtschaft beflügelt hatte, wich allmählich der Melancholie.

**Marxismus und Melancholie** legten die geistigen Grundlagen für die heutige Umweltbewegung. Diese war einst aus konservativen Strömungen hervorgegangen und wurde dann von diesen durchdrungen. **Dazu kamen Verbindungen zum Pazifismus, Hedonismus und, über die Hippiebewegung, zur Esoterik.** Die Botschaft lautete, dass die westliche Zivilisation und Technik im Grunde zerstörerische Kräfte seien. Dieser Glaube liegt auch der gegenwärtigen Energie- und Klimapolitik zugrunde.

### **Unmenschlicher Energieverzicht**

Dass der Mensch die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren muss, versteht sich von selbst. **Die tiefste Frage ist jedoch nicht materieller Art. Der Mensch ist ein geistiges und moralisches Wesen. Die Herrschaft des Menschen über die Natur bedeutet nicht Zerstörung, sondern Kultivierung.** Im **Schöpfungsbericht der Bibel** heisst es: «Gott, der Herr, nahm den Menschen und gab ihm seinen Wohnsitz im Garten von Eden, damit er ihn bearbeite und hüte.»

**Heute wird dem biblischen Schöpfungsverständnis ein Bild des Menschen als eine Art Krebsgeschwür der Natur entgegengestellt.** Das menschliche Wohlergehen fällt der gegenwärtigen Energie- und Klimapolitik zum Opfer. **Diese bringt keine Energieversorgung zum Wohl der Menschen, sondern zielt auf Energieverzicht ab.**

Der Ersatz von hochkonzentrierter und konstanter Energie (Fossile und Uran) durch niedrigkonzentrierte und sporadische Energie (Sonne und Wind) führt sehr rasch zu **Unterversorgung und Mangel. Forderungen, auf Kernenergie zu verzichten oder den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um jeden Preis zu reduzieren, sind daher unmenschlich.**

### **Ein Lob dem Erfindungsgeist**

Oberflächlich betrachtet ist die heutige Energie- und Klimapolitik eine angemessene Reaktion auf den prekären Zustand unseres Planeten, der angeblich kurz vor dem Kollaps steht, der wiederum nur durch radikale Massnahmen verhindert werden kann. Dieses Bild führt jedoch in die Irre. **Der menschliche Erfindungsgeist schafft ständig neue, zuvor unbekannte Möglichkeiten, um auf Herausforderungen zu reagieren.**

Der Umweltökonom **Björn Lomborg** erinnert beispielsweise daran, dass die Zahl der Todesfälle durch **Wetterkatastrophen in den letzten hundert Jahren stark zurückgegangen ist.** Besonnene Autoren wie Lomborg oder auch Michael Shellenberger und Alex Epstein sind neben den Al Gores und Greta Thunbergs dieser Welt kaum bekannt.

Der rastlose menschliche Geist will nicht nur das verstehen, was er mit seinen Sinnen beobachten kann, sondern auch das, was jenseits der materiellen Existenz liegt. **Wenn Menschen die Antworten auf ihre spirituellen Fragen nicht mehr in der Religion finden, suchen sie sie anderswo.** Die Umweltbewegung mit ihren apokalyptischen Visionen und heilsgeschichtlichen Rezepten trägt deutliche Züge einer religiösen Bewegung.

**Lukas Weber ist Elektroingenieur ETH und Präsident der Arbeitsgruppe Christen und Energie.**

6 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/zuersch-der-mens-urlaub-in-der-stadtverwaltung-schadet-den-frauen-ld.1728222>

KOMMENTAR

## Menstruierende Frauen erhalten bei der Stadt Zürich eine Spezialbehandlung. Die Linke feiert das als Feminismus – sie irrt

Der bezahlte Mens-Urlaub für Staatsangestellte ist eine Bankrotterklärung für die Gleichstellung von Mann und Frau.

Isabel Heusser

06.03.2023, 05.01 Uhr



Frauen in der Stadtverwaltung sind angehalten, ihre Periodenschmerzen mit der Chefin oder dem Chef zu besprechen. **Imago**

In der Zürcher Stadtverwaltung hat die Frau einen besonderen Status. Sie gilt als schützenswertes Wesen. Ein Wesen, dem man es offenbar nicht zumuten will, ohne staatliche Fürsorge durch den strapaziösen Arbeitsalltag zu kommen. Deshalb sollen künftig weibliche Angestellte – nonbinäre und Transpersonen eingeschlossen – mit einem Privileg ausgestattet werden: dem Menstruationsurlaub.

Der von Rot-Grün ins Stadthaus getragene Pilotversuch geht so: Frauen, die während der Periode regelmässig starke Schmerzen haben, dürfen monatlich bis zu fünf bezahlte freie Tage beziehen. Ziel ist es, die Menstruation zu «enttabuisieren». Die Frauen, die diese Spezialregelung in Anspruch nehmen wollen, sind deshalb explizit angehalten, mit der Chefin oder dem Chef das Gespräch zu suchen. Eine städtische Dienstabteilung soll den zweijährigen Test wissenschaftlich begleiten.

Das klingt wie eine Beschäftigungstherapie für gelangweilte Beamte in einer ohnehin schon aufgeblasenen Verwaltung. Doch den Linken ist es vollkommen ernst. Eine Parlamentarierin der Alternativen Liste drückte es so aus: «Die eigene Aktivität und Leistungsfähigkeit nach dem Monatszyklus auszurichten, ergibt absolut Sinn.»

Die städtischen Mitarbeiterinnen bekommen also aufgrund ihres Geschlechts eine Sonderbehandlung. Das ist ein krasser Widerspruch zum Leitgedanken der Gleichstellung, deren Implementierung sich die Linksparteien eigentlich verschrieben haben: Frau und Mann sollen dieselben Rechte haben, unabhängig von ihren biologischen Funktionen. Trotzdem feiert Rot-Grün den Mens-Dispens als feministisches Anliegen.

Das Gegenteil ist der Fall. Wenn Frauen am Arbeitsplatz ernsthaft ihren Zyklus zum Thema machen müssen, dann gute Nacht, liebe Gleichberechtigung.

Heftige Periodenschmerzen sind nicht die Norm. Aber, natürlich, die Menstruation kann unangenehm sein. Und manchmal ist sie so schmerzhaft, dass an arbeiten nicht zu denken ist. Das Gleiche gilt bei Migräne, Arthritis-Schüben oder Bandscheibenvorfällen – alles Beschwerden, die bei Betroffenen regelmässig auftreten können. Trotzdem gibt es für sie kein spezielles Label.

Das ist auch richtig so. Wer krank ist, bleibt zu Hause und reicht bei längerer Abwesenheit ein Arztzeugnis ein. Der Grund hat den Arbeitgeber nicht zu interessieren. Warum also sollten Frauen ausgerechnet über ihren Hormonhaushalt Rechenschaft ablegen müssen?

Interessant ist, dass sich ausgerechnet diejenigen Kreise für eine Sonderregelung eingesetzt haben, die gleichzeitig nach mehr Frauen im Berufsleben und in Führungspositionen rufen. Denn der Mens-Dispens schwächt die Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt. Wenn Chefs damit rechnen müssen, dass ihre Mitarbeiterinnen bis zu einem Viertel der Arbeitszeit fehlen, werden sie genauer darüber nachdenken, ob sie wirklich Frauen anstellen wollen.

Das dürfte auch den Zürcher Grünen, die den Mens-Dispens ursprünglich initiiert haben, bewusst sein. Ihnen ist ihr eigener Vorstoss nicht ganz geheuer: Sie betonen, die Regelung dürfe auf keinen Fall dazu führen, dass Frauen beruflich schlechtergestellt würden.

Das Zürcher Staatspersonal genießt schon heute zahlreiche Privilegien. Mit den Frauen meinen es die Linken besonders gut. Erst kürzlich haben sie Schwangeren einen dreiwöchigen Urlaub vor dem errechneten Geburtstermin zusätzlich zum Mutterschaftsurlaub aufgezwungen, auch wenn es keinen Grund für eine medizinische Krankschreibung gibt. Dass es Frauen geben könnte, die selbst bestimmen wollen, wie lange sie während der Schwangerschaft arbeiten, scheint für sie undenkbar.

Jahrelang haben Frauen dafür gekämpft, in der Gesellschaft und somit auch in der Arbeitswelt gleichberechtigt behandelt zu werden. Sie haben sehr vieles erreicht. Der Mens-Dispens wirft sie zurück. Mit Feminismus hat er nichts zu tun. Viel eher verfestigt er das sonderbare Frauenbild der Linken: jenes des schwachen Geschlechts.

6 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/das-verrecken-der-russen-betrachten-wie-videos-in-den-sozialen-netzwerken-unsere-wahrnehmung-des-krieges-beeinflussen-ld.1728216>

KOMMENTAR

## Das Verrecken der Russen betrachten: Das glorifizierte Gemetzel in den sozialen Netzwerken verzerrt die Realität

In brutalen Videos von der Front wird die Vernichtung russischer Truppen inszeniert. Doch der «War-Porn» hat seine Tücken. Wir sollten uns von der zur Schau gestellten Entmenschlichung nicht anstecken lassen.

Jonas Roth

06.03.2023, 05.30 Uhr

Nachdem am frühen Morgen des 24. Februar 2022 die ersten russischen Panzer über die Grenze zur Ukraine gerollt waren, dauerte es nicht lange, bis eine Flut von Videos über das Internet hereinbrach. Aus den Fenstern ihrer Wohnungen filmten verängstigte Ukrainer die vorrückenden Fahrzeugkolonnen im Süden und die Luftlandeoperation im Norden des Landes. Sie filmten die Soldaten auf den Strassen, die Raketeneinschläge und die ersten Todesopfer von Putins Invasion.

Die Aufnahmen in den sozialen Netzwerken bestärkten die Fassungslosigkeit, die sich an diesem 24. Februar angesichts des Angriffskriegs in Europa breitmachte.

Auch in den folgenden Wochen und Monaten ging die Flut der Bilder nicht zurück. Bald zeigten die Videos den Zusammenhalt der Menschen in den U-Bahn-Stationen und Bunkern; sie zeigten, wie sich mutige Männer und Frauen den russischen Panzern entgegenstellten. Sie schockierten, als sie das Massaker von Butscha oder die Kriegshölle in Mariupol zeigten. Sie liessen hoffen, als die Ukrainer im Herbst in Charkiw und Cherson Dorf um Dorf zurückeroberten. Die Aufnahmen fesselten, bestürzten, überraschten.

Heute ist der Krieg ein anderer – und mit ihm haben sich die Videos gewandelt, die in den sozialen Netzwerken kursieren. Die Fronten im Süden und Osten des Landes haben sich zum verlustreichen Stellungskrieg verhärtet. In der apokalyptischen Szenerie dokumentieren nun die Helmkameras der Soldaten in den Schützengräben und die Drohnen in der Luft die grausame Realität des Gemetzels. Das aus nächster Nähe zur Schau gestellte Sterben ist schwer ertragbar – doch noch immer werden diese Aufnahmen tausendfach geteilt.

Dabei fällt auf, dass die grosse Mehrheit dieser Videos von der ukrainischen Seite stammt, die die Öffentlichkeit quasi live an der Vernichtung russischer Truppen teilhaben lässt. Die Frage stellt sich: Was wird mit diesen Videos bezweckt? Und wie beeinflussen sie unsere Wahrnehmung des Krieges?

### Die Macht der Bilder

Darstellungen von Kriegen, Konflikten und Greueln üben spätestens seit Homers «Ilias» eine grosse Faszination auf die Menschheit aus. Monumentale Schlachtengemälde zeugten von Siegen, Niederlagen und ihren Opfern, schufen Heldenmythen und prägten nationalstaatliche Narrative. Mit dem Aufkommen von Fotografie und Film wurde ein neues, mächtiges Instrument geboren, durch das eine breite Masse an den Schrecken des Krieges teilhaben konnte.

Bilder des Leids haben eine ungeheure Macht. Nach dem Zweiten Weltkrieg trugen die Aufnahmen aus den Vernichtungslagern von Auschwitz und Dachau zur europäischen «Nie wieder»-Mentalität bei; die Eindrücke der Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki durch Atombomben prägen bis heute die geopolitischen Debatten. Im Vietnamkrieg mobilisierten Fotos von Kriegsopfern die Massen auf der ganzen Welt.

Gleichzeitig lassen sich Darstellungen des Krieges instrumentalisieren, indem sie Ressentiments und Rachegefühle schüren. Immer wieder wurden Fotos und Filmaufnahmen beigezogen, um kriegerische Interventionen zu rechtfertigen – in Jugoslawien, in Syrien, im Donbass.

In ihrem Essay «Das Leiden der anderen betrachten» aus dem Jahr 2003 schrieb die inzwischen verstorbene amerikanische Schriftstellerin Susan Sontag: «Fotos von einer Greuelthat können gegensätzliche Reaktionen hervorrufen. Den Ruf nach Frieden. Den Schrei nach Rache. Oder einfach das dumpfe, ständig mit neuen fotografischen Informationen versorgte Bewusstsein, dass immer wieder Schreckliches geschieht. Manche Leute haben lange geglaubt, wenn man das Grauen nur anschaulich genug darstelle, würden die meisten Menschen die Ungeheuerlichkeit und den Wahnsinn des Krieges schliesslich begreifen.»

### **Brutalität in Echtzeit**

Doch heute lassen sich die grausigen Realitäten des Krieges mehr denn je aus nächster Nähe betrachten, auch da, wo keine Journalisten mit Kameras vor Ort sind. Zu dieser Entwicklung haben die sozialen Netzwerke entscheidend beigetragen. In den Echokammern von Twitter und Telegram verbreitet sich die filmisch festgehaltene Brutalität praktisch in Echtzeit und ohne Moderation: Leichenberge von Wagner-Söldnern, Nahkampf im Schützengraben, explodierende Panzer.

Natürlich haben die zumeist ukrainischen Videos von den Frontabschnitten bei Bachmut, Kreminna oder Wuhledar einen propagandistischen Charakter: Sie sollen den Gegner abschrecken, der Bevölkerung die Stärke der eigenen Truppen demonstrieren sowie den Verbündeten die Wirksamkeit der gelieferten Waffen. Mit einigem Erfolg, denn es waren nicht zuletzt die schockierenden Bilder aus dem Kriegsgebiet, die wesentlich zur anhaltenden Solidarität mit der Ukraine beigetragen und den Wehrwillen der Ukrainer intensiviert haben.

Die Fülle an Videomaterial aus dem Kriegsgebiet kann auch ein wahrer Schatz sein. Sie erlaubt etwa die Aufklärung von Kriegsverbrechen, wie sich in minutiösen Recherchen zum Massaker von Butscha gezeigt hat. Sie macht es möglich, [die zerstörerischen Strategien der russischen Kriegsführung](#) genau nachzuzeichnen. Nie zuvor liess sich ein bewaffneter Konflikt derart unmittelbar analysieren und aufarbeiten. Nicht nur Journalisten, sondern auch Militärstrategen, Generäle und Aussenpolitiker können aus diesem Material ihre Schlüsse ziehen.

### **Die bequeme Seite der Realität**

Werden diese Aufnahmen allerdings ohne Einordnung und Kontext weiterverbreitet, entsteht allzu rasch ein Zerrbild der Realität: Es wird suggeriert, die Ukrainer seien unantastbar, während die Russen in ihren Sturmangriffen der sichere Tod erwarte. Tatsächlich hat etwa die Schlacht von Bachmut gezeigt, dass für Putin und den Wagner-Boss Jewgeni Prigoschin kein Blutzoll zu hoch ist. Doch auch die Ukrainer bezahlen ihren erbitterten Widerstand mit Tausenden Toten – nur wird dieser Umstand kaum je in Bildern gezeigt, und die ukrainischen Opferzahlen sind ein gut gehütetes Geheimnis.

Natürlich existieren auch zahllose Videos aus russischen Quellen, die in einschlägigen Telegram-Kanälen nicht minder grässlich und glorifizierend daherkommen. Allerdings werden diese Aufnahmen im Westen nur äusserst selten weiterverbreitet. Es ist mitunter bequemer, nur die eine Seite der Realität wahrzunehmen. Doch das ist ein Fehler.

Manch einer lässt sich allzu schnell von den ukrainischen Erfolgsmeldungen euphorisieren – das gilt auch für Journalistinnen und Journalisten. Als kürzlich Videos von Dutzenden zerstörten Panzern auftauchten, die von einer krachenden russischen Niederlage bei Wuhledar zeugten, stimmten zahlreiche Medien in einen triumphalen Tenor ein, laut dem die mit Unbehagen antizipierte Frühjahrsoffensive Moskaus bereits gescheitert sei. Davon kann aber noch nicht die Rede sein, Russland hat den Druck an mehreren Frontabschnitten erhöht. In der umkämpften Stadt Bachmut hat jedoch Kiew jüngst wieder etwas Spielraum gewonnen. Derweil bleibt unklar, ob die Ukraine in absehbarer Zeit die Kapazitäten für eine wirksame Offensive aufbringen kann.

## **Diabolisierung und Entmenschlichung**

Darüber hinaus bedienen die Aufnahmen augenscheinlich noch eine weitere Nachfrage: die eigentümliche Lust daran, mitzuerleben, wie die Russen gehörig aufs Dach kriegen. So wie das Abschlichten von Nazis zu einem eigenen Hollywood-Genre geworden ist, ruft das Verrecken der Russen bei manchen eine eigentümliche Genugtuung hervor.

In manchen Kanälen werden Leichen russischer Soldaten schamlos als Kriegstrophäen ausgestellt, und in den Kommentaren wird der Tod der Invasoren gefeiert. Eine besonders perfide Gattung sind jene Videos von Drohnen, die ihre Granaten so lange in russische Schützengräben und Fuchslöcher abwerfen, bis sich darin nichts mehr bewegt. Es ist die grausige Realität des Krieges – aber kombiniert mit harten Bässen erhalten diese glorifizierenden Darstellungen einen fast schon pornografischen Charakter.

Solche Aufnahmen entmenschlichen das Töten und ästhetisieren es zugleich auf groteske Weise. Verrohung im Rahmen des Krieges gibt es zwar nicht erst seit gestern – aber zum ersten Mal kann eine breite Öffentlichkeit ungefiltert an ihr teilhaben. Besonders irritierend ist, dass auch die [offiziellen Kanäle](#) der ukrainischen Streitkräfte solches Material verbreiten und das Töten der pauschalisierend als «Orks» bezeichneten Russen genüsslich inszenieren.

Zwar sind die Diabolisierung und die Entmenschlichung der Invasoren aus ukrainischer Perspektive zu einem gewissen Grad als Bewältigungsstrategie nachvollziehbar. Allerdings gilt es gerade auch im Westen, sich von erbittertem Hass auf alles Russische nicht anstecken zu lassen. Der wahre Kriegstreiber sitzt als Diktator im Kreml, doch es wird ein Russland nach Putin geben. Es wird auch im Interesse des Westens sein, diesem künftigen Russland nicht mit Verachtung, sondern mit ausgestreckter Hand entgegenzutreten.

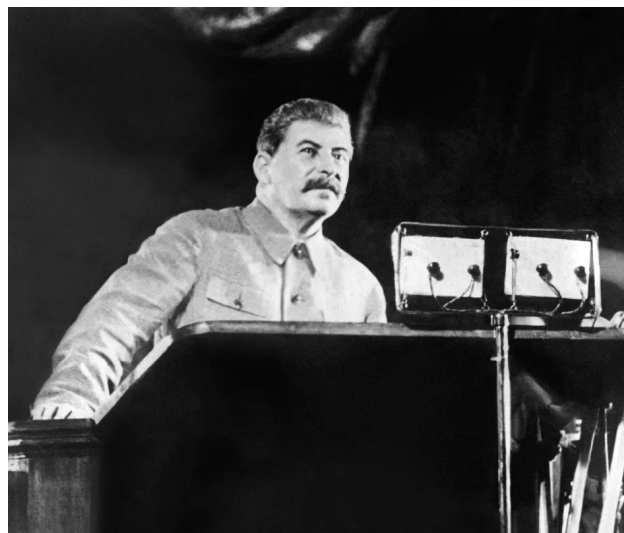
6 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/livres/le-jour-ou-la-france-pleura-l-un-des-pires-tyrans-du-xxe-siecle-20230222>

## Mort de Staline: le jour où la France pleura l'un des pires tyrans du XXe siècle

Par [Jacques de Saint Victor](#)

Publié le 22/02/2023 à 16:00 , mis à jour hier à 09:46



Staline, lors d'un discours, en 1937 à Moscou. *AFP*

**LA CHRONIQUE DE JACQUES DE SAINT VICTOR - Lorsque le dictateur mourut en 1953, une pluie d'hommages salua celui qui mit en place un système totalitaire abominable et demeurera directement responsable de la mort de plusieurs millions de personnes.**

**Le 5 mars 1953, la France semble frappée par un de ces élans d'aveuglement dont elle a le secret.** Du siège du PCF jusqu'au Collège de France, en passant par le Palais Bourbon, une partie de la presse et du monde catholique, c'est un fleuve de lamentations qui se répand pour regretter la disparition de Staline, un des plus cruels dictateurs du XX<sup>e</sup> siècle. Poètes en tête, la «nation des droits de l'homme» s'installe dans la posture de la famille triste et éplorée pour saluer la mort du responsable du Goulag et de plusieurs millions de morts.

*L'Humanité* titre son édition spéciale du 6 mars «*Deuil pour tous les peuples qui expriment dans le recueillement leur immense amour pour le grand Staline*». La conférence nationale du PCF s'interrompt et tous les délégués, «*visage empreint d'une douleur immense*», pleurent comme des chaises ; «*partout les cœurs sont empoignés par l'angoisse*».

La presse du parti évoque les «*innombrables manifestations dans les entreprises*», la tristesse de la jeunesse et des vieux travailleurs qui, malgré leur petite retraite, se cotiseraient, dit la propagande, pour envoyer des fleurs à **celui que Paul Éluard désignait dans un film de propagande de 1949 comme «le meilleur des hommes» (sic)**. On s'émeut. Une chapelle ardente est dressée 120, rue La Fayette au siège de la fédération de la Seine, où de grands placards sont affichés sur la rue : «*Gloire immortelle des communistes du monde entier à l'architecte du communisme*.»



Le Sénat sauve l'honneur On ouvre des registres de condoléances où chacun peut exprimer sa peine. Le 10 mars, le parti organise au Vél d'Hiv' (ce lieu tragique ne sera détruit qu'en 1959) une veillée d'hommage. Dans ce festival d'emphase, Aragon occupe une place de choix avec son article du 12 mars dans *Les Lettres françaises*, «Staline et la France» (ce numéro fera beaucoup parler à cause du portrait de Staline en jeune homme par Picasso qui ne plaît pas aux orthodoxes du parti parce que le dictateur défunt n'y est pas représenté selon les canons du réalisme soviétique ; Aragon s'empressera de faire son «autocritique»). L'auteur d'*Aurélien* n'hésite pas à écrire: «*La France doit à Staline son existence de nation*». Il vise évidemment la victoire sur le nazisme, mais tout de même...

Le 14, surpassant *l'Humanité*, *France Nouvelle*, organe du comité central, écrit: «*Le cœur de Staline (...) a cessé de battre. Mais le stalinisme vit. Il est immortel (...). Les communistes s'efforceront de mériter (...) le titre d'honneur de staliniens*», ce que reprendra Jacques Duclos, déclarant devant la conférence nationale vouloir être digne de porter à jamais le «*beau titre de stalinien*» (sic).

Il est, avouons-le, facile d'ironiser aujourd'hui sur ces expressions affligeantes, voire déshonorantes, d'une vénération quasi religieuse pour un des pires tyrans du XX<sup>e</sup> siècle, sadique et cruel. Mais le plus triste, c'est que ce culte de la personnalité post mortem n'émane pas seulement en 1953 de dirigeants communistes ou de leurs affidés de la CGT. Il frappe aussi tous azimuts.

L'ancien ministre radical Pierre Cot a perdu toute lucidité en écrivant dans la *Pravda* du 9 mars 1953: «*La mort de Staline est un immense malheur pour l'humanité. Comment lui rendre l'hommage qu'il mérite? (...) Avant tout je veux parler de son humanité. Parmi ses qualités et ses dons, ce trait de caractère m'a paru particulièrement éminent.*» L'humanité de Staline, le compliment est savoureux de la part d'un politique qui fut Prix Staline...

Il est, avouons-le, facile d'ironiser aujourd'hui sur ces expressions affligeantes, voire déshonorantes, d'une vénération quasi religieuse pour un des pires tyrans du XX<sup>e</sup> siècle, sadique et cruel

Ces esprits cultivés savent pourtant les soupçons qui pèsent sur le «tsar rouge», la peur qu'il faisait régner au Kremlin, sa cruauté, son incompetence et sa paranoïa. Ils ont pu avoir connaissance de la folie du Goulag ou des purges staliniennes au moins depuis le procès du transfuge Victor Kravchenko, en 1949. Mais ils ne veulent pas y croire et le déni triomphe, y compris dans la classe politique non-communiste. Rien de plus embarrassant que cette réaction typiquement française qui, au nom des «idéaux» progressistes, est prête à fermer les yeux sur l'horreur.

Dès l'annonce du décès de Staline, le gouvernement décidait la mise en berne des drapeaux et des pavillons dans l'armée et la marine. Cette mesure, précise l'historien Jean-Marie Goulemot, suscita quand même un vent de protestations chez certains, parce que les soldats français se battaient au même moment contre le Viêt-minh, alimenté en sous-main par les Soviétiques. L'armée décida de ne pas transmettre cette demande aux régiments opérant en Indochine et en Corée. La mort du «*vainqueur du nazisme*» fut en revanche saluée en grande pompe à l'Assemblée nationale, où le président, l'indéboulonnable Édouard Herriot, maire radical-socialiste de Lyon, proposa à tous les députés de se lever pour lui rendre hommage. Herriot se rappelait peut-être son voyage officiel de l'été 1933, notamment en Ukraine (où il ne vit rien de la grande famine, l'Holodomor, provoquée depuis 1932, parlant même de «*fausse famine*»).

Plus grave, il ne se trouva qu'un seul député pour refuser de participer à l'hommage de celui qui n'avait pas hésité, en 1939, à passer un pacte avec Hitler pour mieux permettre le dépeçage de la Pologne et l'invasion du territoire français (et ce grand «ami» de la France avait aussi proposé, selon les mémoires de Churchill, que les Anglais aient après la guerre des bases militaires permanentes dans notre pays). Le nom du parlementaire qui osa ne pas se lever à la gloire du «*défenseur de la paix mondiale*» (sic) est aujourd'hui bien oublié. Il s'agissait de Jean Le Bail, député socialiste de la Haute-Vienne. Ce normalien n'avait pas toujours été aussi éclairé ; il fut avant-guerre un pacifiste acharné, partisan des accords de Munich, et, durant la guerre, il s'était abstenu autant de servir Vichy que d'entrer dans la Résistance, car, pour lui, seuls les Alliés pouvaient libérer la France. Il dénoncera après-guerre le mythe «*résistancialiste*».

Ceux qui osèrent ne pas suivre la pensée dominante furent plus nombreux au Sénat (où, malgré l'insistance des sénateurs communistes, il n'y eut pas d'hommage) et dans la presse. Mais les propos d'un Aron ou d'un Mauriac dans *Le Figaro*, d'un Claude Bourdet dans *L'Observateur*, ou quelques esprits libres dans *Le Monde*, *Franc-Tireur* ou *Carrefour* (avec Jules Monnerot) furent à l'époque délégitimés selon le procédé toujours en vogue aujourd'hui.

**Le tyran Hitler est mort et après sa mort on a tout su, le tyran Staline mourra et on saura tout**

*Victor Kravchenko*

Dans *Le Peuple* du 15 avril 1953, la CGT attaquait: «*La haine que la bourgeoisie capitaliste de notre pays et ses agents scissionnistes dans le mouvement ouvrier ont vouée à Staline est un témoignage de plus de tout ce qu'il représentait d'espérances (...) pour les opprimés.*» On dénoncera les «*malpropres calomnies*» (G. Sauria) des «*vauriens dollarisés de la politocailerie et de la presse*» ou des «*enrégimentés de Wall Street*». L'intimidation marche. Une partie de la droite, qui n'ignore pas les forfaits de Staline, se contente de parler d'«*ogre*», comme dans une fable, ou de le comparer à Cromwell, Robespierre ou Napoléon, ce qui finit par l'absoudre de ses crimes. Au fond, se dit-on, tous les grands hommes d'État commettent des forfaits, Staline pas plus que les autres. Même les gaullistes n'ont pas vis-à-vis de lui un jugement très sévère à l'époque. Certes, l'histoire retiendra que de Gaulle traitait l'URSS comme la continuité de l'éternelle Russie. Il n'empêche, rappelle Boris Souvarine, que le Général jugera le bilan de Staline «*positif, ô combien, pour la Russie, qui le reconnaîtra un jour*». C'est précisément ce qu'est en train de tenter de faire Poutine sous nos yeux.

«*Le tyran Hitler est mort et après sa mort on a tout su, le tyran Staline mourra et on saura tout*», avait espéré Victor Kravchenko, à la suite du procès qu'il gagna.

## Le Sénat sauve l'honneur

On ouvre des registres de condoléances où chacun peut exprimer sa peine. Le 10 mars, le parti organise au Vél d'Hiv' (ce lieu tragique ne sera détruit qu'en 1959) une veillée d'hommage. Dans ce festival d'emphase, Aragon occupe une place de choix avec son article du 12 mars dans *Les Lettres françaises*, «*Staline et la France*» (ce numéro fera beaucoup parler à cause du portrait de Staline en jeune homme par Picasso qui ne plaît pas aux orthodoxes du parti parce que le dictateur défunt n'y est pas représenté selon les canons du réalisme soviétique ; Aragon s'empressera de faire son «*autocritique*»). L'auteur d'*Aurélien* n'hésite pas à écrire: «*La France doit à Staline son existence de nation*». Il vise évidemment la victoire sur le nazisme, mais tout de même...

Le 14, surpassant *l'Humanité*, *France Nouvelle*, organe du comité central, écrit: «*Le cœur de Staline (...) a cessé de battre. Mais le stalinisme vit. Il est immortel (...). Les communistes s'efforceront de mériter (...) le titre d'honneur de staliniens*», ce que reprendra Jacques Duclos, déclarant devant la conférence nationale vouloir être digne de porter à jamais le «*beau titre de stalinien*» (sic).

Il est, avouons-le, facile d'ironiser aujourd'hui sur ces expressions affligeantes, voire déshonorantes, d'une vénération quasi religieuse pour un des pires tyrans du XX<sup>e</sup> siècle, sadique et cruel. Mais le plus triste, c'est que ce culte de la personnalité post mortem n'émane pas seulement en 1953 de dirigeants communistes ou de leurs affidés de la CGT. Il frappe aussi tous azimuts. L'ancien ministre radical Pierre Cot a perdu toute lucidité en écrivant dans la *Pravda* du 9 mars 1953: «*La mort de Staline est un immense malheur pour l'humanité. Comment lui rendre l'hommage qu'il mérite? (...) Avant tout je veux parler de son humanité. Parmi ses qualités et ses dons, ce trait de caractère m'a paru particulièrement éminent.*» L'humanité de Staline, le compliment est savoureux de la part d'un politique qui fut Prix Staline...

Il est, avouons-le, facile d'ironiser aujourd'hui sur ces expressions affligeantes, voire déshonorantes, d'une vénération quasi religieuse pour un des pires tyrans du XXe siècle, sadique et cruel

Ces esprits cultivés savent pourtant les soupçons qui pèsent sur le «tsar rouge», la peur qu'il faisait régner au Kremlin, sa cruauté, son incompetence et sa paranoïa. Ils ont pu avoir connaissance de la folie du Goulag ou des purges staliniennes au moins depuis le procès du transfuge Victor Kravchenko, en 1949. Mais ils ne veulent pas y croire et le déni triomphe, y compris dans la classe politique non-communiste. Rien de plus embarrassant que cette réaction typiquement française qui, au nom des «idéaux» progressistes, est prête à fermer les yeux sur l'horreur.

Dès l'annonce du décès de Staline, le gouvernement décidait la mise en berne des drapeaux et des pavillons dans l'armée et la marine. Cette mesure, précise l'historien Jean-Marie Goulemot, suscita quand même un vent de protestations chez certains, parce que les soldats français se battaient au même moment contre le Viêt-minh, alimenté en sous-main par les Soviétiques. L'armée décida de ne pas transmettre cette demande aux régiments opérant en Indochine et en Corée. La mort du «vainqueur du nazisme» fut en revanche saluée en grande pompe à l'Assemblée nationale, où le président, l'indéboulonnable Édouard Herriot, maire radical-socialiste de Lyon, proposa à tous les députés de se lever pour lui rendre hommage. Herriot se rappelait peut-être son voyage officiel de l'été 1933, notamment en Ukraine (où il ne vit rien de la grande famine, l'Holodomor, provoquée depuis 1932, parlant même de «*fausse famine*»).

Plus grave, il ne se trouva qu'un seul député pour refuser de participer à l'hommage de celui qui n'avait pas hésité, en 1939, à passer un pacte avec Hitler pour mieux permettre le dépeçage de la Pologne et l'invasion du territoire français (et ce grand «ami» de la France avait aussi proposé, selon les mémoires de Churchill, que les Anglais aient après la guerre des bases militaires permanentes dans notre pays). Le nom du parlementaire qui osa ne pas se lever à la gloire du «*défenseur de la paix mondiale*» (sic) est aujourd'hui bien oublié. Il s'agissait de Jean Le Bail, député socialiste de la Haute-Vienne. Ce normalien n'avait pas toujours été aussi éclairé ; il fut avant-guerre un pacifiste acharné, partisan des accords de Munich, et, durant la guerre, il s'était abstenu autant de servir Vichy que d'entrer dans la Résistance, car, pour lui, seuls les Alliés pouvaient libérer la France. Il dénoncera après-guerre le mythe «*résistancialiste*».

Ceux qui osèrent ne pas suivre la pensée dominante furent plus nombreux au Sénat (où, malgré l'insistance des sénateurs communistes, il n'y eut pas d'hommage) et dans la presse. Mais les propos d'un Aron ou d'un Mauriac dans *Le Figaro*, d'un Claude Bourdet dans *L'Observateur*, ou quelques esprits libres dans *Le Monde*, *Franc-Tireur* ou *Carrefour* (avec Jules Monnerot) furent à l'époque délégitimés selon le procédé toujours en vogue aujourd'hui.

### **Le tyran Hitler est mort et après sa mort on a tout su, le tyran Staline mourra et on saura tout**

*Victor Kravchenko*

Dans *Le Peuple* du 15 avril 1953, la CGT attaquait: «*La haine que la bourgeoisie capitaliste de notre pays et ses agents scissionnistes dans le mouvement ouvrier ont vouée à Staline est un témoignage de plus de tout ce qu'il représentait d'espérances (...) pour les opprimés.*» On dénoncera les «*malpropres calomnies*» (G. Sauria) des «*vauriens dollarisés de la politicaillerie et de la presse*» ou des «*enrégimentés de Wall Street*». L'intimidation marche. Une partie de la droite, qui n'ignore pas les forfaits de Staline, se contente de parler d'«*ogre*», comme dans une fable, ou de le comparer à Cromwell, Robespierre ou Napoléon, ce qui finit par l'absoudre de ses crimes. Au fond, se dit-on, tous les grands hommes d'État commettent des forfaits, Staline pas plus que les autres. Même les gaullistes n'ont pas vis-à-vis de lui un jugement très sévère à l'époque. Certes, l'histoire retiendra que de Gaulle traitait l'URSS comme la continuité de l'éternelle Russie. Il n'empêche, rappelle Boris Souvarine, que le Général jugera le bilan de Staline «*positif, ô combien, pour la Russie, qui le reconnaîtra un jour*». C'est précisément ce qu'est en train de tenter de faire Poutine sous nos yeux.

«Le tyran Hitler est mort et après sa mort on a tout su, le tyran Staline mourra et on saura tout», avait espéré Victor Kravchenko, à la suite du procès qu'il gagna.

## **L'horreur du stalinisme**

Malheureusement, il faudra attendre dans le cas de Staline. Certes, quelques mois après sa mort, l'édifice totalitaire s'effrite, et le parti occulte le nom de Staline. Mais ce n'est qu'après le rapport Khrouchtchev, lors du 20<sup>e</sup> congrès du Parti communiste, en 1956, qu'on réalisera pleinement l'horreur du stalinisme. Tout ce qu'avaient écrit les «*vauriens dollarisés*» n'était pas de «*malpropres calomnies*», et bien rare seront désormais ceux qui réclameront encore l'honneur de porter le «*beau titre de stalinien*».

6 mars 2023 (WSJ)

[https://www.wsj.com/articles/your-face-is-your-ticket-a-creepy-convenience-99ca3bdf?mod=wsjhp\\_columnists\\_pos1](https://www.wsj.com/articles/your-face-is-your-ticket-a-creepy-convenience-99ca3bdf?mod=wsjhp_columnists_pos1)

## Your Face Is Your Ticket: A Creepy Convenience

Facial-recognition express lanes come to airports, stadiums and trade shows

By [Nicole Nguyen](#)

March 5, 2023 5:30 am ET



PHOTO ILLUSTRATION BY RACHEL MENDELSON/THE WALL STREET JOURNAL, ISTOCK (5)

BARCELONA—I've been using my face to open doors for me.

On Monday, I walked into a conference center and, instead of flashing a badge with my name and photo, I positioned myself in front of a head-height camera the size of my fist. Seconds later, the screen read: "PLEASE ENTER."

No one scanned the digital pass on my phone for me to get into this year's MWC, the annual tech trade show formerly known as Mobile World Congress. Facial-recognition software did all the work.

Your visage, too, might already be an entry ticket at a venue near you. [Delta Air Lines](#) Inc., [United Airlines Holdings](#) Inc. and [JetBlue Airways](#) Corp. have ticketless face-scanning boarding systems installed at several airports. This season, all Mets fans can use facial-recognition express lanes previously reserved for season-ticket holders. Creepy? Cool? Based on my recent brush with the tech, it's both.

As facial-recognition access points crop up in more public places including airports and concert venues, you might be wondering how you're supposed to feel about it.

Companies implementing face-matching software tout speed, convenience, security and contactless benefits for customers. Most also stress that it's only an option. Meanwhile, lawmakers in several U.S. states are looking to tighten regulations around use of this kind of tech, citing privacy concerns as well as allegations of bias. Research has found that the tech [isn't as accurate for people of color](#) and women, in general.



While the answer comes down to the individual, it helps if you know the company providing the service and the expected benefits: Do you want this firm storing your biometric information? Are you getting something useful in return? It also depends on where you are, since local laws affect the extent to which facial recognition can be used and data can be collected.

## Capturing your faceprint

Facial recognition works by creating a map of your face. The map contains your unique measurements—the distance between your forehead and chin, or between your eyes. These stats are then converted into code called a biometric token or faceprint.

It's how your iPhone's Face ID identifies you, how Google Photos can group shots of your kids or how [Amazon.com](#) Inc.'s [Astro robot](#) can tell family members from burglars. The tokens aren't shared between distinct services—each uses its own unique, nontransferable token for you.

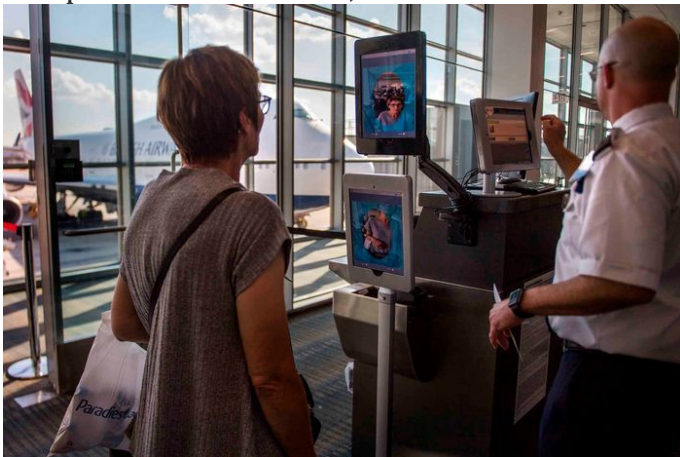
GSMA, the industry group that organizes MWC and represents mobile-network operators worldwide, used a facial-recognition service called Breez, developed with ScanVis Ltd., a Hong Kong-based company. The service cross references attendees' faces with previously submitted photos from government-issued IDs.

Breez entry is optional, but I chose it for the speed. Ahead of the event, non-Breez attendees could wait several days to confirm their registration. Signing up with the MWC app—which used my phone's camera to match my face with the image on my passport—took less than a minute.

## How safe is my data?

While the conference's face-scanning lanes were certainly convenient, each time I stared into the camera, I wondered who was looking back at me. Where does my image go and what can be done with it?

A company that stores your face data could keep it and pivot from venue admission to, say, law enforcement, or be acquired by a company that has an entirely different purpose than what you agreed to. This kind of misuse is largely hypothetical. However, you can't always track where your face ends up: One company [sold facial-recognition tech](#) based on billions of images scraped from Facebook, LinkedIn and other sources.



***Some airline travelers can now board a flight by simply looking into a camera instead of presenting a passport.***

PHOTO: JIM WATSON/AFP/GETTY IMAGES

Before consenting to use of biometric data, Josef Kittler, a professor of machine intelligence at the University of Surrey in the U.K., recommends finding out three things: the purpose of collecting your data, what happens to your face image once you no longer need the service, and how the data is deleted.

The conference's organizers said attendees' biometric tokens are encrypted and stored in Europe, though the data can be accessed from Hong Kong. The event's privacy policy said the data is "securely destroyed" within 28 days of the event in accordance with the European Union's data-privacy laws. A spokesman for GSMA told me the data will likely be deleted within three days of the event closing. ScanVis, GSMA's tech partner, didn't respond to my request for comment.

## Protecting your biometric data

While you almost always have the ability to opt out of facial recognition, it could eventually come at a cost, said Jennifer King, a privacy and data-policy fellow at Stanford's Institute for

Human-Centered Artificial Intelligence. Think of how the cash lane at a toll stop is almost always far slower than the E-ZPass lanes.

Another issue, she said, is that the U.S. doesn't have a federal law governing opt-out and nondiscrimination rights, the way the EU does. Not only are there laws in Europe, but there are also regulators empowered to enforce them, said Dr. King. Currently, only a smattering of states, including Illinois, Texas and California, have biometric-privacy rules.

In January, the New York attorney general launched a review into [Madison Square Garden Entertainment](#) Corp. , after the New York City venue [used facial recognition](#) to prevent attorneys from firms suing the company from attending concerts or sporting events. In late February, a pair of court rulings [expanded the scope](#) of an Illinois law governing companies' use of biometric data, which includes face and retinal scans.

Face scanning will only become more prevalent in our travels and entertainment, as well as other areas such as education, banking and [law enforcement](#). We've just begun to understand the pros and cons.



6 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/afrique/tierno-monenembo-haro-sur-la-chasse-a-l-homme-en-tunisie-05-03-2023-2510918\\_3826.php](https://www.lepoint.fr/afrique/tierno-monenembo-haro-sur-la-chasse-a-l-homme-en-tunisie-05-03-2023-2510918_3826.php)

## « En situation régulière ou pas, les Noirs ne sont plus en sécurité en Tunisie »

CHRONIQUE. Le sort fait aux Subsahariens après les propos du président Kaïs Saïed est une injure aux droits de l'homme dans toutes leurs expressions, estime l'écrivain Tierno Monénembo.

Par Tierno Monénembo\*



« Ce que les Noirs subsahariens subissent en ce moment en Tunisie fait penser à *Scènes de chasse en Bavière*, le fameux film de Fleischmann où l'on voit un pauvre zig, victime des préjugés de tout un village, tenter désespérément d'échapper à la vindicte populaire », dit Tierno Monénembo. Ici, des Ivoiriens rapatriés ce 4 mars. © SIA KAMBOU / AFP

Publié le 05/03/2023 à 15h00 - Modifié le 05/03/2023 à 18h45

**Q**ue dira Kaïs Saïed qui fustige « les hordes de Noirs venues du Sud pour répandre la délinquance en Tunisie et démolir son identité arabo-musulmane » quand les racistes les plus extrêmes en Europe stigmatiseront de la même façon les Tunisiens en les accusant d'envahir le Vieux Continent « pour manger le pain de ses enfants, violer ses femmes, poser des bombes dans ses dancings et sur ses plages, remplacer le bikini par le tchador et le Code civil par la charia » ? L'immigration a vraiment bon dos. Elle est devenue le prétexte idéal que trouvent les xénophobes de tous bords pour donner libre cours à leur haine dévastatrice. Elle est le rideau de fumée derrière lequel les racistes refoulés déversent leur fiel quitte à réveiller les vieux démons et, pour parodier Brel, à rallumer les anciens volcans que l'on croyait éteints. Elle est devenue l'espace où les politiciens aux petits pieds puisent les idées qui alimentent leur funeste carrière. Il n'y a plus de doute que la mode est aux idées d'extrême droite. Le pouvoir à portée de main pour Marine Le Pen en France, conquis récemment pour Giorgia Meloni en Italie, conquis puis perdu (temporairement ?) pour Donald Trump aux États-Unis ou Jair Bolsonaro au Brésil en sont l'illustration. Le déboulé de Kaïs Saïed est la preuve que plus aucun continent n'est épargné. Et croyez-moi : le dernier venu n'est pas le plus mou de la bande, bien au contraire !

## Ségrégation raciale officialisée

Ce que les Noirs subsahariens subissent en ce moment en Tunisie fait penser à *Scènes de chasse en Bavière*, le fameux film de Fleischmann où l'on voit un pauvre zig, victime des préjugés de tout un village, tenter désespérément d'échapper à la vindicte populaire. Ne nous voilons pas la face,

disons les choses telles qu'elles sont : ce qui se passe en ce moment en Tunisie ne se limite plus à une simple question d'immigration clandestine, c'est devenu un scandaleux problème de ségrégation raciale. Qu'ils soient en situation régulière ou pas, les Noirs ne sont plus en sécurité en Tunisie. Faut-il rappeler ici qu'une partie des Tunisiens est noire même si leur invisibilité donne l'impression d'un pays seulement « arabe et musulman » ?



Pour Tierno Monémbo, « ce qui se passe en ce moment en Tunisie ne se limite plus à une simple question d'immigration clandestine, c'est devenu un scandaleux problème de ségrégation raciale. Qu'ils soient en situation régulière ou pas, les Noirs ne sont plus en sécurité en Tunisie. Faut-il rappeler ici qu'une partie des Tunisiens est noire même si leur invisibilité donne l'impression d'un pays seulement "arabe et musulman" ? » © SEYDOU DIALLO / AFP

Les témoignages de tous les rapatriés concordent : hommes ou femmes, vieillards ou enfants, personne n'échappe aux exactions en cours. Les traitements qu'ils ont subis relèvent d'un autre âge : injures à caractère sciemment raciste, arrestations arbitraires, expulsions de leurs domiciles, jets de pierres, crachats au visage. Le délit de faciès est devenu la norme. On vous traite selon votre couleur de peau. Certains se sont vu refuser l'accès aux transports publics, parfois même aux épiceries et aux restaurants. Aussi cette Guinéenne et ses deux enfants sont-ils restés terrés trois jours, la peur au ventre, sans boire et sans manger.

Le pire, c'est que ça n'a pas l'air de beaucoup déranger ces grands prêtres des droits de l'homme qui auraient sans doute poussé des cris d'orfraie si ce mini-pogrom avait eu lieu à Paris ou à Londres. De quoi pointer du doigt les biais autour de ces questions de racisme et de ségrégation.

## **Des propos indignes d'un homme d'État**

Question : Comment réagirait-on à Bizerte ou à Sousse si des Tunisiens même illégaux subissaient le même sort en Allemagne ou en France ? C'est beau de s'abriter derrière le sacrosaint principe de la souveraineté nationale, mais il est coutume que cette souveraineté, même dans la délicate question de l'immigration clandestine, s'exerce selon les normes, c'est-à-dire dans la dignité et dans la retenue. Ce n'est assurément pas le cas. Les propos excessifs de Kaïs Saïed ont des relents de mesquinerie et de haine. Ils incitent à la violence et à la discrimination. Ce ne sont pas les propos d'un homme d'État. Ce sont ceux d'un politicard en campagne. Si l'immigration clandestine est préoccupante de par les actes criminels qui l'accompagnent souvent, notamment du côté des passeurs, elle demeure un phénomène mondial à combattre dans le respect minimal des droits de l'homme. La Tunisie n'est pas la seule à la subir ni à la nourrir, d'ailleurs. Il arrive aussi, pour rester sur le Maghreb, à l'Algérie ou au Maroc d'expulser des Subsahariens, mais pas

comme ça, pas avec une telle animosité ! Simple question de compétence ou, peut-être, de dignité !

## **Que de regrets pour une Tunisie qui était emblématique**

Il y a peu, je donnais dans ces mêmes colonnes une chronique intitulée « Sublime Tunisie » dans laquelle j'exprimais mon estime et mon admiration pour ce « petit Poucet » du Maghreb. J'y vantais les mérites de son premier président, Habib Bourguiba, cet autocrate éclairé que j'ai violemment critiqué dans mes années de jeunesse, mais qui, je le reconnais aujourd'hui, a favorisé l'instruction, façonné une élite moderne et attribué à la Tunisie un sort fortement envié aussi bien en Afrique que dans le monde arabe. J'y faisais aussi l'éloge de la révolution du 17 décembre 2010, le point de départ du fameux Printemps arabe. J'étais émerveillé par cette société fluide qui, après avoir sans heurt intégré les islamistes du parti Ennahdha dans le circuit démocratique, s'octroyait un président régulièrement élu qui ne venait pas du sérail. Un homme tout propre, tout neuf, un brillant universitaire, qui plus est ! D'évidence, la personnalité la mieux indiquée, pensais-je, pour piloter cette nouvelle Tunisie réconciliée avec elle-même et remise sur les rails par l'une des révolutions les plus originales, les plus séduisantes de notre époque. Emporté par mon enthousiasme, je conclusais par ces mots qui témoignaient amplement de ma confiance et en l'homme et en l'avenir de son pays : « Bon vent, président Saïd ! » Autant de faits qui permettent de mesurer l'étendue et l'amplitude de notre déception, voire de notre horreur aujourd'hui.

*\* 1986, Grand Prix littéraire d'Afrique noire ex aequo pour « Les Écailles du ciel » ; 2008, Prix Renaudot pour « Le Roi de Kahel » ; 2012, Prix Erckmann-Chatrian et Grand Prix du roman métis pour « Le Terroriste noir » ; 2013, Grand Prix Palatine et prix Ahmadou-Kourouma pour « Le Terroriste noir » ; 2017, Grand Prix de la francophonie pour l'ensemble de son œuvre. La dernière publication de Tierno Monénembo a été publiée aux éditions du Seuil. Son titre : « Saharienne indigo ».*

6 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/economie/comment-l-italie-en-a-fini-avec-les-greves-paralysantes-06-03-2023-2510948\\_28.php](https://www.lepoint.fr/economie/comment-l-italie-en-a-fini-avec-les-greves-paralysantes-06-03-2023-2510948_28.php)

## Comment l'Italie en a fini avec les grèves paralysantes

Depuis trois décennies, une loi encadre le droit de grève dans la Péninsule pour assurer un service minimum dans une vaste liste de secteurs « essentiels ».

Par [Quentin Raverdy](#)



C'est en 1990, lorsque l'Italie a accueilli la Coupe du monde du football, que le gouvernement transalpin a voté les premières lois encadrant le droit de grève. © ELIANO IMPERATO / Controluce via AFP

Publié le 06/03/2023 à 07h00

**E**n Italie, il n'est pas vraiment de coutume de se laisser aller à quelques flatteries à l'égard du voisin hexagonal. D'ordinaire, sur les réseaux sociaux, pas un jour ne passe sans que l'on s'écharpe sur le palmarès footballistique ou celui gastronomique.

Mais sur l'art du bras de fer social, là, les Transalpins s'avouent bien volontiers vaincus. « Félicitations aux cousins français. Chez nous, il n'y a que des moutons », applaudit ainsi un internaute devant les images de cortèges bondés face à la réforme des retraites portée par Emmanuel Macron. « Ils ont bien raison, on devrait faire pareil en Italie », lance un autre à l'attention de ses compatriotes.

Alors qu'en France les syndicats promettent déjà le « blocage » à venir du pays le 7 mars, un scénario similaire du côté du *Bel paese* (où l'on doit rediscuter la question du départ à la retraite fixé par la loi à 67 ans, malgré des mini-réformes engagées par les derniers gouvernements) sonne comme de la science-fiction. Le « poids de la grève aujourd'hui en Italie est plus faible », analyse Orsola Razzolini, professeur en droit du travail à l'université de Milan. Les raisons profondes ne manqueraient pas : du déclin global du poids des syndicats et de leur manque de représentativité des nouveaux travailleurs, à la structure même de l'économie transalpine fondée sur les PME familiales peu enclines aux débrayages, en passant par les profondes disparités économiques régionales qui affaiblissent les batailles sociales. « Mais la différence avec la France se fait aussi au regard de la législation », rappelle l'universitaire.

## Droits fondamentaux

En effet, avec la loi 146, difficile d'envisager le pays à l'arrêt, reconnaît Orsola Razzolini. Un texte voté à l'été 1990, à l'heure où l'Italie s'apprête à accueillir la Coupe du monde de football et où l'on craint que des mouvements sociaux ne viennent perturber la fête. Et surtout avec l'accord du trio syndical CGIL/CISL/UIL, soucieux à l'époque de contrer le phénomène des « grèves sauvages » qui entamait l'humeur de l'opinion italienne. Objectif de la loi : un encadrement strict du droit de grève pour mieux garantir, dit-on, les droits fondamentaux des Italiens et assurer ainsi les « services publics essentiels ». La liste des secteurs concernés est à rallonge : santé, transport, fourniture d'énergie, éducation (de la crèche à l'université), administration, télécommunications, collecte des déchets, production de biens de première nécessité, etc.

**Concrètement, le texte de loi prévoit la mise en place d'un service minimum (au moins un tiers du personnel déployé et 50 % des prestations assurés), négocié entre représentants syndicaux et employeurs. Avec obligation de déposer un préavis dix jours à l'avance et de déclarer au préalable la durée du mouvement, rendant, de fait, illégale la « grève illimitée ». De plus, dans les transports, un accord trouvé avec les syndicats en 2018 interdit l'arrêt du travail aux heures de pointe, le matin et en fin de journée.**

**Impossible également de débrayer au moment des départs en vacances (Noël, Pâques, Toussaint, fête nationale, été) et à l'heure des élections. Sont concernés les employés du public comme ceux du privé. Avocats, médecins, chauffeurs de taxi ou gestionnaires de stations-service – comme en janvier dernier – voient leurs mouvements de grève encadrés. « Ici, cela ne dépend pas de la nature publique de l'employeur mais du caractère “essentiel” du service en question », souligne en effet Orsola Razzolini.**

## Des grèves révoquées

**Privé ou public, chaque préavis doit aussi passer entre les mains de la Commission de Garantie, l'autorité indépendante chargée d'évaluer la conformité des grèves.** « Un cas unique en Europe », rappelle Orsola Razzolini, l'un des cinq commissaires nommés par le président de la République (pour l'exercice 2016-2022). Si l'écrasante majorité des syndicats se plie aux avis de la commission, assure l'universitaire, un tiers des 1 518 déclarations de grève déposées l'an passé ont été révoquées. Pour les contrevenants, l'amende peut techniquement grimper jusqu'à 100 000 euros, à laquelle peuvent s'ajouter des mesures disciplinaires (licenciement exclu) en interne.

Certes, la législation n'a pas totalement éteint la contestation sociale dans la Péninsule (beaucoup gardent en tête les images des grandes manifestations contre le Jobs Act de Matteo Renzi en 2014) ni durablement éradiqué les « grèves sauvages ». Mais trois décennies après son vote, le texte peine encore à passer pour certaines organisations minoritaires, à l'instar de l'USB (Union Syndicale de Base), qui dénonce régulièrement l'une des lois sur le droit de grève « les plus restrictives » au sein des 27, portant à nouveau réclamation devant le Comité européen des droits sociaux au printemps dernier.

Orsola Razzolini l'assure : « La conflictualité reste encore très élevée en Italie, notamment dans le secteur tertiaire. » Des grèves aux effets limités et à l'adhésion basse, précise cependant la chercheuse, davantage à l'initiative de petites organisations que des grandes confédérations nationales (la dernière mobilisation générale contre la loi de finance du gouvernement Meloni a peiné à rassembler, raconte la presse italienne). **Et de conclure : « Le fait est qu'aujourd'hui en Italie, on ne peut plus provoquer de blocage total. »**



6 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/economie/article/2023/03/05/1-allemande-s-assume-pleinement-comme-pays-d-immigration-face-a-ses-besoins-en-matiere-d-emploi\\_6164251\\_3234.html](https://www.lemonde.fr/economie/article/2023/03/05/1-allemande-s-assume-pleinement-comme-pays-d-immigration-face-a-ses-besoins-en-matiere-d-emploi_6164251_3234.html)

## L'Allemagne s'assume pleinement comme « pays d'immigration » face à ses besoins en matière d'emploi

Confrontée à un manque de personnel qualifié et à un vieillissement de sa population, l'Allemagne réforme en profondeur sa législation pour faciliter l'immigration.

Par [Cécile Boutelet](#) (Berlin, correspondance)

Publié hier à 19h00, mis à jour hier à 19h00



Le chancelier allemand Olaf Scholz, lors du sommet économique mondial de Davos, en janvier 2023.  
FABRICE COFFRINI / AFP

« Notre message est : ceux qui veulent se retrousser les manches sont les bienvenus en Allemagne ! » Cette étonnante invitation du chancelier Olaf Scholz, formulée devant un parterre de grands patrons et de décideurs réunis à Davos (Suisse), le 18 janvier, en dit long sur l'évolution du consensus politique outre-Rhin. Longtemps hésitante à ouvrir grand ses portes, l'Allemagne de Scholz s'assume désormais pleinement comme un « pays d'immigration », saisissant les plus grandes tribunes du monde pour inviter les étrangers à rejoindre le pays.

Certes, l'Allemagne n'a guère le choix. L'écart entre les générations nées entre 1950 et 1970 et celles, presque deux fois moins nombreuses, qui sont nées à partir des années 1990 va laisser un fossé béant dans les caisses de retraite et d'assurance sociale allemandes dans les prochaines années. Ce sont ainsi 13 millions de travailleurs qui quitteront le marché du travail au cours des quinze prochaines années, soit presque un tiers de tous les travailleurs disponibles actuellement. L'agence pour l'emploi estime à 400 000 arrivées par an le besoin d'immigration pour compenser la perte de force de travail outre-Rhin.

Au-delà de l'aspect financier, le défi humain est considérable : il faudra des milliers de personnes supplémentaires pour soigner les personnes vieillissantes, dans un contexte où la main-d'œuvre manque déjà cruellement dans presque tous les secteurs, en particulier la construction, la rénovation des bâtiments ou les travaux nécessaires à la transition énergétique. Des salariés très qualifiés seront nécessaires pour soutenir l'effort de numérisation et de décarbonation visé par l'économie. L'institut de recherche sur le travail IAB comptait, mi-2022, 1,9 million d'emplois non pourvus outre-Rhin, un record absolu dans l'histoire du pays.

### Fin des tabous

La coalition sociale-démocrate, Verts et libéraux au pouvoir s'est donc entendue pour faciliter considérablement l'accueil des étrangers en Allemagne, et surtout leur envie d'y rester. Plusieurs grandes réformes sont en cours depuis l'automne 2022 afin de doter l'Allemagne d'une « *législation moderne sur l'immigration* », selon la formule consacrée au sein du gouvernement. Facilitation des procédures de régularisation des sans-papiers, assouplissement de la reconnaissance des diplômes étrangers, système de classement à points des candidats à l'immigration, inspiré du modèle canadien, et même réforme à venir du droit de la nationalité : tous les tabous sont en train de sauter.

Combien de temps ce large consensus en faveur de l'ouverture durera-t-il ? Alors que 1,1 million de personnes sont arrivées en Allemagne en 2022, notamment d'Ukraine, portant pour la première fois la population allemande à 84,3 millions, les premiers signes de fatigue se font sentir. La pénurie grandissante de logements abordables dans les zones urbaines complique l'accueil des familles et l'acceptation par les locaux.



6 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/economie/article/2023/03/06/en-difficulte-des-hebdomadaires-contraints-de-transformer-leur-modele-economique\\_6164269\\_3234.html](https://www.lemonde.fr/economie/article/2023/03/06/en-difficulte-des-hebdomadaires-contraints-de-transformer-leur-modele-economique_6164269_3234.html)

## En difficulté, des hebdomadaires contraints de transformer leur modèle économique

Baisse de la pagination, augmentation du prix en kiosques, accélération de la transition numérique, diversification... Les « news mags » français cherchent la martingale pour faire face à la baisse de la diffusion.

Par [Brice Laemle](#)

Publié aujourd'hui à 05h30



L'imprimerie Normandie Roto Impression de Lonrai (Orne), le 18 janvier 2023. JEAN-FRANCOIS MONIER / AFP

Malgré une actualité forte nourrie par l'élection présidentielle, la guerre en Ukraine, la Coupe du monde de football au Qatar ou la mort de la reine Elizabeth II, la diffusion de la presse française a continué de baisser en 2022. Dans son ensemble – en additionnant la presse grand public, la presse professionnelle et la presse gratuite –, 2,7 milliards d'exemplaires ont été diffusés sur l'année, soit 7,3 millions d'exemplaires par jour, a fait savoir l'Alliance pour les chiffres de la presse et des médias (ACPM), jeudi 16 février. Moins que les 3 milliards d'exemplaires, et 8,1 millions diffusés chaque jour, de 2021.

Un recul que l'ACPM justifie par une diminution du nombre de titres contrôlés. La plupart des hebdomadaires n'échappent pourtant pas à ce ralentissement du marché de la presse. **En s'attachant à la diffusion France payée (DFP) moyenne de 2022 comparée à celle de 2021, l'hebdomadaire libéral *L'Express* a décroché de 10,39 %, tandis que le magazine d'extrême droite *Valeurs actuelles* a, lui, chuté de 8,77 %, et *Paris Match* de 3,65 %.**

Ces chiffres à la baisse n'effraient pourtant pas l'homme d'affaires Alain Weill, qui a repris en 2020 *L'Express*, le *news magazine* créé par Jean-Jacques Servan-Schreiber et Françoise Giroud en 1953. Après RMC et BFM-TV, il a voulu un « *nouveau challenge* » : **voilà trois ans qu'il tente de transformer le magazine pour en faire un *The Economist* français, sur le modèle du très rentable hebdomadaire britannique, qui totalisait 1,1 million d'abonnés en 2022.** *L'Express* revendique aujourd'hui 80 000 abonnés papier et 20 000 numériques, **soit 10 000 de moins qu'en janvier 2020** en version imprimée et à peine 1 000 de plus en Web (PDF inclus), auxquels s'ajoutent environ 12 000 exemplaires vendus en kiosques chaque semaine.

## « Montée en gamme »

Alors que les annonceurs désertent les journaux, il faut faire des économies : exit la partie « lifestyle » de la fin du magazine. Aussi, la pagination a baissé (passant de 120 à 90 pages), la place des photos a été réduite et la police de caractères resserrée. « *Avant de faire un journal pour les annonceurs, il faut faire un journal utile pour les lecteurs* », défend Alain Weill, espérant convaincre un nouveau lectorat de « décideurs » économique. Passant le magazine de 4,90 à 6,90 euros en kiosques entre 2020 et 2023, le président de *L'Express* table sur une montée en gamme « éditoriale » pour convaincre et être rentable en 2024.

Si les journalistes de *Valeurs actuelles*, eux, sont régulièrement invités sur la chaîne CNews, ce n'est pour autant pas facile en kiosque pour leur hebdomadaire. Geoffroy Lejeune, le directeur de la rédaction, concède une baisse tendancielle des ventes, qui « *oscillent entre 11 500 et 14 500 en fonction des numéros* ». Le trentenaire, qui a tout de même mis Eric Zemmour en « une » du magazine à sept reprises pendant la campagne présidentielle, estime que cela « *n'a pas boosté les ventes* ». « *Sauf avant qu'il ne se déclare candidat* », glisse-t-il.

Après la perte de 5 000 abonnés papier au cours de l'année 2022, l'arrivée de Jean-Michel Salvator à la tête de l'hebdomadaire se profilait, mais [Geoffroy Lejeune est parvenu à sauver sa place in extremis](#). En novembre 2022, entouré par une bonne partie des membres de la rédaction, il avait lancé une mobilisation en ligne de soutien au magazine. Elle aurait, selon lui, permis de convaincre 5 000 nouveaux soutiens « print » et « *quasiment autant en Web* ». Le journaliste conservateur évoque aujourd'hui « *52 000 abonnés au journal papier et 16 000 numériques* ».

## « Identité éditoriale »

Dans la catégorie des *news magazine*, seuls *Le Point* et *L'Obs* se maintiennent ou progressent légèrement en termes de diffusion, respectivement de 0,35 % et de 2,25 % en 2022. Etienne Gernelle, directeur du *Point*, vante la « *capacité de résistance* » de son média, qu'il assure rentable en 2022, avec « *plein de projets à venir pour 2023* », sans en dire davantage pour le moment. Mais alors que la presse quotidienne nationale a fait sa transition vers le numérique (à 68 %), la presse magazine en est encore loin (21 %, selon l'ACPM). Les abonnements purs numériques ne représentent, par exemple, que 20 % au *Point*.

Progresser sur le numérique est le grand chantier en cours à *L'Obs* (hebdomadaire qui a les mêmes actionnaires que le groupe Le Monde). Cécile Prieur, la directrice de la rédaction depuis novembre 2020, travaille, avec ses équipes, à une refonte du site Internet, qu'elle juge aujourd'hui trop orienté vers l'actualité immédiate. « *Le site actuel ne reflète pas assez notre identité éditoriale magazine et nos séries* », estime la journaliste, annonçant qu'un nouveau site Web devrait être proposé dès le second semestre, avant que l'application mobile ne soit repensée pour conquérir davantage d'abonnés numériques (28 000 en 2022).

Alors que la diversification, qui permet de varier les sources de revenus et d'être ainsi moins dépendant du lectorat et de la publicité, était inexistante dans leurs finances il y a encore quelques années, aucun des hebdomadaires ne fait maintenant l'impasse. Début 2023, *L'Express* a par exemple racheté la start-up lyonnaise What the Franchise, plate-forme de mise en relation entre franchiseur et candidat à la franchise, pour en faire *L'Express Franchise*, une manière supplémentaire de monétiser son audience.

Aussi, tous organisent désormais des festivals, des rencontres ou des conférences : Futurapolis pour *Le Point*, [Le grand débat des valeurs](#) pour *Valeurs actuelles*, ou 2049 pour *L'Obs*. « *Notre marque permet de donner de la légitimité à des événements qui confortent à leur tour notre marque* », décrypte Cécile Prieur. Un double mouvement vertueux suffisant ?

6 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/histoire/aux-sources-de-la-revolte-des-femmes-iraniennes-20230303>

## Aux sources de la révolte des femmes iraniennes

Par [Aziliz Le Corre](#)

Publié le 03/03/2023 à 17:00 , mis à jour le 03/03/2023 à 17:10



«Les femmes au corps nié restent barrées dans l'accès à de nombreuses fonctions: 65% dans les universités, seules 5,5 % siègent au Parlement !», Yves Bomati. *KENZO TRIBOUILLARD / AFP*

**FIGAROVOX/ENTRETIEN - L'historien Yves Bomati, qui publie *L'âge d'or de la Perse - L'épopée des Safavides 1501-1722* (Perrin), analyse les causes et les conséquences de la révolte qui a lieu en Iran depuis septembre 2022.**

*Yves Bomati, docteur ès lettres et sciences humaines, iranologue, auteur de « L'âge d'or de la Perse - L'épopée des Safavides 1501-1722 », Editions Perrin, 2023.*

**FIGAROVOX. - La mobilisation des Iraniens et des Iraniennes a évolué depuis la mort de Mahsa Amini, en septembre dernier. La répression, les arrestations et les exécutions des manifestants ont-elles permis au régime de mater la contestation dans la rue ?**

**Yves BOMATI.** - Malgré les gestes «dits» d'apaisement du pouvoir libérant récemment de nombreux prisonniers, malgré la célébration du 44<sup>e</sup> anniversaire de la révolution islamique qui mobilisa ses soutiens dans 1400 villes, je ne le crois pas. Cette répression violente assortie de viols nombreux ne saurait masquer un mouvement de protestation des femmes qui dépasse désormais largement l'obligation de porter le voile, inscrit qu'il est au cœur d'une société de plus en plus sécularisée, désireuse de libertés pour tous et de mutations politiques. Les frustrations morales et physiques d'une société soumise à un pouvoir théocratique discriminatoire depuis 1979 ne sauraient se contenter des quelques «tolérances» actuelles.

Les femmes au corps nié restent barrées dans l'accès à de nombreuses fonctions : 65% dans les universités, seules 5,5 % siègent au Parlement ! Les jeunes de surcroît suffoquent dans un pays fermé où la vie quotidienne et l'économie sont minées par l'inflation galopante, la corruption des « élites » et le manque de perspectives dans un contexte international dont ils risquent d'être les oubliés. Pour que le pouvoir actuel puisse proroger l'étouffement sociétal qu'il inflige au pays, il lui faudrait enfermer une grande partie du peuple – femmes émancipées, intellectuels, artistes...- dans les geôles iraniennes et chacun sait qu'elles seront toujours trop étroites.

## **Votre ouvrage porte sur la dynastie des Safavides. Comment le régime des shahs a-t-il permis de faire de la Perse une grande puissance ?**

Ce fut surtout le plus brillant d'entre eux, Shah Abbas I<sup>er</sup> le Grand (r.1587-1629), qui réussit ce tour de force dans le premier royaume chiite au monde qui, sans lui, n'aurait sans doute pas pu subsister aux pressions de ses voisins sunnites, les Ottomans et les Ouzbeks. Son pari fut audacieux. Faisant passer son armée d'une féodalité chevaleresque à la modernité des « pays de la poudre à canon », il mit ainsi à distance ses rivaux sunnites, ce qui lui permit de concevoir un système étatique novateur dans le cadre d'une monarchie absolue, fort autoritaire certes. Il fit en sorte que les pouvoirs politiques, militaires et religieux s'équilibrent, décida d'un partage des responsabilités du plus haut sommet de l'État aux villages les plus modestes, l'ensemble assorti d'un strict contrôle des potentats locaux à l'honnêteté chancelante et d'une justice implacable, les arbitrages majeurs – même pris selon la *charia* - lui revenant. Son pays devint ainsi le plus sûr du Moyen-Orient et le plus respectueux des cultures et des religions étrangères. De nombreux marchands et religieux européens affluèrent à Ispahan, capitale dès 1598, et ramenèrent chez eux les premières descriptions souvent élogieuses d'un pays en éveil.

Parallèlement Abbas 1<sup>er</sup> engagea une politique de grands travaux, faisant d'Ispahan un phare sur les plans de l'urbanisme, de l'architecture et du mécénat artistique, notamment pour la peinture sur manuscrits. Il y développa aussi de grands ateliers dédiés au tapis - produit bientôt de luxe, largement exporté dans les palais étrangers - dont le système de fonctionnement servit sans doute de modèle aux manufactures d'Aubusson et des Gobelins sous Louis XIV. Ce fut bientôt un défilé d'ambassadeurs à la cour, désireux de conclure des alliances avec le pôle stratégique émergent de la région, une façon pour les deux parties de prendre à revers un empire ottoman trop gourmand. La Perse entra ainsi de plain-pied dans le concert des nations.

**En 1694, un autre religieux, Muhammad Baqer Majlessi, s'imposa plus durement sous Shah Soltan Hossein (r.1694-1722). Tenant d'une mouvance très politique du chiisme duodécimain, il exigea, en échange de son appui au pouvoir régalien, une application stricte de la *charia*.**

*Yves Bomati*

## **Pourtant, dès le XVIIIe siècle, des fractures au sein même du pouvoir émergent au sujet de la séparation du religieux et du régalien... Ces faiblesses sont-elles responsables de la mort de la lignée ?**

Ces fractures apparurent déjà au XVIIe siècle dans la mesure où le chiisme duodécimain, religion d'État depuis 1501, tenta parfois de contrôler le pouvoir régalien. Notons entre autres l'emprise en 1534 sous Tahmasp 1<sup>er</sup> (r. 1524-1576) d'un religieux, Ali Akbari, qui imprima sa marque austère sur la conduite des affaires publiques. Plus tard, en 1694, un autre religieux, Muhammad Baqer Majlessi, s'imposa plus durement sous Shah Soltan Hossein (r.1694-1722). Tenant d'une mouvance très politique du chiisme duodécimain, il exigea, en échange de son appui au pouvoir régalien, une application stricte de la *charia*.

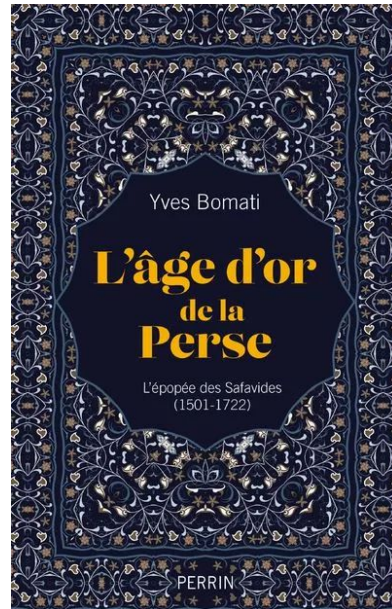
Les femmes ne furent dès lors plus autorisées à se promener seules, les jeunes à se divertir dans les cafés, l'alcool fut prohibé et même ... le jeu de vol au pigeon, l'ensemble étant réputé contraire à l'islam. Le shah laissa faire, préférant s'adonner dans son harem aux plaisirs terrestres dont la consommation excessive de vin. Cette pression sur le peuple aboutit en 1715 à l'incendie de la maison de Majlessi, mort pourtant depuis 1699, et participa à la décadence d'un empire, bientôt la proie des Afghans en 1722.

## **Aujourd'hui, la révolte contre le régime des Mollahs peut-elle permettre à l'Iran de renouer avec son héritage safavide ?**

Bien que l'imprévisible soit toujours possible, j'en doute tant les temps ont changé et l'absolutisme de Shah Abbas 1<sup>er</sup>, si fructueux à son époque, n'est pas transposable aujourd'hui. Ce qui en revanche pourrait rappeler son action serait un retour au respect des personnes, des cultures et des religions en

Iran : n'oublions pas que les bahaïs y sont discriminés aujourd'hui, que les populations chrétiennes et juives s'y sont réduites comme peau de chagrin, que tout étranger européen qui y pénètre risque d'y rester comme otage...

La révolte actuelle - peut-être une révolution à moyen terme - est clairement anticléricale et opposée à la constitution islamique de 1979 (révisée en 1989), laquelle donne tous les pouvoirs au Guide suprême. Jusqu'à quand les Iraniens, dans leur majorité tournés vers la sécularisation, supporteront-ils une théocratie qui tourne le dos au mouvement du monde ? S'orienteront-ils vers un État laïque où le chiisme se contentera d'être un appui et un conseil au politique ? L'avenir de l'Iran est à présent entre les mains de sa jeunesse. À elle revient le devoir de l'inventer.



*L'âge d'or de la Perse - L'épopée des Safavides 1501-1722*, Yves Bomati Editions Perrin, 2023. Perrin

6 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/depart-des-religieuses-de-nantes-il-s-agit-bien-d-une-attaque-en-regle-contre-le-catholicisme-20230305>

## Départ des religieuses de Nantes : «Il s'agit bien d'une attaque en règle contre le catholicisme»

Par [Aziliz Le Corre](#)

Publié hier à 14:31 , mis à jour il y a 50 minutes



Après huit ans passés au sein de l'église Sainte-Croix, au centre de Nantes, les deux Sœurs, épuisées par les violences, ont décidé de quitter leur paroisse. *Le Figaro*

**FIGAROVOX/ENTRETIEN - Victimes de violences, Sœur Agathe et Sœur Marie-Anne quitteront le centre-ville de Nantes cet été pour rejoindre Reims. Marc Eynaud, auteur de *Qui en veut aux catholiques?*, rappelle que le catholicisme est de très loin la religion la plus attaquée en France.**

*Marc Eynaud est journaliste et auteur de *Qui en veut aux catholiques ?*, aux éditions Artège.*

**FIGAROVOX. - Après huit ans passés au sein de l'église Sainte-Croix, en plein cœur de Nantes, deux religieuses préfèrent se retirer, minées par un sentiment d'insécurité permanent. La situation à Nantes est-elle particulièrement préoccupante ?**

**Marc EYNAUD.** - Au-delà du cas précis de ces deux religieuses, c'est effectivement le premier volet de cette information. **Nantes s'enfonce dans l'insécurité et on est inondé de témoignages de Nantais fuyant la ville.** On ne parle pas seulement d'un ou plusieurs quartiers isolés. De ces territoires « en reconquête républicaine » pour reprendre la pudique terminologie de l'époque. On parle de l'église Sainte-Croix dans le vieux centre historique de Nantes. À tel point que la ville a dû bénéficier de renforts et de dispositifs semblables à ce qu'a connu le quartier de la Guillotière à Lyon. À titre indicatif, et même si sa fiabilité est souvent remise en question, le site Numbeo a classé la ville des ducs de Bretagne à la 407e place de son classement mondial en matière d'insécurité derrière Bogota. On peut aussi se référencer sur le site ville-ideale.fr qui compile des centaines de moyennes émises par des internautes. **Avec une note de 2,25/10 en matière de sécurité, on peut se faire une idée assez précise du ressenti tout en parcourant les 34 pages de commentaires laissés par des internautes unanimes. En matière d'insécurité, Nantes est deuxième derrière Sarcelles mais devant Grenoble.** Mais ce qui demeure totalement significatif, c'est l'autosatisfaction d'une municipalité qui dit ne pas comprendre la décision des religieuses de quitter la ville. On n'est même plus dans le cas de grandes villes équivalentes qui voient les municipalités s'efforcer non pas d'éradiquer l'insécurité mais tout du moins de la circonscrire. À Nantes, la situation semble hors de contrôle. Une situation qui,

au vu des témoignages d'habitants et de forces de l'ordre aurait commencé à dégénérer sous l'effet de deux facteurs : l'élection de la nouvelle équipe municipale en 2014 et la crise des migrants de 2015 qui a rendu visible et réel une délinquance nouvelle.

**« Au bout de combien de prêtres assassinés, de religieuses agressées et d'églises profanées allons-nous prendre conscience qu'il ne s'agit, non pas d'actes hostiles à la religion au sens vague ni d'une interprétation dévoyée de la laïcité mais bel et bien une attaque en règle contre le catholicisme pour ce qu'il est mais parce qu'il dit encore ce que nous avons été, ce que nous sommes et ce que nous voulons continuer d'être. »**

**Cela est-il représentatif des violences que subiraient les chrétiens en France ?**

Il faut mesurer effectivement cet aspect. Le fait qu'il s'agisse de deux religieuses a évidemment marqué les esprits. Surtout deux gardiennes d'une église par définition un lieu de paix et d'ouverture mais surtout un lieu sacré. On serait tenté de dire « surtout les religieuses » car les catholiques sont souvent en première ligne face à ce phénomène nouveau. **Rien que sur les trois dernières semaines : mi-février, une statue de la Vierge décapitée à Choisy-Le-Roi, 10 février une église profanée à Orly, 7 février un islamiste fiché S interpellé pour avoir menacé de mort un prêtre parisien, 10 janvier profanation d'une église, dans la région lyonnaise, deux départs d'incendie dans une église à Ligueuil, et trois départs de feu dans l'église Saint-Roch de Chanteloup-Les-Vignes. Ce 3 mars, on apprenait la profanation de l'église Saint-Eustache à Paris. Cela, c'est uniquement ce qu'a rapporté la presse ces derniers jours et ce n'est qu'une partie émergée de l'iceberg.**

**On peut aussi citer un prêtre et une religieuse poignardés en avril 2022 sans compter l'attentat commis dans la basilique de Nice, l'assassinat du Père Hamel et différents projets d'attentats islamistes dans des églises déjoués in extremis... Sociologiquement, la religion catholique est de très loin la religion la plus attaquée en France et ce sont les chiffres du Ministère de l'Intérieur qui le confirment.** Combien de fois allons-nous inlassablement égrainer ce chapelet de violence ? Au bout de combien de prêtres assassinés, de religieuses agressées et d'églises profanées allons-nous prendre conscience qu'il ne s'agit, non pas d'actes hostiles à la religion au sens vague ni d'une interprétation dévoyée de la laïcité mais bel et bien une attaque en règle contre le catholicisme pour ce qu'il est mais parce qu'il dit encore ce que nous avons été, ce que nous sommes et ce que nous voulons continuer d'être.

**Les religieuses ont déclaré : « Nous ne sommes pas des franciscaines du Bronx ». Leur rôle n'est-il pas, aussi, en tant que catholiques d'être lumière au milieu du chaos ?**

Il serait trop commode de donner à ces religieuses qui ont donné leur vie à Dieu et consacré des années de cette existence au service des habitants du quartier et de cette église une quelconque leçon de courage. Chaque ordre a sa vocation et on ne peut pas exiger de ces femmes de poser les mêmes choix qu'un Christian de Chergé ou de quelque missionnaire jésuite allant se faire massacrer au Japon ou en Amérique pour convertir les peuples. Néanmoins, on ne peut regarder cette décision sans penser à l'actualité récente. Pendant deux ans d'épidémie de Covid dans un contexte de perte de repère généralisé et de détresse morale, on a expliqué au clergé qu'il dispensait un commerce non-essentiel et on l'a contraint à fermer ses portes. On sous-estime sans doute la violence que cela a provoquée chez certains prêtres à qui leurs propres évêques ont interdit la dispense des sacrements, ce qui est la base et le premier sens de leur sacerdoce. En 2023 les curés sont unanimes : la pratique a baissé. Certains paroissiens ont simplement perdu l'habitude d'aller à la messe, d'autres se sont repliés dans une solitude encore plus grande... Abandonnant de surcroît un peu plus les églises à leur sort et à leur vide. Au fond, on peut noter deux facteurs simultanés : la multiplication des attaques contre les catholiques et un déclin généralisé du courage face à cette adversité, tout au moins un terrible sentiment d'impuissance et de tentation d'abandon.

**D'ailleurs, ces deux religieuses sont membres de la fraternité apostolique bénédictine. Un ordre religieux qui a pour spécificité de se tenir au cœur des villes.** C'est-à-dire au milieu de ce qu'elles ont de beau et de repoussant et l'explosion de l'insécurité urbaine fait hélas partie des aléas présents dans

chaque ville française quelle qu'elle soit. **L'insécurité a chassé une communauté monastique d'une ville.** Les profanations forcent à laisser les églises fermées. Les crises sanitaires privent les fidèles de sacrements. Des dizaines d'églises brûlent tous les ans. Cela devrait nous inciter à ne plus nous taire car aujourd'hui les pierres brûlent à force de crier en vain.



6 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/la-cisjordanie-au-bord-du-chaos-apres-un-raid-de-colons-juifs-20230305>

## Pourquoi la Cisjordanie s'enfonce dans le chaos

Par [Guillaume de Dieuleveult](#)

Publié hier à 19:18 , mis à jour hier à 21:29



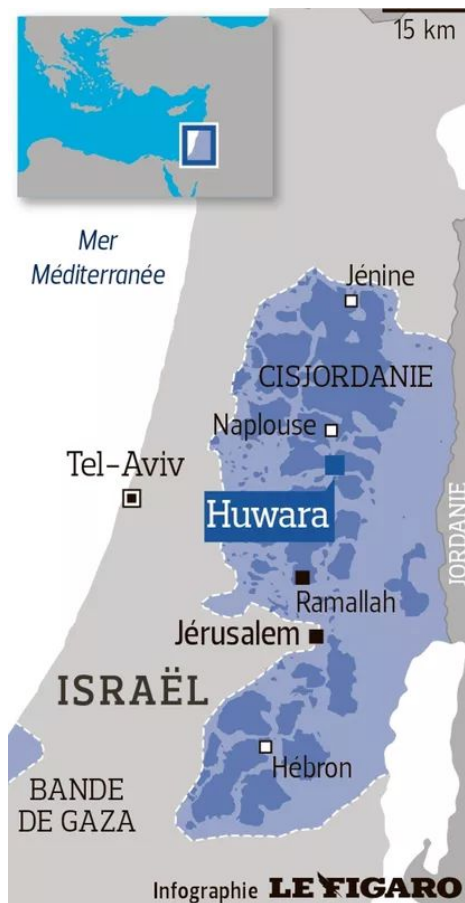
Le 26 février, des centaines de jeunes colons israéliens s'en sont pris en toute impunité aux magasins, maisons et véhicules des habitants de Huwara. *JAAFAR ASHTIYEH/AFP*

**DÉCRYPTAGE - L'expédition punitive menée la semaine dernière en réponse au meurtre de deux Israéliens près de Naplouse illustre la perte de contrôle de l'armée comme de l'Autorité palestinienne.**

### *Correspondant à Jérusalem*

Rien ne semble en mesure de freiner la spirale de la violence dans laquelle s'enfonce [la Cisjordanie](#). **Le territoire occupé est-il encore sous le contrôle de [l'armée israélienne](#) et de l'Autorité palestinienne? Les événements de ces derniers jours font planer le doute sur leur capacité à garder la main sur la situation.** Alors que l'Autorité palestinienne est de plus en plus décrédibilisée et coupée de sa population, l'armée israélienne souffre des divisions au sein du gouvernement, apparues au grand jour après le saccage du village de Huwara, il y a une semaine. Elles sont dues à la réorganisation du ministère israélien de la Défense, orchestrée depuis [le retour de Benjamin Netanyahu](#) au pouvoir, début janvier.

La dernière attaque remonte à vendredi soir, près de Hébron, au sud de Jérusalem, quand un Palestinien a tiré sur la voiture d'un Israélien, le blessant. C'était la troisième de ce genre en une semaine. Les deux précédentes, lundi 27 février, [près de Jéricho](#), et [la veille à Huwara](#), au sud de Naplouse, s'étaient soldées par la mort de trois Israéliens, ce qui porte à 14 le nombre de victimes israéliennes depuis le début de l'année. Les heurts entre l'armée israélienne et des Palestiniens ont également apporté leur lot de victimes. La dernière, un adolescent de 15 ans a été tué jeudi dans le village de Nizzoun, au sud-est de Naplouse, où l'armée était intervenue pour stopper des jets de pierres et de feux d'artifice sur des voitures israéliennes. Le conflit a causé la mort de 65 Palestiniens depuis le début de l'année.



**Le saccage de Huwara par des centaines de jeunes colons israéliens a causé un choc profond dans le pays et dans la communauté internationale. Les secousses se sont fait ressentir tout au long de la semaine. Alors que les images du village ravagé faisaient le tour du monde, l'armée israélienne, impuissante à stopper les colons, était sous le feu des critiques. Les soldats israéliens se sont efforcés, depuis, de contenir les exactions des colons, mais avec des méthodes bien moins radicales que celles auxquelles ils ont recours contre les Palestiniens.** Les militaires sont intervenus à plusieurs reprises pour les arrêter alors qu'ils jetaient des pierres sur des voitures palestiniennes ou qu'ils tentaient de reprendre possession d'une colonie illégale. À chaque fois, des affrontements ont eu lieu: coups, jets de gaz au poivre, certains colons allant jusqu'à foncer en voiture sur des soldats qui, selon l'armée, ont réagi *«en accord avec les procédures d'opération standard, ce qui inclut des tirs d'avertissement en l'air»*. **En fin de semaine, l'armée annonçait que deux leaders du saccage de Huwara avaient été placés en rétention** administrative pour une durée de quatre mois, le mandat ayant été signé par le ministre de la Défense, Yoav Galant.

## Désaccords au sein du gouvernement

Les désaccords entre ce dernier et les deux ministres les plus extrémistes de **Benyamin Netanyahu** apparaissent désormais au grand jour. Depuis le retour au pouvoir de «Bibi», la gestion de la Cisjordanie a été modifiée. Ce territoire occupé depuis 1967 est, de ce fait, sous administration de l'armée. Jusqu'à présent, l'administration civile et le contrôle militaire de la Cisjordanie relevaient d'une même chaîne de commandement. Elle a été divisée, au grand dam de l'état-major israélien. **C'est désormais Bezalel Smotrich, un sioniste religieux fervent partisan de la colonisation de la Cisjordanie, qui dirige l'administration civile, via un portefeuille qu'il occupe au sein du ministère de la Défense.** Le saccage d'Huwara lui a donné l'occasion de présenter sa vision politique sur ce dossier: il a affirmé qu'il fallait que l'armée *«anéantisse»* le village. Il est depuis revenu sur ses propos. **La veille, un haut gradé avait qualifié la descente des colons de «pogrom»**. Ces divisions ont probablement un impact sur le terrain.

# Mahmoud Abbas affaibli

Les désaccords entre le ministre de la Défense et [Itamar Ben Gvir](#), le ministre de la Sécurité nationale, qui a la main sur la police militaire en Cisjordanie, sont aussi apparus au grand jour. L'arrestation des leaders du saccage de Huwara a été aussitôt dénoncée par Ben Gvir. Cet ancien avocat, qui s'est fait un nom en défendant ce type d'individus, a qualifié cette décision «*d'antidémocratique*». Signe de la défiance qui règne au sein du gouvernement, samedi, après une série de fuites, le ministre de la Défense a fait savoir qu'il refusait désormais de parler avec Ben Gvir, sauf sans témoins, ou en conférence de presse.

**Dans cette ambiance surchauffée, l'Autorité palestinienne est atone.** Dans des communiqués calibrés, elle continue de condamner les exactions du camp adverse mais se montre incapable de tenir le terrain et de protéger sa population, ne serait-ce que contre ses franges les plus radicales. **Les habitants de Cisjordanie se sentent abandonnés par une Autorité palestinienne à qui ils reprochent de consacrer plus d'énergie à les contrôler, à «collaborer» avec Israël, qu'à les défendre.**

**C'est une des causes de la perte de légitimité de cet embryon d'État dirigé en autocrate par un Mahmoud Abbas vieillissant.** Ces dernières semaines, l'armée israélienne a effectué de meurtrières opérations à Naplouse et Jénine, alors que ces villes palestiniennes sont censées être sous contrôle militaire de l'Autorité palestinienne. **Les opérations israéliennes la décrédibilisent encore plus aux yeux de la population. Cela explique l'émergence d'une nouvelle génération, avide de se battre contre «l'occupant sioniste», soutenue en sous-main par le Hamas et le Djihad islamique.** Ces deux factions restent discrètes tout en espérant bien, quand Mahmoud Abbas aura passé la main, profiter de l'affaiblissement de l'Autorité palestinienne.

6 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/politique/zones-a-faibles-emissions-les-elus-craignent-une-bombe-sociale-20230305>

## Zones à faibles émissions: les élus craignent une «bombe sociale»

Par [Claire Conruyt](#)

Publié hier à 20:01 , mis à jour il y a 2 heures



À ce jour, onze villes (ici, à Toulouse) ont instauré une ZFE. Avec la loi Climat et résilience de 2021, elles devraient passer à 45 d'ici à 2025. *Frederic Scheiber / Hans Lucas via Reuters Connect*

### **DÉCRYPTAGE - Les ZFE, où sont interdites les voitures polluantes, suscitent la colère des automobilistes.**

Il y a des objets politiques plus explosifs que d'autres. La voiture, à n'en pas douter, en fait partie. Et si la dernière fois, c'est le passage à 80 km/h qui a cristallisé la défiance de la France périphérique, jusqu'à créer le mouvement citoyen des «gilets jaunes», ce sont aujourd'hui les zones à faibles émissions (ZFE) qui suscitent l'inquiétude.

Apparu en 2019, avec la loi d'orientation des mobilités, cet outil vise à interdire progressivement la circulation des véhicules les plus polluants au sein des villes dont la qualité de l'air ne respecte pas les seuils européens. Pas moins de onze agglomérations ont, depuis, instauré une ZFE. En 2021, la loi Climat et résilience a étendu le dispositif à l'ensemble des agglomérations de plus de 150.000 habitants: d'ici à 2025, 45 villes pourraient donc être concernées.

Loin de faire l'unanimité, les plus réticents au dispositif comptent se faire entendre. Et voici que commencent à fleurir des mobilisations, un peu partout à travers l'Hexagone. Aux abords de Rouen, une opération escargot a été organisée il y a une semaine sur l'A150. La députée insoumise de Seine-Maritime, Alma Dufour, aux côtés des manifestants, dénonce comme eux, des «zones à forte exclusion» et demande la suspension du dispositif dans la métropole. *«À Rouen, la ZFE intervient de façon drastique en termes de calendrier: nous sommes concernés par la suppression des véhicules Crit'air 4 ou 5 sur le territoire en pleine crise économique»*, juge-t-elle. À Toulouse, un collectif d'habitants anti-ZFE s'est formé, fustigeant une mesure discriminatoire, et même «liberticide», pour les ménages les plus modestes, souvent propriétaires des voitures les plus polluantes, faute d'avoir les moyens d'en changer. *«Ce n'est que le début»*, craint un député macroniste, faisant observer que dans sa circonscription, *«on est très attachés au diesel en zone rurale»*.

### **«Plus vite que la musique»**

Ainsi, estiment certains élus, naît le risque d'une nouvelle forme d'exclusion sociale, de celle qui viendrait creuser un peu plus le fossé séparant les Français «qui vont bien» de ceux qui, déjà fort éprouvés par la crise de l'inflation, vivent au quotidien en zone périphérique. *«C'est une bombe sociale parce qu'il y a aujourd'hui dix millions d'automobilistes qui vont être interdits de se déplacer»*, a ainsi averti le secrétaire national du Parti communiste, Fabien Roussel. Il faut, a-t-il insisté, *«revenir en arrière»* et revoir cette mesure qui *«pénalise les plus pauvres»*. La patronne des Verts, Marine Tondelier, s'est elle-même émue d'une mesure *«injuste socialement»*. *«Il y a évidemment à être particulièrement attentif»*, estime auprès du *Figaro* le ministre de la Transition écologique, Christophe Béchu. *«Mais il faut le rappeler: l'objectif n'est pas d'emmerder les Français ni d'empêcher les voitures diesel de rouler en ville mais d'avoir une qualité de l'air qui évite 40 000 décès par an.»* Manière pour l'exécutif d'éviter de reproduire les erreurs du passé quand, en 2018, le porte-parole du gouvernement, Benjamin Griveaux, s'en était pris à *«la France qui fume des clopes et roule au diesel»*. En pleine opposition contre la réforme des retraites, le ministre de la Transition écologique veut à tout prix dégonfler la polémique en lançant une grande campagne de communication.

*«C'est encore plus violent que les 80 km/h d'Édouard Philippe»*, affirme pour sa part Philippe Cochet, maire LR de Caluire-et-Cuire, située dans la métropole de Lyon. *«Chez nous, la ZFE touche une grande partie des communes de l'est de Lyon, là où vivent des gens avec de faibles revenus et beaucoup de personnes âgées qui ne sont pas en mesure de réinvestir dans un véhicule»*, affirme-t-il. *«Et maintenant, on leur dit: c'est terminé, il faudra se déplacer à vélo.»* À Montpellier, les députés LFI, Sylvain Carrière et Nathalie Oziol, ont adressé une lettre ouverte au président de la métropole, Michaël Delafosse. *«Dans ma circonscription, il y a des villages à plusieurs dizaines de kilomètres de Montpellier qui ne sont toujours pas desservis par des lignes de tram. On met la charrue avant les bœufs»*, estime Sylvain Carrière. Une lettre ouverte *«de circonstance»*, balaie le socialiste Michaël Delafosse. *«On ne peut pas faire campagne sur la bifurcation énergétique, comme ils l'ont fait, et être dans la pantalonnade dès qu'il s'agit d'engager la transition écologique: si la loi ne leur plaît pas, libre à eux de déposer des amendements.»* Et d'ajouter: *«Nous avons mis en place une dérogation pour les "petits rouleurs" et nous investissons massivement dans les transports en commun.»* Qu'à cela ne tienne, les députés insoumis espèrent bien suspendre la ZFE de Montpellier. *«La métropole de Lyon a bien revu le calendrier de sa ZFE...»*, fait remarquer Sylvain Carrière.

### **La métropole de Lyon a voulu faire de la ZFE un étendard politique et prouver que sur l'écologie, elle irait plus vite que le gouvernement**

*Christophe Béchu*

En février dernier, le président écologiste de la métropole de Lyon, Bruno Bernard, a en effet annoncé un report de l'interdiction des véhicules Crit'Air 2 de 2026 à 2028. La raison? *«On n'a toujours pas de quoi contrôler les ZFE existants: l'État nous promet des radars depuis 2020... On les attend toujours»*, déplore l'élu. *«Rien dans la loi n'obligeait la métropole de Lyon à aller aussi loin dans l'interdiction»*, rétorque le ministre de la Transition écologique, Christophe Béchu. *«On ne peut pas s'abriter derrière l'État, lui reprochant un manque d'accompagnement alors qu'on a décidé d'aller plus vite que la musique. La métropole de Lyon a voulu faire de la ZFE un étendard politique et prouver que sur l'écologie, elle irait plus vite que le gouvernement. Notre calendrier permet la mise en place progressive de ces périmètres pour que, justement, la mesure soit applicable et qu'elle ne conduise pas à un mécontentement.»*

Il n'empêche que la métropole de Lyon n'est pas la seule à réclamer à l'État des aides supplémentaires. *«Nous demandons la mise en place d'aides à la conversion automobile»*, exige par exemple Michaël Delafosse. *«À la fin des années 1990, il y avait la "jupette" et la "baladurette" pour aider les gens à changer de voiture.»* Et le maire de Bordeaux, Pierre Hurmic,

d'insister: *«Si on veut que les ZFE soient une réussite, il faut bien le faire... Or, ce n'est pas bien parti.»* L'édile écologiste estime en effet que l'État *«se défait»* sur les collectivités locales. *«On nous dit: "C'est à vous d'organiser et de financer la baisse du nombre de véhicules circulant au diesel." Il faudrait que ce soit nous seules, métropoles, qui rectifions une motorisation encouragée pendant des années par les pouvoirs publics? Ce n'est pas sérieux...»* Une critique que récuse formellement Christophe Béchu: *«Pour la première fois, nous mettons 150 millions d'euros à disposition des territoires concernés par une ZFE.»* Pour les ménages amenés à se tourner vers des véhicules «propres», des dispositifs ont été mis en place, rappelle le ministre: bonus écologique, prime à la conversion ou encore le prêt à taux zéro dans les ZFE.

Et si ces aides *«existent»*, reconnaît Pierre Hurmic, *«elles ne sont pas à la hauteur de l'enjeu»*. Sylvain Laval, coprésident de la commission Transports de l'Association des maires de France, évoque ainsi l'inégalité des territoires s'agissant des alternatives de transports en commun. *«Sur des sujets pareils, on ne peut pas être sur des incantations et des y a qu'à, faut qu'on: est-ce que c'est normal d'avoir des procédures d'une complexité infinie qui font qu'il faut sept à huit ans pour sortir un tramway?»,* s'émeut-il. *«Il faut peut-être commencer par là...»* Et d'ajouter: *«Si on commence à interdire, contrôler et sanctionner tout le monde, sans proposer des alternatives crédibles derrière, on va braquer les gens.»* D'autant que, poursuit-il, *«une majorité de Français ne savent même pas que les ZFE existent.»*

6 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/zfe-nitroglycerine-politique-20230305>

## ZFE: «Nitroglycérine politique»

Publié hier à 20:29 , mis à jour il y a 1 heure

L'éditorial du Figaro, par Vincent Trémolet de Villers.

Un sigle obscur (ZFE), une réglementation entortillée et fourbe avec des péages qui n'en sont pas, une classification sociale en Crit'Air qui disqualifie le paisible propriétaire d'une vieille voiture et promeut celui qui a les moyens de rouler «propre», la dévaluation d'un bien particulier par décret, un système de surveillance invisible avec des amendes à la clef, un agenda coercitif que personne ne connaît à part les bureaucrates qui l'ont réalisé, une réprobation morale pour ceux qui enfreindraient les règles: voilà le cauchemar dans lequel sont embarqués les automobilistes français.

**L'absurdistan renaît de ses cendres: Kafka s'est mis à l'écologie.**

**La cause affichée est indiscutable : réduire les particules fines en ville et remplacer le pétrole par l'électrique pour ralentir le réchauffement climatique. Mais l'histoire immédiate nous enseigne que l'enfer vert peut être pavé de bonnes intentions.** Qu'on le veuille ou non, que ce soit juste ou injuste, le fiasco de notre politique nucléaire, cette suite d'accommodements politiques habillés d'impératifs environnementaux, s'étend désormais comme une ombre sur toutes les décisions. **À chaque fois, la même interrogation: est-ce de l'idéologie ou de l'écologie?**

Les figures municipales à Paris, Lyon, Bordeaux ou Grenoble qui portent ce projet, **la rage revancharde qu'ils prennent à mettre en accusation ceux «qui fument des clopes et qui roulent au diesel»** (selon le mot historique de Benjamin Griveaux) renforcent le soupçon. **Ces ZFE, perçues comme des ZAD de riches, des zones interdites aux banlieusards et aux provinciaux, élèvent un peu plus haut le mur qui sépare la France des métropoles du reste du pays. La trottinette électrique qui zigzague sur nos trottoirs fait la leçon à la camionnette qui roule dans nos campagnes, les urbains dominants apprennent aux paysans déclinants ce qu'est le soin du monde. Bureaucratie, mépris social, paupérisation, relégation géographique:** on retrouve dans ces trois lettres, ZFE, tous les ingrédients de la nitroglycérine politique.

5 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/wirtschaft/pluendern-zuwanderer-das-deutsche-sozialsystem-oder-entlasten-sie-es-ld.1725020>

## Plündern Zuwanderer das deutsche Sozialsystem – oder entlasten sie es?

Die deutsche Bevölkerung würde ohne Zuwanderung seit Jahren schrumpfen, was die Renten- und Krankenversicherung stark belasten würde. Zugleich sind aber überdurchschnittlich viele erwerbsfähige Ausländer auf Hilfe angewiesen. Wie sieht die Gesamtbilanz aus?

René Höltschi, Berlin, Michael Rasch, Frankfurt 04.03.2023, 05.30 Uhr



Flüchtlinge aus der Ukraine kommen Ende März 2022 im Hauptbahnhof Berlin an. Fabrizio Bensch / Reuters

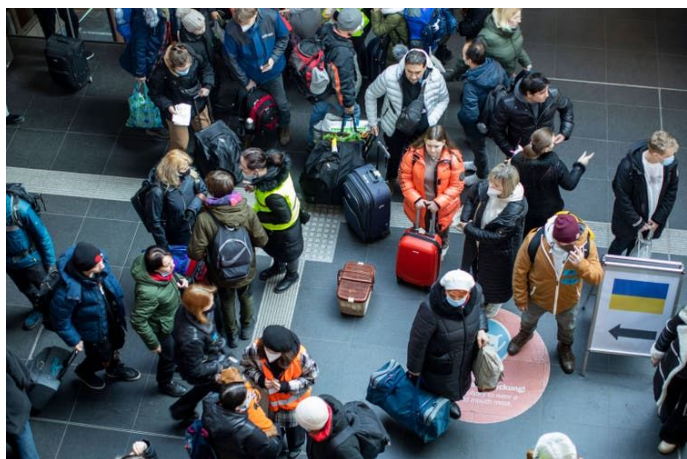
Deutschland tut sich schwer mit Migrationsthemen. Für die einen kommt das Land nicht ohne Zuwanderung aus, will es den Arbeitskräftemangel und die demografische Alterung der Gesellschaft halbwegs meistern. Aus ihrer Sicht trägt Zuwanderung deshalb auch zur Stabilisierung der Sozialversicherungen bei. Andere hingegen fürchten im Gegenteil, dass das grosszügige deutsche Sozialsystem als Magnet für Zuwanderer wirke und dadurch kollabieren könne.

### Ein Einwanderungsland

Fakt ist, dass die deutsche Bevölkerung [laut dem Statistischen Bundesamt \(Destatis\)](#) ohne Nettozuwanderung schon seit 1972 geschrumpft wäre. Seit damals sterben jedes Jahr mehr Menschen, als geboren werden. In den meisten Jahren wurde dieser Rückgang aber dadurch überkompensiert, dass mehr Menschen zu- als abgewandert sind. Besonders ausgeprägt war dieser Effekt in den Jahren 2015 und 2022, in denen besonders viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen.

Für 2022 schätzt Destatis die Nettozuwanderung auf 1,42 bis 1,45 Millionen Menschen, womit die Bevölkerung auf 84,3 Millionen gestiegen wäre. Davon waren 13,4 Millionen oder rund 16 Prozent Ausländer. So hoch wie 2022 war die Zuwanderung noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1950, was vor allem auf die netto fast eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zurückzuführen ist.





2022 kamen netto fast eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nach Deutschland. Im Bild die Ankunft eines Zuges aus Warschau in Berlin. Christian Thiel / Imago

Was für die Auswirkungen auf die Sozialkassen und den Staatshaushalt wichtig ist: Etwa die Hälfte der Zuzüge der letzten zehn Jahre entfiel auf EU-Binnenwanderung, 13 Prozent waren Flüchtlinge, der Rest kam aus sonstigen Drittstaaten, wie [Herbert Brücker](#) vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), der Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit, erläutert.

### **Grösster Brocken: Renten**

Bei der Analyse der Zuwanderungsfolgen für die Sozialsysteme spiele die Musik vor allem bei der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, sagt Brücker. Andere Migrationsforscher sehen das genauso. Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein Umlagesystem, die Renten der derzeitigen Rentner werden also durch die laufenden Beiträge der Erwerbstätigen und ihrer Arbeitgeber finanziert. Doch dieser Generationenvertrag ist durch den demografischen Wandel an seine Grenzen gekommen.

Für die finanzielle Tragfähigkeit des Systems ist das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern entscheidend. Derzeit kommen auf einen Rentner rund zwei Beitragszahler. Im Jahr 1962 war das Verhältnis in Westdeutschland hingegen noch 1 zu 6. Nach der Wiedervereinigung mussten dann bereits weniger als drei Beitragszahler einen Rentner finanzieren.

Der Trend hält bis heute an und würde sich ohne Zuwanderung noch verschärfen, da nun die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in den Ruhestand gehen. Bereits seit Jahrzehnten unterstützt der Staat das Rentensystem daher mit Steuermitteln. Laut der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund) betragen Erstattungen und Zuschüsse des Bundes derzeit rund 100 Milliarden Euro pro Jahr, das sei etwa ein Drittel des benötigten Finanzvolumens.

### **Am teuersten ist die Rente**

Die übrigen Einnahmen basieren weitestgehend auf den Zwangsbeiträgen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und ihrer Arbeitgeber. Beiträge an die Renten- und die Krankenversicherung machen den grössten Teil der Sozialversicherungsbeiträge aus (vgl. Grafik).

Im Juni 2022 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer laut DRV Bund um rund 450 000 höher gewesen als ein Jahr zuvor. Im 5-Jahres-Vergleich ab Juni 2017 sei ihre Zahl sogar um 1,5 Millionen gestiegen. Damit haben Ausländer in dieser Periode rund zwei Drittel zum gesamten Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um insgesamt knapp 2,3 Millionen beigetragen.

Laut Brücker vom IAB ist der grosse Hebel zur Stabilisierung des Rentensystems daher neben der Anpassung der Lebensarbeitszeit die Arbeitsmigration. Im Hinblick auf die Fluchtmigration lasse sich das nicht so leicht sagen. Positiv sei, dass viele Flüchtlinge sehr jung nach Deutschland kämen, meint Brücker. Negativ wirke dagegen, dass nach fünf Jahren lediglich rund 50 Prozent der Geflüchteten im Arbeitsmarkt integriert seien. Bei Einheimischen liege die Beschäftigungsquote bei immerhin 70 Prozent.

Dieser Wert werde von den Schutzsuchenden auch nach 15 Jahren noch nicht erreicht. Sie seien auch dann erst nur zu 60 bis 65 Prozent in den Arbeitsmarkt integriert. Insofern erwartet Brücker, dass es eine Gruppe von Flüchtlingen geben wird, die sich im Alter nicht selbst finanzieren können, und dass die Sozialsysteme durch Fluchtmigration unter dem Strich wohl eher belastet würden.

### **Krankenkassen profitieren**

Ein grosser Profiteur der Zuwanderung sind dagegen wohl die Krankenkassen. In der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) entstehen Jahr für Jahr enorme Kosten. 2021 betrug die Leistungen der GKV laut ihrem Spitzenverband [rekordhohe 263,4 Milliarden Euro](#). Für die Krankenkassen entstehen die grössten Kosten im Alter, vor allem in der letzten Lebensphase. Noch mehr gilt dies natürlicherweise für die Pflegekosten, denn in der Regel fallen diese im Ruhestandsalter in den letzten Monaten und Jahren vor dem Tod an.

Der Krankenstand von Migranten sei aufgrund des jungen Alters eher gering, sie würden zudem weniger zum Arzt gehen und seien durch die Rückwanderung eines Teils von ihnen im Alter weniger in Deutschland zugegen, sagt Brücker vom IAB. Davon würden die Krankenkassen kräftig profitieren. Das gelte sehr stark für die Arbeitsmigration, doch auch bei der Fluchtmigration dürften die Kassen seiner Ansicht nach mittelfristig profitieren, wenn die Menschen einigermassen schnell in den Arbeitsmarkt integriert würden.

Die Rückwanderung wird in der Öffentlichkeit oft unterschätzt und auch in manchen Studien nicht einbezogen. Die Abwanderung oder Rückkehr von Arbeitsmigranten finde besonders in Rezessionen und zum Beginn des Rentenalters statt, was die Krankenkassen- und Pflegekosten dieser Gruppen stark reduziere, sagt [Katrin Sommerfeld](#), Arbeitsmarktökonomin am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Zudem spielt die unterschiedliche Lebenserwartung eine Rolle. Wer weniger lang lebt, verursacht tendenziell weniger Kosten für die Rentenkassen. Die Lebenserwartung hängt laut Sommerfeld generell stark vom Einkommen und sozialen Status ab. Migranten könnten daher statistisch eine geringere Lebenserwartung aufweisen als Einheimische, allerdings gebe es auch gegenläufige Effekte.

Harte Zahlen zu den Zuwanderungsfolgen für die Krankenkassen gibt es aber kaum, da die entscheidenden Daten anonymisiert sind. Flüchtlinge haben im Krankheitsfall gewisse gesetzliche Ansprüche. Die Ausgaben werden durch die Sozialämter erstattet. Wenn diese Personengruppe später Bürgergeld erhält, bekommen die Kassen – wie bei allen Bürgergeldempfängern – einen pauschalen Betrag vom Bund. Dieser ist laut dem Krankenkassenverband derzeit jedoch nicht kostendeckend.

Die Krankenkasse Die Techniker (TK) hatte jedoch 2020 in Kooperation mit dem Berliner «Tagesspiegel» verschiedene Daten für den Zeitraum 2013 bis 2019 ausgewertet. Laut dieser Analyse gab es in diesen sieben Jahren einen Wanderungssaldo aus dem Ausland in Höhe von 4,7 Millionen Menschen in das System der GKV. Für das Jahr 2019 ergab sich daraus eine Entlastung der GKV über etwa 8 Milliarden Euro (umgerechnet 0,6 Beitragssatzpunkte). Seit 2019 hätten sich die Rahmenbedingungen aber deutlich geändert, heisst es dazu von der TK.

### **Arbeitslose kosten wenig**

Gemessen an den Ausgaben für Renten und Gesundheit nehmen sich die restlichen Sozialleistungen relativ bescheiden aus. Ins Gewicht fallen vor allem noch die Arbeitslosengelder sowie die «Grundsicherung für Arbeitssuchende» (Bürgergeld, bis Ende 2022 Hartz IV), die das Existenzminimum von Langzeitarbeitslosen und deren Familien sowie anderen erwerbsfähigen und hilfsbedürftigen Personen sichern soll.

Dabei geht es um Ausgaben in jeweils zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr. Das Arbeitslosengeld wird zumindest teilweise durch Versicherungsbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert. So hat die zuständige Bundesagentur für Arbeit [2021 Einnahmen von rund 36 Milliarden Euro verzeichnet](#). Dem standen allerdings Ausgaben von 58 Milliarden Euro gegenüber. Davon entfielen gut 19 Milliarden Euro auf Arbeitslosengeld und 20 Milliarden Euro auf Kurzarbeitergeld, das wegen der Pandemie und der Lockdowns

wie schon 2020 viel mehr Geld gekostet hat als in «normalen» Jahren (der Rest entfiel auf Posten wie Arbeitsförderung, Personal und Verwaltung). Das Defizit wurde durch Rücklagen, vor allem aber durch Liquiditätshilfen des Bundes, gedeckt.

Für die Grundsicherung, die aus Steuergeldern finanziert wird, sind im [laufenden Bundeshaushalt](#) einschliesslich von Beiträgen an Heizkosten und Unterkunft, Verwaltungskosten und weiteren Posten insgesamt 24 Milliarden Euro vorgesehen.

### **Ausländer übervertreten**

Eine Aufteilung der Beitragseinnahmen der Bundesagentur für Arbeit und der Ausgaben für Arbeitslosengelder und für die Grundsicherung auf Deutsche und Ausländer konnte die Bundesagentur für Arbeit auf Anfrage nicht zur Verfügung stellen, da die Daten nicht entsprechend differenziert vorliegen würden. Einen Anhaltspunkt liefert der monatliche Zuwanderungsmonitor des IAB, der Arbeitsmarktindikatoren für unterschiedliche Gruppen von Zuwanderern dokumentiert.

Laut [seiner jüngsten Ausgabe](#) hatten Ausländer eine geringere Beschäftigungsquote als die Gesamtbevölkerung (vgl. Grafik, Daten für 2022). Zugleich war ihre Arbeitslosenquote mit 14,3 Prozent mehr als doppelt so hoch wie jene der Gesamtbevölkerung. Ähnliches gilt für den Anteil jener, die Grundsicherung bezogen («Hilfsquote»). Die Arbeitslosen- und die Hilfsquoten dürfen indessen nicht addiert werden, da sich jeder erwerbsfähige Empfänger von Grundsicherung auch als arbeitslos melden muss.

Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen von Ausländern. Jene knapp 40 Prozent, die aus anderen EU-Staaten stammen, weisen bei allen drei Kennziffern ähnlich gute Werte aus wie die Gesamtbevölkerung. Deutlich schlechter sind die Werte von Menschen aus den Asylherkunftsländern Afghanistan, Eritrea, dem Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien, vor allem aber aus der Ukraine. Bei den Ukrainern, die im Gegensatz zu anderen Flüchtlingen von Anfang an Anrecht auf Sozialleistungen haben, ist die Abhängigkeit von Grundsicherung naturgemäss besonders hoch, da sie meist erst seit kurzem im Land weilen und unter ihnen viele Mütter mit Kindern sind.



Bei Menschen aus Asylherkunftsländern wie Afghanistan sind die Arbeitslosenquote und die Abhängigkeit von der Grundsicherung deutlich höher als bei Zuwanderern aus EU-Staaten.

Markus Schreiber / AP

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass [laut dem jüngsten Monatsbericht](#) der Bundesagentur für Arbeit im Februar 36 Prozent der gemeldeten 2,62 Millionen Arbeitslosen und im letzten Oktober 45 Prozent der 3,83 erwerbsfähigen Grundsicherungsbezüger Ausländer waren. Diese waren damit klar überproportional vertreten.

### **Und die Gesamtbilanz?**

Forscher wie Brücker oder [Holger Bonin](#), Forschungsdirektor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), betonen indessen, dass man für eine seriöse Einschätzung der fiskalischen Gesamtbilanz der

Zuwanderung den Blick ausweiten müsse. Berücksichtige man die gesamten Leistungen und Bezüge über die Lebenszeit von Zuwanderern, werde das Bild deutlich positiver, als es ihr relativ hoher Anteil an Arbeitslosen und Grundsicherungsempfängern vermuten lasse.

Der Grund ist einfach: Menschen, ob Ausländer oder Deutsche, sind typischerweise vor allem im Jugendalter und im Ruhestand Nettoempfänger von staatlichen Leistungen, während sie im Erwerbsalter Nettozahler sind. Da viele Zuwanderer als junge Erwachsene nach Deutschland kommen, entfallen oft Kosten für die Ausbildung. Und da wie erwähnt ein Teil von ihnen das Land später wieder verlässt, fallen die im Durchschnitt mit zunehmendem Alter steigenden Gesundheitskosten nicht in Deutschland an.

Solche Effekte sind schwierig zu quantifizieren. Das Ergebnis hängt wesentlich von den Annahmen zum Beispiel über Rückwanderung und Lebenserwartung ab, auf denen entsprechende Modellrechnungen beruhen. Eine der bekanntesten deutschen Studien zu dieser Frage hat Bonin, damals noch als Forscher des ZEW, [2014 für die Bertelsmann-Stiftung erstellt](#).

Bonin kam in einem ersten Schritt durch die Bilanzierung der laufenden Zahlungsströme zwischen Bürgern und öffentlichen Kassen zum Schluss, dass die in Deutschland lebenden Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft im Jahre 2012 insgesamt deutlich mehr Geld in Form von Steuern und Sozialbeiträgen an den Staat zahlten, als sie in Form von individuellem Transfer zurückerhielten. Die Bilanz blieb auch positiv, als Bonin die Steuern, Beiträge und Sozialtransfers addierte, die unter der Annahme unveränderter Rahmenbedingungen bis ans Lebensende der damals in Deutschland lebenden Ausländer anfallen würden.

Ins Negative kippte sie hingegen, als der Forscher den Ausländern gemäss ihrem Bevölkerungsanteil auch einen Anteil an den allgemeinen Staatsausgaben zum Beispiel für Verteidigung oder Strassenbau in Rechnung stellte. Solche Studien sind aufwendig und wegen der vielen nötigen Annahmen angreifbar. Dies mag erklären, warum in den letzten Jahren weder Bonin noch andere Forscher neue oder aktualisierte Berechnungen vorgelegt haben, obwohl sich die Umstände seit damals erheblich geändert haben.

### **Integration lohnt sich**

Gleichwohl sind einige politische Lehren möglich. Erstens ist festzuhalten, dass Deutschland die Zuwanderung nur begrenzt steuern kann. So kann die Politik Zuzüge aus EU-Staaten wegen der im Binnenmarkt geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit kaum beeinflussen. Nach Einschätzung von Brücker hat Deutschland von der EU-Zuwanderung enorm profitiert, weil sie in den letzten zehn Jahren erheblich zum Wachstum der Wirtschaft und der Steuereinnahmen beigetragen habe.

Doch diese Party sei gefeiert, sagt der IAB-Experte. Zum einen seien die wanderungsbereiten jungen Menschen inzwischen alle bereits weg, zum andern hätten sich in den osteuropäischen EU-Staaten die Gehälter und die Arbeitsmarktlage stark verbessert. Auch seien diese Länder stark vom demografischen Wandel betroffen.

Auch die Fluchtmigration kann Deutschland nur begrenzt steuern, will es völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Aufnahme von Schutzsuchenden und humanitäre Versprechen an die Ukraine einhalten. Studien wie zum Beispiel ein [IAB-Kurzbericht zur Flüchtlingswelle von 2015](#) zeigen indessen, dass sich Investitionen in die Integration von Flüchtlingen, namentlich Sprachkurse und Berufsbildung, sowohl gesamtwirtschaftlich als auch für den Staatshaushalt lohnen.



Investitionen in die Integration von Flüchtlingen durch Sprachkurse und Berufsbildung lohnen sich für den Gaststaat. Alexander Koerner / Getty

Eine um ein Jahr schnellere Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt könne Milliarden Euro sparen, sagt Bonin. Sie senkt nämlich die Kosten für die Unterstützung und erhöht zugleich die Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Am besten zu steuern ist die Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten. Hier will die Ampelregierung denn auch mit der geplanten [Novelle des Einwanderungsrechts](#) ansetzen. Je besser es gelingt, jüngere, qualifizierte Fachkräfte anzulocken, desto mehr wird nicht nur der Fachkräftemangel entschärft, sondern umso positiver wird auch die Gesamtbilanz der Zuwanderung für die Sozialsysteme und die Staatsfinanzen.

5 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/europe/2023/03/04/russias-population-nightmare-is-going-to-get-even-worse>

Russian demography

## Russia's population nightmare is going to get even worse

War in Ukraine has aggravated a crisis that began before it started



Mar 4th 2023

**A demographic tragedy is unfolding in [Russia](#).** Over the past three years the country has lost around 2m more people than it would ordinarily have done, as a result of war, disease and exodus. **The life expectancy of Russian males aged 15 fell by almost five years, to the same level as in Haiti.** The number of [Russians](#) born in April 2022 was no higher than it had been in the months of Hitler's occupation. **And because so many men of fighting age are dead or in exile, women outnumber men by at least 10m.**

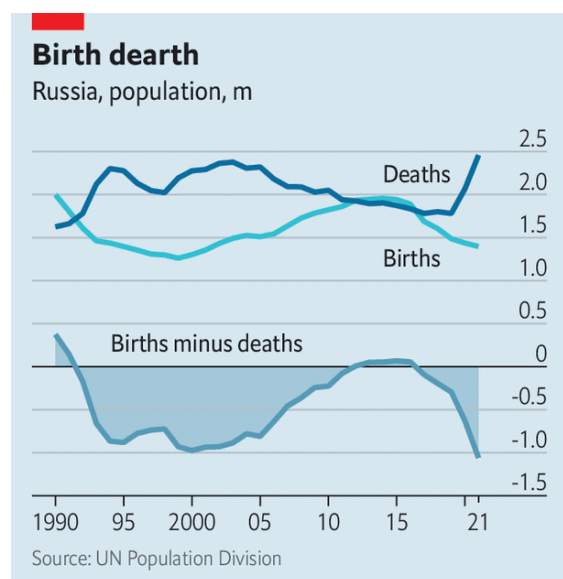
War is not the sole—or even the main—cause of these troubles but it has made them all worse. According to Western estimates, 175,000-200,000 [Russian soldiers](#) have been killed or wounded over the past year (Russia's own figures are lower). Somewhere between 500,000 and 1m mostly young, educated people have evaded the meat grinder by fleeing abroad. Even if Russia had no other demographic problems, losing so many in such a short time would be painful. **As it is, the losses of war are placing more burdens on a shrinking, ailing population. Russia may be entering a doom loop of demographic decline.**



The Economist

The roots of Russia's crisis go back 30 years. The country reached peak population in 1994, with 149m people. The total has zig-zagged downwards since. It was 145m in 2021 (that figure, from the un, excludes the 2.4m people of Crimea, which Russia seized in 2014 and incorporated into its national accounts). **According to un projections, the total could be just 120m in 50 years if current patterns persist.** That would make Russia the 15th-largest country in the world, down from sixth in 1995. According to Alexei Raksha, an independent demographer who used to work for the state statistics service, **if you look just at peacetime years, the number of births registered in April 2022 was the lowest since the 18th century.** April was a particularly cruel month but it was a revealing glimpse of a chronic problem.

Population decline is not unique to Russia: most post-communist states have seen downturns, though not like this. Their declines have been slow, manageable diminutions. Russia's population in recent decades has seen a precipitous slump, then a partial recovery (thanks to a period of high immigration and more generous child allowances after 2007), followed by a renewed slump.



The Economist

According to the state statistics agency, in 2020 and 2021 combined the country's population declined by 1.3m and deaths outstripped births by 1.7m. (The un also shows a fall but it is shallower). The decline was largest among ethnic Russians whose number, the census of 2021 said, fell by 5.4m in 2010-21. Their share of the population fell from 78% to 72%. So much for Mr Putin's boast to be expanding the *Russki mir* (Russian world).

**All this began before the war and reflects Russia's appalling covid pandemic.** The official death toll from the disease was 388,091, which would be relatively low; **but The Economist estimates total excess deaths in 2020-23 at between 1.2m and 1.6m.** That would be comparable to the number in China and the United States, which have much larger populations. **Russia may have had the largest covid death toll in the world after India and the highest mortality rate of all, with 850-1,100 deaths per 100,000 people.**

If you add pandemic mortality to the casualties of war and the flight from mobilisation, Russia lost between 1.9m and 2.8m people in 2020-23 on top of its normal demographic deterioration. That would be even worse than during the disastrous early 2000s when the population was falling by roughly half a million a year.

**What might that mean for Russia's future?** It is worth remembering that **demography is not always destiny** and that Russia did begin to reverse its decline in the mid-2010s. **The impact of population change is often complex**, as Russia's military mobilisation shows. The decline in the number of ethnic Russians of call-up age (which is being raised from 18-27 to 21-30) will make it harder for the military to carry out the regular spring draft, which begins in April. It will put an even greater burden on young

men in non-Russian regions such as Dagestan, where protests have already broken out. It is also likely to hamper plans to increase the size of the armed forces by 350,000 over the next three years. On the other hand, there is little sign that Russia is running out of young men to sacrifice in the bloodlands. In October the government claimed it had reached its target of drafting 300,000 extra troops to bolster the occupation.

Such complications notwithstanding, the overall effect of demographic decline will be to change Russia profoundly and for the worse. Most countries which have suffered population falls have managed to avoid big social upheavals. Russia may be different. Its population is falling unusually fast and may drop to 130m people by mid-century. **The decline is associated with increased misery: the life expectancy at birth of Russian males plummeted from 68.8 in 2019 to 64.2 in 2021, partly because of covid, partly from alcohol-related disease. Russian men now die six years earlier than men in Bangladesh and 18 years earlier than men in Japan.**

And Russia may not achieve what enables other countries to be rich and ageing: **high and rising levels of education.** Nicholas Eberstadt, a demographer at the American Enterprise Institute in Washington, dc, argues that **the country presents a peculiar combination of third-world mortality and first-world education. It has some of the highest rates of educational attainment among over-25s in the world. But the exodus of well-educated young families is eroding this advantage.** According to the communications ministry, **10% of its workers left the country in 2022. Many were young men.** Their flight is further skewing Russia's unbalanced **sex ratio which in 2021 meant there were 121 females older than 18 for every 100 males.**

The demographic doom loop has not diminished Mr Putin's craving for conquest. But it is making Russia a smaller, worse-educated and poorer country, from which young people flee and where men die in their 60s. The invasion has been a human catastrophe and not only for Ukrainians.



5 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/04/la-tunisie-rongee-par-les-demons-du-racisme\\_6164127\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/04/la-tunisie-rongee-par-les-demons-du-racisme_6164127_3232.html)

## La Tunisie rongée par les démons du racisme

### Éditorial

L'éruption d'hostilité aux Africains subsahariens encouragée par le président Kaïs Saïed s'ajoute à la régression autocratique et entache encore un peu plus l'image de la Tunisie à l'étranger.

Publié hier à 10h23 Temps de Lecture 2 min.



Des migrants subsahariens campent devant l'Organisation internationale pour les migrations pour demander protection après avoir subi plusieurs attaques, à Tunis, le 2 mars 2023. HASSENE DRIDI / AP

**Il est bien loin, le temps où la Tunisie inspirait hors de ses frontières respect et admiration. Chaque** semaine qui passe entache un peu plus l'image de ce pays qui brilla jadis d'une flamme singulière dans le monde arabo-musulman. Que reste-t-il du prestige que lui conférait son statut d'avant-garde en matière de libertés publiques, de pluralisme politique, de droits de femmes et de respect des minorités ? **Le chef de l'Etat, Kaïs Saïed, qui s'est arrogé les pleins pouvoirs à la faveur d'un coup de force en juillet 2021, lui impose désormais un tournant répressif, conservateur et xénophobe des plus préoccupants.** La Tunisie en devient méconnaissable.

**Dans cette affaire, tout est lié : le retour à l'autocratie va de pair avec la crispation identitaire, les deux se nourrissant d'un prétendu « complot » contre l'Etat et la patrie.** L'une des illustrations les plus déprimantes de cette régression est **la récente vague de racisme anti-Noirs qui secoue le pays.** Dans la foulée de la déclaration du 21 février du président Saïed, qui a fustigé des « *hordes de migrants clandestins* » associées à ses yeux à un « *plan criminel* » visant à « *modifier la composition démographique* » du pays **en rupture avec son « appartenance arabo-islamique »**, l'hostilité se déchaîne contre les étudiants et les immigrés issus de l'Afrique subsaharienne.

**Ces derniers sont chaque jour victimes d'agressions physiques et verbales à Tunis et dans d'autres centres urbains.** Le discours conspirationniste du chef de l'Etat, aux accents **de type « grand remplacement », a libéré un racisme enfoui au tréfonds de la société tunisienne, héritage de l'esclavage en Afrique du Nord, aux séquelles psychologiques durables.**

## L'embarras prévaut

L'éruption de cette xénophobie cautionnée au plus haut niveau de l'Etat a obscurci la perception de la Tunisie à l'étranger. M. Saïed a beau avoir tenté de nuancer ses propos en précisant qu'il visait les

immigrants en situation irrégulière, le mal est fait. Ses brigades de fidèles, dont certains sont affiliés à un **Parti nationaliste tunisien aux discours et aux méthodes dignes de l'extrême droite européenne**, traquent les Subsahariens. Les Tunisiens les plus progressistes avouent leur « *honte* » et tentent d'organiser dans l'adversité un front « *antifasciste* ». La consternation règne aussi dans de nombreuses capitales du continent. **L'Union africaine a « condamné » les « déclarations choquantes » du président Saïed.**

**Dans les capitales européennes, c'est plutôt l'embarras qui prévaut. Si les chancelleries ne manquent pas d'exprimer occasionnellement leur « préoccupation » face au recul de l'Etat de droit en Tunisie, elles n'ont pas réagi à la charge présidentielle contre les migrants subsahariens. Et pour cause : M. Saïed répond plutôt positivement aux appels de l'Europe – au premier chef de l'Italie – à mieux verrouiller ses frontières maritimes afin d'endiguer les traversées de la Méditerranée.**

Le cadenassage de « l'Europe forteresse », qui contribue à fixer en Afrique du Nord des candidats à l'exil européen, n'est pas étranger aux tensions migratoires dont cette région est le théâtre. **Cherche-t-on à ménager M. Saïed afin d'éviter qu'il « lève le pied » sur la surveillance de son littoral ?** Si telle était l'arrière-pensée, elle ajouterait le cynisme à un dossier déjà suffisamment dramatique.

5 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/economie/article/2023/03/05/a-bruxelles-la-guerre-du-nucleaire-entre-l-allemande-et-la-france-fait-rage\\_6164197\\_3234.html](https://www.lemonde.fr/economie/article/2023/03/05/a-bruxelles-la-guerre-du-nucleaire-entre-l-allemande-et-la-france-fait-rage_6164197_3234.html)

## A Bruxelles, la guerre du nucléaire entre l'Allemagne et la France fait rage

La question de l'atome, et plus particulièrement de son utilisation pour produire de l'hydrogène bas carbone, est au cœur d'un affrontement franco-allemand qui se déploie avec une intensité rare au sein des institutions européennes.

Par [Virginie Malingre](#) (Bruxelles, bureau européen)

Publié aujourd'hui à 06h03, mis à jour à 06h03



COLCANOPA

Depuis que l'Allemagne a décidé de sortir du nucléaire, après [la catastrophe de Fukushima, au Japon, en 2011](#), Paris et Berlin ne cessent de batailler sur la question de l'atome. Ces derniers mois, cet affrontement diplomatique, politique et économique a pris une intensité rare, alors que la lutte contre le réchauffement climatique et la guerre en Ukraine poussent l'Europe à se défaire des énergies fossiles. Et c'est à Bruxelles qu'il se livre. Chantage, marchandages, lutte d'influence et communication à haute dose sont les ingrédients de cette guerre qui tient en haleine les spécialistes du secteur.

Au moins cinq projets législatifs communautaires en cours d'examen en font déjà les frais, peinant à avancer : sur les énergies renouvelables, le paquet gazier, les carburants aérien et maritime, la banque de l'hydrogène. Et la France et l'Allemagne fourbissent leurs armes sur deux autres textes stratégiques que la Commission européenne doit bientôt présenter. Le premier porte sur la réforme du marché de l'électricité européen, le second sur la manière de développer dans l'Union européenne (UE) une industrie verte compétitive face aux offensives chinoise et américaine.

Certaines de ces réglementations en construction concernent le sort qui sera fait à l'hydrogène bas carbone, c'est-à-dire produit à partir de l'atome, pour décarboner l'industrie et les transports longue distance, aux côtés de l'hydrogène renouvelable. D'autres seront éminemment structurantes pour la viabilité économique du secteur nucléaire français et la compétitivité de l'Hexagone.

## Point de blocage précis

Dans l'immédiat, les protagonistes de cette guerre se concentrent sur la directive concernant les énergies renouvelables, alors qu'une nouvelle réunion de négociation est prévue lundi 6 mars entre la Commission, le Conseil et le Parlement européens. Deux camps, l'un emmené par l'Allemagne, l'autre par la France, s'affrontent, chacun disposant d'une minorité de blocage sur un point précis : l'hydrogène bas carbone doit-il être pris en compte pour mesurer les efforts des Etats membres à atteindre l'objectif de 45 % de renouvelables dans leur bouquet énergétique d'ici à 2030 ?

Pour Berlin et ses alliés espagnol, luxembourgeois ou autrichien, seul l'hydrogène vert, produit avec une électricité éolienne ou photovoltaïque, est éligible. Inacceptable, répondent Paris et ses amis, issus pour l'essentiel d'Europe orientale et centrale, qui misent sur l'atome pour les aider à respecter l'accord de Paris. *« S'interdire d'utiliser le nucléaire, qui est une énergie émettant moins de carbone que le photovoltaïque ou l'éolien, est une position climaticide, et absurde »*, répète la ministre de la transition énergétique, Agnès Pannier-Runacher.

*« Si la France se repose sur son nucléaire, elle ne fera pas le nécessaire en termes de renouvelables »*, fait-on valoir côté allemand. *« Quand il s'agit d'importer du GNL dégueulasse issu du gaz de schiste ou de faire tourner ses centrales à charbon, l'Allemagne est moins regardante »*, s'agace-t-on de l'autre côté du Rhin. Paris argue qu'avec une économie déjà décarbonée à plus de 90 %, il lui est impossible de tout miser sur le renouvelable sans réduire, à terme, sa production d'électricité nucléaire. L'Allemagne, en revanche, dont près de la moitié de l'électricité est d'origine fossile, a plus de marges.

Le blocage pourrait prendre la même ampleur que [le débat sur l'inclusion du nucléaire dans la taxonomie](#), cette labellisation des activités vertes qui permet d'orienter les investissements du privé et qui a divisé les Européens pendant de long mois. *Aujourd'hui, « deux minorités de blocage se font face. J'ai l'impression d'être dans une arène avec deux taureaux qui se font face. Pour l'instant, tout est calme »*, relate une source.

Le 28 février, en marge d'un conseil des ministres à Stockholm, Agnès Pannier-Runacher a tenté une démonstration de force. Elle a réuni dix pays – Slovaquie, Slovénie, Bulgarie, Croatie, Pologne, République tchèque, Hongrie, Finlande, Roumanie et Pays-Bas –, avec l'intention de poser la première pierre d'une « alliance du nucléaire ».

Ils ont certes signé un communiqué commun, reconnaissant le rôle de l'atome pour la sécurité de l'approvisionnement énergétique et la poursuite des objectifs climatiques. Mais Paris n'a pas obtenu la reconnaissance du rôle du nucléaire dans les législations européennes. Ce qu'a bien noté l'Allemagne, persuadée *« que la coalition pronucléaire autour de la France est fragile. Elle joue la montre »*, commente un diplomate européen.

## Accords sans suite

Personne n'imagine, en tout cas, que la réunion du 6 mars permettra de débloquer l'affaire, même s'il existe plusieurs pistes pour sortir de l'impasse, à commencer par celle qui consisterait à évacuer le sujet de l'hydrogène du texte. *« La France comme l'Allemagne campent sur des positions idéologiques. Il faut en sortir, sans quoi cela fragilisera le Green Deal et la transition énergétique »*, résume Pascal Canfin, le président (Renew Europe) de la commission de l'environnement du Parlement européen.

A Paris, on pensait l'affaire réglée après le conseil des ministres franco-allemand du 22 janvier. Certes, les négociations avaient été dures et ce n'est que la veille de la rencontre à l'Élysée entre Emmanuel Macron et Olaf Scholz que le passage consacré à l'hydrogène dans leur déclaration commune avait été stabilisé. Mais finalement, le président français et le chancelier allemand s'étaient engagés à *« [veiller] à ce que l'hydrogène renouvelable et bas carbone puissent être pris en compte dans les objectifs de décarbonation fixés sur le plan européen »*.

Voilà, pensait-on à l'Élysée, qui valait quitus allemand pour tout texte traitant de la question de l'hydrogène. Même si, reconnaît un diplomate, « *il n'est pas certain que le chancelier en avait informé les Verts, très hostiles au nucléaire. D'ailleurs, le ministre [de l'économie (Verts)] Robert Habeck a tout de suite nuancé les propos de la déclaration commune* ».

Quelques jours plus tôt, à Barcelone, le 19 janvier, Emmanuel Macron et le premier ministre espagnol, Pedro Sanchez, avaient signé un traité d'amitié qui levait également, pensait Paris, l'hypothèque espagnole sur cette thématique. A dire vrai, la question de l'hydrogène était encore ouverte quand les deux dirigeants s'étaient retrouvés en tête à tête au Musée national d'art de Catalogne pour sceller leur nouvelle alliance.

« *Sanchez a fini par toper, mais il n'est pas certain qu'il ait tout compris. Il s'est fait remonter les bretelles par ses équipes et par Berlin* », confie une source. En contrepartie, la France avait, pour sa part, accepté de prolonger vers l'Allemagne le futur hydrogénéoduc qui reliera Barcelone et Marseille (H2Med), répondant ainsi à une demande pressante de Madrid et Berlin.

Très vite, la France s'est rendu compte que ses partenaires ne se sentaient pas engagés à Bruxelles par les accords qu'ils avaient signés à Paris et à Barcelone. « *Peut-être que l'Allemagne et l'Espagne ne voient aucune raison de faire de concessions à la France, dont le nucléaire garantit des prix relativement bas de l'électricité* », suggère un proche d'Emmanuel Macron. « *Beaucoup de lignes ont bougé en Allemagne depuis le début de la guerre en Ukraine [fin février 2022], notamment sur la défense. Scholz ne peut pas tout faire en même temps, d'autant que sa coalition est difficile à gouverner* », nuance un diplomate européen.

Quoi qu'il en soit, la riposte de la France n'a pas tardé. Elle a rameuté ses alliés et menace désormais de bloquer le projet H2Med. En face, on n'apprécie pas ce chantage et, de part et d'autre, les positions se sont encore tendues. Conséquence, la réunion de négociation du 7 février sur la directive énergie renouvelable a été annulée. Les cris de victoire d'Agnès Pannier-Runacher, le 13 février, lorsque la Commission a, dans un acte délégué relatif à l'hydrogène vert, donné un point à l'Hexagone, n'ont pas contribué à calmer le jeu.

## « **Additionner les solutions** »

L'exécutif communautaire, aussi divisé sur le nucléaire que le sont les Vingt-Sept, n'est pas à l'aise dans cette affaire. « *La Commission est tétanisée, elle a longtemps attendu que les Etats membres se mettent d'accord* », décrypte Pascal Canfin. Ursula von der Leyen, sa présidente, qui a plusieurs fois échangé avec Emmanuel Macron ou Olaf Scholz sur le sujet, se montre plus pragmatique, mais elle n'en est pas moins allemande. Elle a surtout un agenda politique : à l'approche des élections européennes de 2024, l'ex-ministre d'Angela Merkel pourrait vouloir rester en poste, auquel cas elle ne peut prendre le risque de fâcher Paris, encore moins Berlin.

« *Von der Leyen essaie de ménager la chèvre et le chou* », constate un diplomate. Courant janvier, c'est à Berlin qu'elle a donné gain de cause à l'occasion de la signature d'un protocole d'accord avec Kiev, destiné à accroître la coopération entre les deux parties : le texte prévoyait l'importation du seul hydrogène vert ukrainien, alors que l'Ukraine a des centrales nucléaires. Paris a finalement obtenu que le tir soit rectifié, au profit de l'hydrogène bas carbone.

Comme le montre cette affaire, les protocoles d'accord entre l'UE et les pays tiers cristallisent aussi l'affrontement entre la France et l'Allemagne. « *On ne souhaite pas que l'UE s'engage dans une croisade antinucléaire à l'étranger* », souligne un haut fonctionnaire français. Côté allemand, on compte surtout sur ces accords pour sécuriser les approvisionnements en hydrogène renouvelable. « *Après le gaz russe, Berlin crée de nouvelles dépendances, regrette un diplomate européen pronucléaire. Par ailleurs, importer par bateau de l'hydrogène du Chili ou de Nouvelle-Zélande [avec lesquels des protocoles d'accord sont en cours de négociation], ce n'est pas forcément très vert.* »

« *A chaque fois qu'il y a le mot hydrogène quelque part, Paris et Berlin s'écharpent* », relate un fonctionnaire européen. Même quand l'enjeu est mineur. Dernier exemple en date, le 20 février, les ministres des affaires étrangères européens devaient adopter les conclusions sur la diplomatie climatique, un exercice

classique qui se reproduit tous les ans après la tenue de la Conférence des parties des Nations unies. Mais cette année, parce qu'il y était aussi question d'hydrogène, cela n'a pas été possible !

*« L'Allemagne doit laisser la France développer son hydrogène bas carbone, la France doit laisser l'Allemagne développer son modèle d'hydrogène renouvelable importé, affirme Pascal Canfin. Pour parvenir à la neutralité climatique en 2050, on aura besoin du nucléaire et des renouvelables, il faut additionner les solutions. »*

*« Il va falloir du temps pour que la désescalade s'engage »,* confie un diplomate européen. Pour l'heure, Olaf Scholz et Emmanuel Macron évitent les échanges frontaux sur le sujet pendant que, dans les coulisses, les experts des deux camps cherchent un accord. Mais le temps presse, car la Commission doit présenter, d'ici à quinze jours, ses propositions pour réformer le marché de l'électricité européen et aider les Vingt-Sept à développer une industrie verte compétitive, dont les implications pour le nucléaire seront déterminantes. Si d'ici là un compromis franco allemand sur le sujet n'a pas émergé, les discussions des chefs d'Etat et de gouvernement, qui doivent se retrouver à Bruxelles les 23 et 24 mars, promettent d'être vives.

Virginie Malingre(Bruxelles, bureau européen)

4 mars 2023 (NYT)

<https://www.nytimes.com/2023/03/02/opinion/politics-art-beauty.html>

DAVID BROOKS

## The Power of Art in a Political Age

March 2, 2023



Credit...Karsten Moran for The New York Times

By [David Brooks](#) Opinion Columnist

I sometimes feel I'm in a daily struggle not to become a shallower version of myself. The first driver of shallowization is technology, the way it shrinks attention span, fills the day with tempting distractions. The second driver is the politicization of everything. Like a lot of people, I spend too much of my time enmeshed in politics — the predictable partisan outrages, the campaign horse race analysis, the Trump scandal du jour.

So I'm trying to take countermeasures. I flee to the arts.

I'm looking for those experiences we all had as a kid: becoming so enveloped by an adventure story that you refuse to put it down to go have dinner; getting so exuberantly swept up in some piece of music that you feel primeval passions thumping within you; encountering a painting so beautiful it feels like you've walked right into its alternative world.

The normal thing to say about such experiences is that you've lost yourself in a book or song — lost track of space and time. But it's more accurate to say that a piece of art has quieted the self-conscious ego voice that is normally yapping away within. A piece of art has served as a portal to a deeper realm of the mind. It has opened up that hidden, semiconscious kingdom within us from which emotions emerge, where our moral sentiments are found — those instant, aesthetic-like reactions that cause us to feel disgust in the presence of cruelty and admiration in the presence of generosity.

The arts work on us at that deep level, the level that really matters. You give me somebody who *disagrees* with me on every issue, but who has a good heart — who has the ability to sympathize with others, participate in their woes, longings and dreams — well, I want to stay with that person all day. You give me a person who *agrees* with me on every particular, but who has a cold, resentful heart — well, I want nothing to do with him or her.

Artists generally don't set out to improve other people; they just want to create a perfect expression of their experience. But their art has the potential to humanize the beholder. How does it do this?

First, beauty impels us to pay a certain kind of attention. It startles you and prompts you to cast off the self-centered tendency to always be imposing your opinions on things. It prompts you to stop in your tracks, take a breath and open yourself up so that you can receive what it is offering, often with a kind of childlike awe and reverence. It trains you to see the world in a more patient, just and humble way. In “The Sovereignty of Good,” the novelist and philosopher Iris Murdoch writes that “virtue is the attempt to pierce the veil of selfish consciousness and join the world as it really is.”

Second, artworks widen your emotional repertoire. When you read a poem or see a piece of sculpture, you haven’t learned a new fact, but you’ve had a new experience. The British philosopher Roger Scruton wrote, “The listener to Mozart’s Jupiter symphony is presented with the open floodgates of human joy and creativity; the reader of Proust is led through the enchanted world of childhood and made to understand the uncanny prophecy of our later griefs which those days of joy contain.”

These experiences furnish us with a kind of emotional knowledge — how to feel and how to express feelings, how to sympathize with someone who is grieving, how to share the satisfaction of a parent who has seen her child grow.

Third, art teaches you to see the world through the eyes of another, often a person who sees more deeply than you do. Sure, Picasso’s “Guernica” is a political piece of art, about an atrocity in the Spanish Civil War, but it doesn’t represent, documentarylike, an exact scene in that war. It goes deeper to give us an experience of pure horror, the universal experience of suffering, and the reality of human bloodlust that leads to it.

Of course “Invisible Man” is a political novel about racial injustice, but as Ralph Ellison later wrote, he was trying to write not just a novel of racial protest, but also a “dramatic study in comparative humanity which I felt any worthwhile novel should be.”

I haul myself off to museums and such with the fear that in a political and technological age, the arts have become less central to public life, that we don’t seem to debate novels and artistic breakthroughs the way people did in other times, that the artistic and literary worlds have themselves become stultified by insular groupthink, and this has contributed to the dehumanization of American culture.

But we can still stage our mini-rebellions, kick our political addictions from time to time, and enjoy the free play of mind, the undogmatic spirit and the heightened and adrenalized states of awareness that the best art still provides. Earlier this year I visited the Edward Hopper show at the Whitney a couple of times, and I got to see New York through that man’s eyes — the spare rooms on side streets, and the isolated people inside. I forget most of what I read, but those images stay vivid in the mind.



4 mars 2023 (WSJ)

[https://www.wsj.com/articles/putin-re-stalinizes-russia-stalin-70-year-anniversary-death-press-religion-ukraine-bolshevik-war-ea98c8ca?mod=hp\\_opin\\_pos\\_5#exrecs\\_s](https://www.wsj.com/articles/putin-re-stalinizes-russia-stalin-70-year-anniversary-death-press-religion-ukraine-bolshevik-war-ea98c8ca?mod=hp_opin_pos_5#exrecs_s)

## Putin Re-Stalinizes Russia

Seventy years after the dictator's death, he casts a grim shadow over the lands he dominated.

By Joshua Rubenstein

March 3, 2023 4:30 pm ET



*A bust of Joseph Stalin in Volgograd, Russia, Feb. 1.*

PHOTO: STRINGER/AGENCE FRANCE-PRESSE/GETTY IMAGES

Joseph Stalin died of a stroke on March 5, 1953. His death marked a turning point for the Soviet Union and the world at large. De-Stalinization, as the ensuing process of social and political reform came to be known, started the moment he collapsed four days earlier. Much to the surprise of the Eisenhower administration, which had assumed that Stalin's heirs would be unwilling or unable to adapt to the dictator's demise, the Kremlin proved ready to deal with the challenges it inherited.

Within weeks, his successors encouraged their Chinese and North Korean counterparts to restart negotiations over the war in Korea, released a million convicted criminals—not political prisoners—from the Gulag, and publicly disavowed the Doctors' plot, a notorious accusation concocted by Stalin that a group of primarily Jewish physicians had attempted to murder Soviet leaders by using their medical expertise. When the regime released the doctors and publicly acknowledged their innocence, it lifted a sword of Damocles that had hung over the Jewish population. To this day, no one knows how Stalin planned to conclude the plot. His collapse on the Jewish holiday of Purim—when Jews celebrate their escape from the notorious anti-Semite Haman, as recounted in the Book of Esther—ended the episode.

Yet 70 years later it's worth reflecting on the three generations of Soviet and post-Soviet people who continue to shoulder the burden of Stalin's legacy. With [Vladimir Putin](#) at the

helm, we are witnessing the most dangerous point of the post-Stalin era. The invasion of Budapest in 1956 and the suppression of the Prague Spring in 1968 seem like child's play compared with the invasion and devastation of Ukraine.

The Kremlin has alternated between more liberal-minded leaders and more conservative-minded rulers over the past seven decades. This has entailed a waxing and waning in tolerance for a true accounting of Stalin's crimes and a varying degree of official support for greater contact with the West and respect for cultural, political and religious expression.

The "thaw" under Nikita Khrushchev, which denounced Stalin and allowed for greater cultural expression, was soon refrozen by Leonid Brezhnev. Mikhail Gorbachev's far-reaching reforms in the late 1980s were too much for the system to bear. When the Soviet Union collapsed, its republics gained independence. For a time, particularly under Boris Yeltsin, citizens of the newly constituted Russian Federation enjoyed unprecedented political and intellectual freedom. Borders were open and the state allowed for the free exercise of religion. Human-rights organizations such as Memorial helped conduct research into Stalin's crimes, open museums at former camps and prisons, and organize memorials for his victims.

Mr. Putin has reversed nearly all these gains. The press is now completely under state control and independent voices of dissent, like that of opposition leader Alexei Navalny, are quickly suppressed. Critics of the regime have been murdered both inside and outside the country. The process of de-Stalinization has reached another dead end.

It's true that Russians today are far more likely to escape the clutches of the Kremlin than their ancestors were. The borders remain open, and hundreds of thousands of citizens have fled to nearby countries. If they work in such fields as information technology, they can continue to make a living so long as they have access to a laptop and the internet. Houses of worship remain open, too, at least for those considered by the Kremlin to be "traditional religions," like Orthodox Christianity, Islam, Judaism and Buddhism. We should be grateful for these surviving oases of reform, but we shouldn't let them obscure the full thrust of where Mr. Putin is leading his country and the "near abroad" he would like to dominate.

Russia with Ukraine is an empire. Russia without Ukraine is a country. Stalin has long been dead, but the imperial dreams of the Bolsheviks who reconstituted the Russian Empire after years of revolution and civil war haven't been disavowed. His shadow still haunts the land he left behind.

***Mr. Rubenstein's most recent book is "The Last Days of Stalin."***

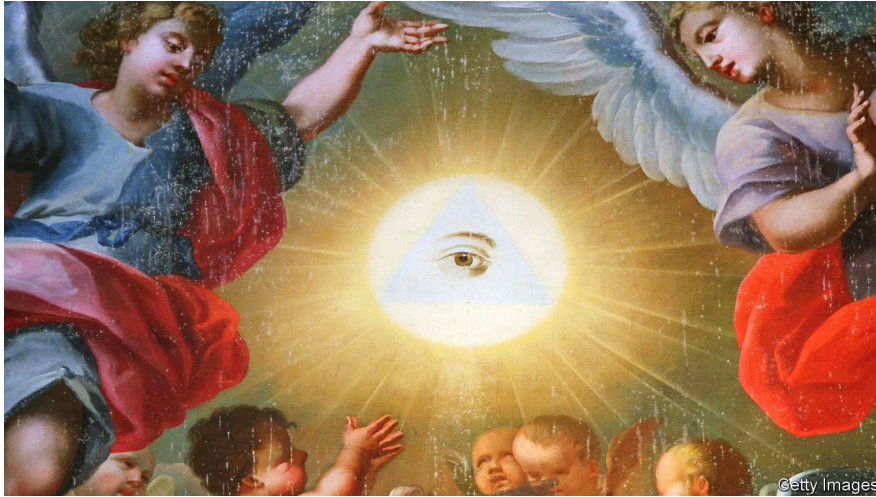
4 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/britain/2023/03/02/gods-pronouns-are-causing-conniptions-in-britain>

Our Mother who art in heaven

## God's pronouns are causing conniptions in Britain

Anglicans are debating whether He should be He/Him or She/Her or something else. **Rightly**



Mar 2nd 2023

God was very clear on many things. He said: "I am the LORD." He said: "I am...the Almighty." He said: "I am Alpha and Omega." However perhaps because He tended to communicate by angels, divine inspiration and stone tablets, rather than by email with sign-off, He did not specify His pronouns. Now an argument is brewing among some in the Church of England (c of e) over whether He is indeed best referred to as He/Him or whether He might also be referred to as She/Her; or neither; or all of the above. Omnipotence allows the non-binary to be so much more expansive.

Not to mention confusing. All debates over pronouns risk becoming befuddling; debates over which pronouns to use for a bodiless, sexless, omnipresent deity who exists beyond time can become more befuddling still. Naturally this does not prevent theologians from having them.

While [c of e traditionalists](#) wish to keep Him as Him, some want additional liturgy to be developed to allow them to speak of God in a non-gendered way. The debate is unlikely to be resolved soon: the c of e officially began discussing this in 2014; will begin a joint project on gendered language this spring; and estimates it will be years before it is resolved. *Sub specie aeternitatis*, that is brisk: [Anglicans](#) began discussing transubstantiation 500 years ago and the issue is still not settled.

Sex and God are currently causing conniptions in other ways in Britain. When Kate Forbes, a Scottish politician and Christian, said that she would have voted against gay marriage, it resulted in the near-scuppering of her bid to be the leader of the Scottish National Party. In February, when the c of e said it would start allowing the blessing of gay marriages in churches, that resulted in a split in the Anglican Communion (a club of churches) and—a sure sign of Anglican outrage—merciless declarations from bishops worldwide that they were praying for each other.

Both debates tend to make traditionalists chunter about woke nonsense. (Vladimir Putin is among those who disapprove.) In truth what is most striking about the debate over God's sex is its antiquity. Christians have been discussing God's sex for centuries in ways that make lgbtqi+ categories seem conservative. There are ancient texts in which the Holy Spirit is referred to as "she" and "mother" and others in which God has breasts which are milked by the Holy Spirit. Sexing a Trinity is tricky.

Both sides of these debates tend to turn to the Bible as an authority. Not without reason: the Bible is the inspired word of God. The problem is that God inspired quite a lot of words—modern editions run

to 1,000-odd pages in a tiny font—and many of them disagree either with each other or with current Christian doctrine.

Anglicans today might argue that God is neither male nor female. But the Bible offers ample evidence to the contrary. In its pages, God is a “male and masculine” deity, says Francesca Stavrakopoulou, professor of Hebrew Bible at Exeter University. The Bible contains verses detailing everything from God’s muscles (big); to his genitals (also large). But those verses tend to find their way into fewer c of e press releases.

In truth, Christians have long operated a pious pick’n’mix approach to their quarrels. “The issue du jour is homosexuality,” says Diarmaid MacCulloch, emeritus professor of the history of the church at Oxford University. But this issue is “a new one, which seems to threaten the masculinity of a great many Anglican bishops worldwide.” Such debates invoke antiquity but are often more revealing of modernity. A concept called politicomorphism argues that instead of things being done on earth as in heaven, often the reverse is true. Many of the bishops who split from the Anglican Communion come from conservative countries such as Sudan, in which homosexuality is illegal.

But all Christians have their limits. Anglicans are in mild-mannered disarray over which pronoun to use for God, yet arguably there is a word that solves their debate perfectly. The pronoun “they” is not only gender neutral but can also, much like a trinitarian God, simultaneously be both singular and plural. However its use in the singular is frowned on by the fuddy-duddy sort of grammarian and, as one Christian theologian observes, “Christian theology has probably not caught up with [its] modern use.” Evidently there are some innovations that even Anglicans can’t abide.

4 mars 2023 (Mediapart)

<https://www.mediapart.fr/journal/international/030323/iran-terreur-chimique-contre-les-collegiennes-lyceennes-et-etudiantes>

## IRAN : UN PAYS EN RÉVOLTE

### Iran : terreur chimique contre les collégiennes, lycéennes et étudiantes

Un millier de jeunes filles ont été victimes d'attaques au gaz dans leurs établissements scolaires, à travers tout le pays. Le régime a fini par reconnaître ces agressions, perpétrées, semble-t-il, par des « groupes de vigilants » islamistes, mais paraît peu disposé à mener l'enquête.

[Jean-Pierre Perrin](#)

3 mars 2023 à 14h56

**C**omme le confie un chercheur iranien, c'est impossible à imaginer dans le pays de Hafez, Omar Khayyâm, Saadi et de tant d'autres grands poètes humanistes... Pourtant, jour après jour, les preuves s'accumulent. Jusqu'à cette évidence glaçante : environ un millier de collégiennes et de lycéennes ont fait l'objet depuis plusieurs mois d'attaques au gaz toxique dans leurs établissements scolaires, ce qui a conduit des centaines d'entre elles à être hospitalisées, dont bon nombre sous masque à oxygène.

Après avoir longtemps mis en doute ces intoxications au gaz, le régime a commencé de reconnaître leur réalité. D'après les récentes estimations de la porte-parole de la commission parlementaire de la santé, Zahra Sheikhi, près de 800 élèves ont été affectées depuis les premiers cas d'empoisonnement par voie respiratoire. Mais le bilan pourrait être sensiblement plus lourd, notamment avec les dernières attaques : 26 pour la seule journée du mercredi 1<sup>er</sup> mars.

Le président Ebrahim Raïssi a fini par demander au ministre de l'intérieur, Ahmad Vahidi, de « *suivre l'affaire au plus vite* » et d'« *informer* » le public, afin de « *balayer les inquiétudes des familles* ».

La dernière attaque chimique recensée s'est produite jeudi 2 mars au soir, dans la résidence universitaire pour filles de l'université de 17 Sharivar, à Karadj, dans la grande banlieue de Téhéran. Là encore, plusieurs étudiantes ont dû être transportées d'urgence à l'hôpital.

La veille, les élèves de sept écoles de la ville d'Ardabil, à 450 km au nord-ouest de Téhéran, avaient aussi été victimes d'émanations de gaz, et 108 collégiennes ou lycéennes hospitalisées. Le même jour, dans la capitale iranienne, les écoles pour filles Zarazvand, Tehransar, Jajroudi, Imam Hossein, Esmat, Yarjani et Khalatbari ont également été frappées.

Le 28 février, l'agence de presse Tasnim faisait état de l'hospitalisation de 38 lycéennes de l'école Omar-Khayyâm de Pardis, dans la province de Téhéran. Le 26 février, Boroudjerd, une grande ville de 250 000 habitant-es située dans l'ouest de l'Iran, connaissait sa quatrième attaque en une semaine, chacune visant une école différente, avec un bilan global de 400 victimes.

## **Des cas apparus depuis novembre**

Le phénomène des intoxications chimiques remonte en fait à plusieurs mois. La première avait été perpétrée dans la ville sainte de Qom, le 30 novembre, avec l'intoxication de 18 collégiennes de l'école professionnelle de Nour. De Kermanshah (Est) à Ispahan (Centre) et Boroudjerd, c'est donc tout l'Iran qui a été victime de ces attaques.

La multiplication de ces dernières, qui a provoqué des scènes de panique parmi les familles autour des établissements, a enfin fait réagir le conseil syndical des enseignants qui, dans un communiqué

publié jeudi 2 mars, a pris une position sans équivoque en appelant tous les Iraniens et Iraniennes à manifester mardi 7 mars pour les dénoncer.

Désormais, un nouveau slogan est apparu dans la contestation antirégime. Il a été lancé jeudi soir, notamment dans le quartier d'Amir Abad à Téhéran, où les habitant-es ont crié depuis les toits et leurs fenêtres : « *Mort à l'État tueur de filles !* »

Les politiciens réformistes, pour la plupart muets depuis le soulèvement de la jeunesse iranienne, ont eux aussi redressé la tête. « *Boko Haram est-il arrivé en Iran ?* », s'est ainsi indigné, dans un message sur Telegram, l'ancien vice-président Mohammad Ali Abtahi. L'ancienne vice-présidente Masumeh Ebetkar, elle aussi du courant réformiste, a renchéri en exhortant le régime « *à mettre fin une fois pour toute aux agissements des misogynes fanatiques* ».

Quant au grand ayatollah Javad-Aalvi Boroudjerdi, habituellement assez contestataire de l'actuel régime, il a déploré « *les déclarations discordantes* » au sein du pouvoir : « *Un responsable évoque un empoisonnement intentionnel pendant qu'un autre accuse des défauts dans le système de chauffage. Ces contradictions renforcent la méfiance de la population envers l'État.* »

Ces attaques ont été largement rapportées par la presse iranienne, notamment par les quotidiens réformistes *Chahr* et *Ekhtesad*, ainsi que par certains sites. C'est d'après leurs informations ainsi que par une lettre des parents au ministère de l'éducation, qui a été rendue publique, que l'on sait qu'elles auraient été provoquées par des objets lancés dans la cour des écoles, d'où s'échapperaient des formules gazeuses toxiques, peut-être un poison à base de phosphore d'hydrogène. Nombre d'élèves intoxiquées évoquent en effet « *une forte odeur de poisson pourri* ». Les autorités, de leur côté, évoquent des composés chimiques disponibles dans le commerce, excluant tout produit à usage militaire.

Les symptômes décrits par les jeunes filles sont notamment des vomissements, des évanouissements mais aussi des pertes de sensibilité, notamment au niveau des jambes et des bras, des difficultés pour marcher pendant plusieurs jours, une baisse provisoire de la vue et de l'odorat. Une collégienne a mentionné « *un voile noir descendant devant [ses] yeux* ».

Jusqu'à présent, aucune arrestation n'a été annoncée en rapport avec ces empoisonnements, alors même que le chef de la police, Ahmad-Reza Radan, a fait savoir que « *tous les services de l'État tentent de répondre aux craintes de la population* ». Mais dans un pays à ce point maillé par les forces de police, les différents *etela'at* (services de renseignement), les milices du Bassidj et les Pasdaran (Gardiens de la révolution), il est difficile de croire que le régime ignore qui est derrière des opérations d'une telle envergure. À moins que leurs auteurs ne soient une émanation de certains services sécuritaires, comme la milice Ansar Hezbollah (sans rapport avec le Hezbollah libanais), connue pour son extrême brutalité.

« *Ces attaques sont très orchestrées, elles ne peuvent pas être l'acte de quelques personnes*, souligne la sociologue franco-iranienne Azadeh Kian, directrice du Centre d'enseignement, de documentation et de recherches pour les études féministes de l'université Paris-Diderot et autrice de *Femmes et pouvoir en islam* (Michalon, 2019). *On peut distinguer derrière elles des "groupes de vigilants" qui existent depuis longtemps en Iran et travaillent de façon très proche du régime. Cela rappelle ce qui s'est passé à Ispahan, à l'automne 2014, où des femmes qui ne portaient pas le voile de façon stricte avaient été aspergées d'acide, certaines défigurées. Il n'y avait jamais eu la moindre arrestation.* » Peut-être même jamais d'enquête.

Pour la sociologue, « *ces groupes ne peuvent pas agir sans avoir le soutien de certains religieux conservateurs ou de certains courants, comme celui du défunt ayatollah Mohammad-Taqi Mesbah Yazdi, qui sont très préoccupés du non-respect des principes islamiques. Ils se disent aussi proches du Guide suprême Ali Khamenei et se réclament de sa caution* ».

## Agressions sexuelles

Parmi les motivations susceptibles d'expliquer ces empoisonnements peut figurer la remise en cause de la scolarisation des filles après l'âge de 12 ans, comme les talibans l'ont fait en Afghanistan. Il y a une dizaine d'années, des écoles de jeunes Afghanes avaient fait l'objet de pareilles agressions au gaz. Mais les attaques peuvent aussi traduire une volonté de vengeance contre le soulèvement né du décès, en septembre dernier, de la jeune Mahsa Amini, tabassée à mort pour un voile mal ajusté, et le slogan emblématique de la révolte : « *Femme, vie, liberté* ». D'ailleurs, à côté des intoxications au gaz, les lycéennes ont aussi fait l'objet d'agressions sexuelles par le biais de vidéos ouvertement pornographiques, agressions qui se sont produites il y a

quelques mois dans au moins trois lycées des 4<sup>e</sup> et 5<sup>e</sup> arrondissements de Téhéran, dans un autre à Islamchahr, dans la banlieue de la capitale, ainsi qu'à Mahchahr, dans le sud de l'Iran.

Dans chacun de ces établissements, les élèves ont été contraintes de regarder des films X, avec des scènes de bestialité et de viol, apportés par des hommes venus de l'extérieur et vêtus d'uniformes de miliciens. Selon le site Iranwire, qui rapporte ces informations, le but de ces films était de leur montrer à quoi elles seraient confrontées si elles revendiquaient la liberté sexuelle.

Toujours selon Iranwire, certains parents ont voulu porter plainte auprès du département général de l'éducation mais il leur a été répondu que s'ils ne retiraient pas leur plainte, les lycéennes et leurs parents seraient dénoncés aux forces de sécurité.

4 mars 2023 (Atlantico)

<https://atlantico.fr/article/decryptage/les-ingenieurs-francais-sont-des-genies-de-l-ia-mais-pas-en-france-radioscopie-d-un-enorme-gachis-innovation-technologie-atouts-europe-etats-unis-silicon-valley-gafam-investisseurs-numerique-gilles-babinet-pierre-beyssac>

FUITE DES CERVEAUX

## Les ingénieurs Français sont des génies de l'IA... mais pas en France : radioscopie d'un énorme gâchis

Les ingénieurs français s'expatrient de plus en plus, notamment dans le domaine des nouvelles technologies. Les jeunes diplômés français n'ont aucune difficulté pour se placer hors de France.

[Gilles Babinet](#) et [Pierre Beyssac](#)



©Shutterstock / DR / Capture d'écran Youtube

**Atlantico : Un tweet a beaucoup fait parler à propos « de la mafia française de l'AI s'agrandissant d'année en année » aux Etats-Unis. On y cite « le père du deep learning », Yann Le Cun, les fondateurs de Hugging Face, Clément Delangue et Julien Chaumont, mais aussi « 11 des 14 créateurs de LLaMA publiés par Meta qui viennent de Polytechnique et de Normal Sup ». La France produit-elle des génies de l'IA ? Si oui, comment ?**

**Gilles Babinet :** Il y a deux facteurs à prendre en compte. Nous sommes effectivement très bons pour former des individus qui excellent en mathématiques, malgré une école publique dont l'enseignement est déplorable dans cette discipline (avant-dernier dans le classement TIMSS). Nous sommes donc en mesure de former d'excellents mathématiciens, mais uniquement quelques dizaines ou centaines par an. À côté de cela, nous formons de bons ingénieurs, polycompétents et pragmatiques, ce qui peut être utile dans le machine learning. Ce n'est pas un hasard si, lorsque le MIT a été créé il y a environ un siècle, ils se sont inspirés de l'école Centrale et de Polytechnique. Faire du machine learning, c'est être bon en maths mais aussi comprendre des systèmes de nature assez différente : des architectures informatiques, des modèles de réseaux de neurones, etc. Cette double capacité crée des profils assez rares ; des ingénieurs indiens m'ont d'ailleurs récemment dit que c'était cette double compétence qui rendait les ingénieurs français uniques.

**Et pourtant, ces ingénieurs ne restent pas en France et vont faire briller les GAFAM. Comment l'expliquer ?**



**Gilles Babinet** : La première explication est salariale. Un bon expert dans la Silicon Valley, c'est rapidement 300 000 ou 400 000 dollars par an. Donc quand vous êtes dans vos premières années, cela donne envie d'y faire un tour. Certes, ces ingénieurs ne restent pas en France, mais il faudrait aussi voir combien finissent par revenir. Notre problème, c'est que personne ne sait payer ces niveaux de salaires. Il n'y a aucune startup AI native financée à des mesures équivalentes à ce que l'on voit aux Etats-Unis. Et l'écosystème reste incomplet avec une relation université-recherche-startup-entreprise traditionnelle qui reste à parfaire.

**Pierre Beyssac** : Plutôt que s'indigner du départ d'un certain nombre de nos ingénieurs (liberté élémentaire), on devrait peut-être se demander pourquoi ils partent et comment leur donner envie de rester, non ? "On n'attire pas les mouches avec du vinaigre".

La tech et l'innovation n'ont pas très bonne presse en France, sur fond d'idéologie décroissante ou de refus du progrès ("à quoi ça sert tout ça, on a déjà tout ce dont on a besoin") et idéalisation du passé (la France paysanne).

L'Education Nationale notamment a passé 40 ans à dénigrer le numérique, et elle n'est pas la seule.

Ensuite notre investissement en recherche est calamiteux, nos grands décideurs (côté CAC40 notamment) ne comprennent littéralement rien à l'informatique qui n'est considérée que comme un mal nécessaire pour ne pas être trop distancé, alors que c'est devenu un actif stratégique.

Ces 15 dernières années, nous avons assisté à des campagnes militantes anti 3G, 4G, 5G, Linky, IoT, mail, streaming et des dizaines d'autres que j'oublie (et ça, c'est juste en matière de numérique pur).

Les grosses boîtes du numérique (celles qu'on n'a pas su, pas voulu ou pas pu construire ici) sont aux Etats-Unis. Elles paient mieux si on ne compte pas le "salaire différé" (et même souvent en le comptant).

La France et l'Union européenne désormais sont dans une posture de citadelle assiégée : "ok on a loupé le coche, soyons fatalistes et contentons-nous de mettre des bâtons dans les roues des boîtes de tech, ça nous défoulera".

Discours fataliste : "la reproduction sociale est quasi impossible à éviter, sortir de sa condition est une utopie à laquelle seuls des naïfs peuvent croire". Notre système éducatif malgré ses efforts est l'un de ceux au monde qui perpétue le plus la reproduction sociale.

Côté politique, on saupoudre des subventions mais les plus grosses tombent chez les suspects habituels, qui n'ont pas fait montre d'une grande capacité à innover dans le numérique et professent ouvertement leur mépris des GAFAM (tout en achetant massivement leurs services).

Côté politique, on pond également loi débile sur loi débile : la vérification d'âge en ligne, l'affichage du CO2 du numérique, etc. l'un comme l'autre poussés par des groupes d'intérêt d'une incompétence à la limite de la malveillance.

Le management à la française, on peut en parler aussi, inutile de développer beaucoup. Réticences fortes au télétravail, etc. Clichés et usages qui se perpétuent de l'ingénieur purement tech d'un côté, du commercial sans foi ni loi de l'autre.

Dans ces conditions, même si moi aussi je le regrette car on a des choses à faire en France et au sein de l'Union européenne, et des belles, on peut comprendre que de jeunes ingénieurs et ingénieures tentent leur chance aux Etats-Unis qui vendent un peu plus de rêve. Évidemment les désillusions adviennent aussi.

Le numérique est ainsi fait qu'on peut partir avec peu d'argent et beaucoup de matière grise et démarrer une activité, et pour ça justement la France est plutôt bien placée si on arrête de démolir l'enseignement voire tout simplement l'éveil technologique et scientifique.

### **Pourquoi cette culture est absente ?**

**Gilles Babinet :** Nous n'avons pas la culture des plateformes de manière générale. En 2012, le Cloud avait pris 12% de part de marché des systèmes d'information aux Etats-Unis, contre 1% en France. Il y a une forme de conservatisme sur ces sujets qui existe moins aux Etats-Unis. Les choses s'améliorent, mais ce n'est pas suffisant. Nous avons créé des systèmes de financement, des incubateurs, mais nous manquons toujours de certaines compétences. Une grosse défaillance semble venir du système d'enseignement supérieur qui n'a pas su créer d'écosystème comme ont pu le faire le MIT et Stanford. Le livre *From the Basement to the Dome* montre à quel point le MIT est une machine de guerre pour la création d'entreprises dans les technologies et services de rupture. En France, l'université est mal financée et beaucoup considèrent qu'elle ne devrait pas financer les startups. Sauf que c'est en réalité un enjeu de souveraineté.

### **ChatGPT n'est qu'« un perroquet approximatif », selon le ministre délégué au numérique, Jean-Noël Barrot. Est-ce que nous avons aussi un problème de culture ?**

**Gilles Babinet :** Quand AlphaGo a battu les meilleurs joueurs de Go, cela a été un traumatisme en Chine. Cela a permis une certaine prise de conscience. Nous sommes en train de vivre la même chose avec ChatGPT. Sur le fond, je pense que cela va entraîner de forts gains de productivité, avec des pays qui s'en empareront et d'autres pays qui seront à la traîne. Il est donc vraisemblable que nous sommes au début d'une accélération de l'adoption de l'IA. Ce qui est inquiétant, c'est que l'Europe reste très spécialisée dans des technologies datées, inventées au XIXème siècle. C'est assez problématique. Ce qu'il faut se demander, c'est pourquoi il y a des biais qui semblent s'exprimer à l'échelle d'un continent. Nous avons un rapport à l'innovation et au progrès très différent des Etats-Unis. Pourquoi ? Peut-être parce que la mondialisation est partiellement ratée, que la France a pris certaines mauvaises décisions politiques, que nous avons durci la réglementation liée au travail au mauvais moment, etc... *De facto*, nous avons été le seul pays à se désindustrialiser à un tel point. D'autres pays connaissent des trajectoires similaires, mais pas pour les mêmes raisons. À

l'heure actuelle, nous prenons de bonnes décisions mais elles mettront 25 ans à prendre effet.

4 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/culture/l-annee-ou-matisse-redevint-radical-03-03-2023-2510778\\_3.php](https://www.lepoint.fr/culture/l-annee-ou-matisse-redevint-radical-03-03-2023-2510778_3.php)

## L'année où Matisse redevint radical

Comment le peintre, en 1930, transforma une crise d'inspiration en révolution créatrice. L'Orangerie, à Paris, met en scène cette métamorphose.

Par [Florence Colombani](#)



**Odalisque.** « Grand Nu couché (Nu rose) » (1935), d'Henri Matisse.

Publié le 03/03/2023 à 18h00

C'est une « *toile aussi tragique que la Joconde* », disait d'elle [Aragon](#). Le front haut surmonté d'une coiffe noire, le menton fermement calé dans la paume de sa main, elle nous regarde droit dans les yeux, avec une tristesse insondable. « *Regardez comme Matisse gratte la peinture par endroits, comme tout est heurté, difficile. L'œuvre est magnifique, mais elle témoigne d'une période de doutes aigus* », commente, devant la *Femme à la voilette* (1927), Cécile Debray, commissaire de « *Matisse. Cahiers d'art, le tournant des années 30* ». Cette somptueuse exposition au musée de l'Orangerie est l'un des événements du printemps. L'occasion de découvrir la « *véritable crise d'inspiration* » que traverse Matisse à l'approche de ses 60 ans, qu'il fête le 31 décembre 1929. Bien installé dans son confort niçois, le peintre produit alors de ravissantes odalisques exotiques qui se vendent très bien... mais très loin de la radicalité de ses débuts. Et de la passion que suscitait chez ses pairs le créateur du fauvisme. Alors, ringard, Matisse ? « *On peut le dire*, répond en souriant Cécile Debray. *Il a, alors, besoin de se réinventer.* »

Le déclic va se produire grâce à la revue *Cahiers d'art*, lancée en 1926 par Christian Zervos et vite devenue une lecture essentielle pour les avant-gardes de l'époque. Dans des articles illustrés en noir et blanc, on incite le lecteur à un retour en arrière... Les amateurs redécouvrent alors la production de jeunesse de l'artiste. Et Matisse redécouvre ses années 1910 si merveilleusement créatives. Picasso, avec qui il est - rappelle Cécile Debray - « *en dialogue constant* », est également impressionné par ce regard rétrospectif. Leur duo (« *pôle Nord versus pôle Sud* », disait Matisse) est animé d'une émulation vibrante, sensible notamment dans des statues et des dessins, centrées sur des étreintes entre nymphes et faunes, brûlantes de sensualité, plus aiguë chez Picasso, plus ronde chez Matisse, qui semblent se répondre. Poussé par Picasso qui est en quelque sorte « *venu*

le chercher » en s'inspirant de ses créations les plus avant-gardistes, Matisse « revient dans le jeu de la modernité ».



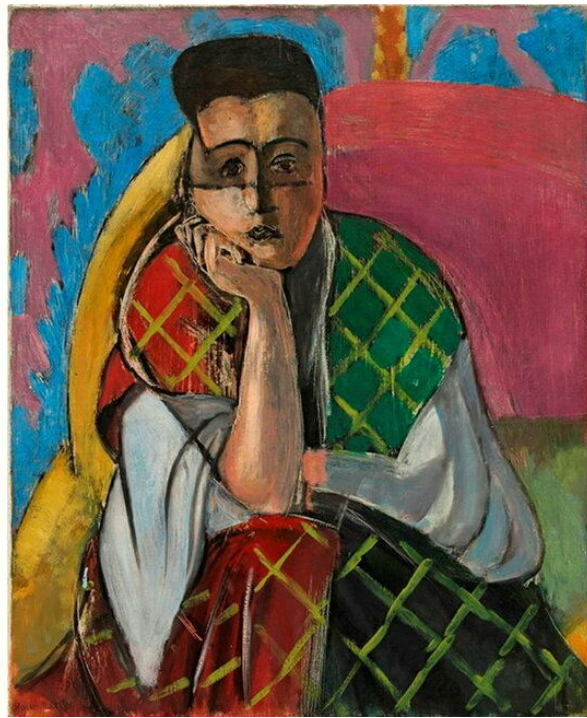
« **Assistante** ». En 1935, Lydia Delectorskaya, modèle du « Grand Nu couché (Nu rose) », prépare les retouches que Matisse apportera au tableau.

**Modèle et muse.** « Matisse enviait à Picasso son rapport à la sensualité, son souffle », raconte Cécile Debray. Une femme, aussi, entre dans sa vie : elle s'appelle Lydia Delectorskaya. Née en Sibérie occidentale, cette jeune Russe de 20 ans s'est réfugiée en France après la révolution de 1917. Étudiante en médecine, elle entre au service des Matisse comme garde-malade de l'épouse du peintre, Amélie. Bientôt, on la découvre en nymphe sensuelle sur des dessins splendides. Et la voici offerte sur cet admirable *Nu rose* sur carrés bleus, peint en 1935. Un chef-d'œuvre venu de Baltimore, prêt exceptionnel. Tout plein d'un élan vital, puissamment charnel, qui vibre alors dans la peinture de l'artiste.

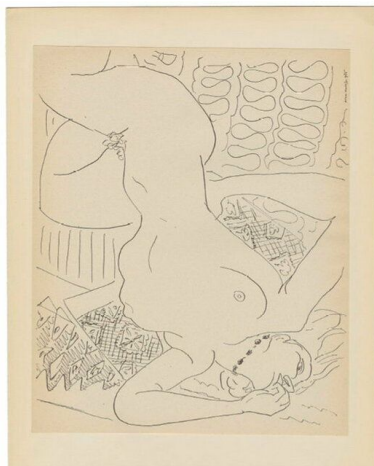
Il y a aussi le Matisse cérébral, conceptuel, que l'on découvre dans les salles consacrées à *La Danse*. Un voyage à Tahiti (admirable tableau bleu d'un bateau sur le départ, saisi depuis un balcon rouge parmi des arbres verts, comme une carte postale adressée avec espoir) va constituer l'un des jalons de cette année de rupture. Matisse travaille peu, mais contemple beaucoup. Au retour, il s'arrête à Philadelphie. Le Dr Barnes, qui lui achète régulièrement des toiles, lui passe alors commande d'un grand décor pour sa salle à manger. Ce sera *La Danse*. Dans ses dessins préparatoires émerge un nouveau Matisse : des à-plats de couleur pure, découpés et superposés, une dissociation de la ligne et de la couleur. « Matisse se met à travailler d'une façon nouvelle, avec des assistants. Il est comme un chef d'orchestre qui intervient pour rééquilibrer sa composition, raconte la commissaire. Il commence à faire des états photographiques de son travail : Cahiers d'art suit le projet de *La Danse* et publie les étapes intermédiaires. »



- 
- **Au travail.** Matisse et Lydia Delectorskaya saisis par Cartier-Bresson à Cimiez (Nice), en 1944.



- **Crise d'inspiration ?** « Femme à la voilette » (1927). Une « toile aussi tragique que la Joconde », disait Aragon.
- 



- **Renaissance.** Un dessin de Matisse pour les « Cahiers d'art » n° 3-5, en 1936.

**Énergie créatrice.** C'est ainsi que Matisse sort de sa crise d'inspiration réconcilié avec la peinture. Il documente soigneusement les étapes de sa création et les fait publier, notamment dans *Cahiers d'art*. Quand l'éditeur Skira lui commande des illustrations pour l'*Ulysse* de Joyce, il livre des dessins somptueux, énergiques, inventifs, bouillonnants, de Circé ou d'Ulysse terrassant le Cyclope, du bateau du héros dans une tempête de vagues rondes et tortueuses, et inclut même le fac-similé d'une esquisse dans l'édition finale du livre, comme s'il tenait à montrer à tous le renouveau de son geste créatif.

La dernière salle - toute de tableaux - laisse éclater la maturité du désir et de la création. Matisse est désormais installé dans l'ancien hôtel Regina où il vit entouré de philodendrons dans une ambiance de jardin d'hiver. Face à la fameuse *Blouse roumaine*, chef-d'œuvre de 1940, on mesure le chemin parcouru depuis la *Femme à la voilette* : « On va d'une toile empreinte de doutes, de questionnements à une toile pleine d'affirmation, d'une netteté éblouissante », souligne la conservatrice. Un chemin des ténèbres à la lumière, aveuglant de beauté§

« Matisse. Cahiers d'art, le tournant des années 30 », musée de l'Orangerie, Paris, jusqu'au 29 mai. Catalogue : coédition RMN-Grand Palais/Musée d'Orsay, 256 p., 170 ill., 49 €.

4 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/editos-du-point/michel-richard/michel-richard-israel-comme-un-fait-divers-04-03-2023-2510820\\_54.php](https://www.lepoint.fr/editos-du-point/michel-richard/michel-richard-israel-comme-un-fait-divers-04-03-2023-2510820_54.php)

## Michel Richard – Israël, comme un fait divers

CHRONIQUE. Huit semaines que des manifestants s'opposent en masse à leur gouvernement d'extrême droite. Sans que personne ne bronche ici. La faute à l'Ukraine ?

Par [Michel Richard](#)



Le 1<sup>er</sup> mars à Tel-Aviv, lors d'une manifestation contre le gouvernement de Benjamin Netanyahou. © GIL COHEN-MAGEN / AFP

Publié le 04/03/2023 à 08h00

**T**ous les jours, il est des faits divers qui échappent à l'attention, évitant l'exposition publique.

Pour le meilleur ou pour le pire, la passion de tout un chacun leur est épargnée. Ils vivent leur vie dans l'anonymat, circonscrits à leur quartier, à leur gendarmerie. Sans doute est-ce un effet de la concurrence. **Ne pouvant s'intéresser à tout, les médias font le tri. Un bon fait divers doit sortir de l'ordinaire des faits divers et avoir une forte capacité émotive, soit par son horreur propre, soit par le nombre ou la « qualité » de ses victimes.**

**Il faut croire qu'il en va de même pour toutes choses, y compris la marche du monde.** Des cohortes de morts peuvent en éclipser d'autres, des guerres faire ombre à d'autres qu'elles, moins proches ou plus convenues. Des gouvernements peuvent agir à leur guise, trop heureux que leurs exactions soient cachées à la vigilance des jours ordinaires par du médiatique supérieur.

**Ainsi, pour beaucoup, c'est un bonheur que l'Ukraine attire et assèche tant d'attentions.** Pour Israël, notamment, ou plus précisément pour son gouvernement, qui met pourtant son peuple dans la rue. **Sauf erreur et rares exceptions, on ne peut pas dire que nos observateurs, intellectuels, chercheurs ou éditorialistes les plus perspicaces, et d'ordinaire attentifs à ce pays, se précipitent pour soutenir une protestation démocratique contre l'extrémisme.** À croire qu'obsessionnels, ils n'emploient l'exclusivité de leur temps de cerveau disponible qu'à la seule guerre que la Russie fait à l'Ukraine.

On ne saurait leur en vouloir tout à fait. Son enjeu, humain, militaire, stratégique, est capital. Quoi, la guerre à nos portes, après tant d'années où on l'avait chassée de nos esprits, et la menace nucléaire en plus ! **Israël peut bien attendre un peu, qui nous occupe depuis si longtemps ! Sauf qu'Israël n'attend pas. Ni ses dirigeants pour mener leurs sales entreprises dans un silence inespéré qui leur vaut impunité. Ni son peuple qui proteste massivement dans l'indifférence.**

**On ne parle même pas, ici, des événements de Jénine ou Naplouse**, des raids parmi les plus meurtriers depuis l'intifada de 2000-2005, ni de l'attaque de Huwara, en Cisjordanie, par des colons suite à l'agression qui a coûté la vie à deux Israéliens, ni du bilan, 62 Palestiniens et 12 Israéliens tués depuis le début de l'année.

## **Rétablissement de la peine de mort**

On parle de ce qui se passe dans les rues de Tel-Aviv et autres villes du pays. **Sait-on que chaque samedi, depuis huit semaines, des centaines de milliers de citoyens défilent dans des manifestations monstres (300 000 personnes samedi dernier) pour faire reculer le gouvernement le plus extrémiste de l'histoire récente et qui se laisse aller à ses pires penchants d'extrême droite ? Que Benyamin Netanyahu (en procès pour corruption depuis 2021), **entouré de ministres suprémacistes juifs, racistes ou homophobes**, s'oppose à l'opinion et jusqu'au président Herzog pour **faire voter par la Knesset le rétablissement de la peine de mort** pour les terroristes et deux lois concernant la Cour suprême : l'une pour modifier le processus de nomination de ses juges, l'autre pour faire échapper l'exécutif à tout contrôle judiciaire indépendant ? **Il s'agit en somme de s'en prendre au seul contre-pouvoir du pays et de faire d'Israël une démocratie « illibérale » – un qualificatif très gentil.****

Ce n'est pas rien. Et c'est bien triste de ne pas entendre – ou si peu –, venues de France, toutes les voix qui pourraient s'y faire entendre, porteuses de valeurs et d'humanisme. **Un continu silence au lieu d'un soutien massif. Des manifestants courageux mais oubliés. Leur mouvement parmi les plus importants de leur histoire, mais ignoré.** Leurs défilés n'auraient pas déparé sur nos écrans.

En quoi les soutenir serait si peu que ce soit lâcher les Ukrainiens, ou se distraire de leur combat ? En quoi ne pas les soutenir profite aux Ukrainiens ?



4 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/03/peut-on-encore-juger-une-uvre-pour-ce-qu-elle-est-et-non-en-fonction-d-une-lecture-societale\\_6163962\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/03/peut-on-encore-juger-une-uvre-pour-ce-qu-elle-est-et-non-en-fonction-d-une-lecture-societale_6163962_3232.html)

## « Peut-on encore juger une œuvre pour ce qu'elle est et non en fonction d'une lecture sociétale ? »

[Chronique](#)

Michel Guerrin

**Dans notre époque binaire, l'approche esthétique perd en éclat, les œuvres devenant illustration ou punching-ball des douleurs de chacun, observe dans sa chronique Michel Guerrin, rédacteur en chef au « Monde ».**

Publié hier à 06h00, mis à jour hier à 06h00 Temps de Lecture 4 min.

*The Fabelmans* n'est pas seulement pour Steven Spielberg un hommage mélancolique au cinéma, à son enfance, à sa famille. Ce film est une ode à l'art, à l'opposé du divertissement et de fictions propices aux débats de société qui alimentent l'industrie des images. En creux, le réalisateur ouvre une question : peut-on encore juger une œuvre pour ce qu'elle est, par les formes qu'elle développe, et non en fonction d'une lecture sociétale ou de la biographie de l'auteur ?

Dans une scène savoureuse, Spielberg fait surgir John Ford au soir de sa vie. L'homme, puis l'artiste. L'homme n'est pas loin du mufler à blacklister, fumant un gros cigare et arborant un visage constellé du rouge à lèvres déposé par des gamines transies d'admiration. L'artiste explique ensuite comment il faut restituer un paysage à l'écran : si l'horizon est en haut de l'image, ou s'il est en bas, c'est intéressant ; s'il est au milieu, « *c'est de la merde* ».

L'artiste, nous dit Spielberg, doit se décadrer de la pensée dominante et du bruit sociétal autour. Ailleurs dans son film, il fait dire à un personnage qu'un créateur doit fuir le compromis et que la quête d'art est inconciliable avec une vie de famille. Pour que ce soit clair, il choisit pour incarner John Ford le cinéaste David Lynch, génial créateur de formes depuis quarante ans, à la fois ancré dans son époque et imperméable à l'air du temps.

## Surprise émotionnelle

En proposant avec *The Fabelmans* une psychanalyse familiale étirée sur deux heures trente, alors que sa filmographie privilégie le métissage entre art et divertissement, mais en accrochant le spectateur par une caméra virtuose, Spielberg offre une alternative aux vidéos ludiques de quinze ou trente secondes que les jeunes consomment en masse sur TikTok et qui ont pour effet de fragiliser toujours plus l'acte créatif et la notion d'auteur.

Une des conséquences est à lire [dans une enquête du Monde, publiée le 26 février, signée Laurent Carpentier et Aureliano Tonet](#) : **des étudiants en école d'art, de cinéma ou de théâtre rejettent toujours plus des œuvres où l'on agresse une femme, une communauté, voire un animal.** Godard, Tchekhov, Koltès ou Avedon sont cités, mais des milliers de noms – chacun tient sa liste en fonction de ses ressorts intimes – sont concernés, en raison d'un déplacement vertigineux : le combat contre les discriminations et les violences sexistes dans la vie est transposé aux œuvres, y compris très anciennes.

**On croyait que des jeunes, non destinés au management ou à la menuiserie, gagneraient à connaître toutes les facettes de leur champ d'étude, y compris celles qui peuvent les heurter, par exemple la scène de viol dans le film *Orange mécanique*, de Kubrick. Qu'ils demandent à être prévenus par un enseignant avant qu'une scène potentiellement blessante leur soit montrée peut également étonner, tant**

**la surprise émotionnelle est un des ressorts de l'art. Il y a enfin de quoi être surpris que de futurs créateurs se montrent plus liberticides que libertaires.**

**Des étudiants à Marseille, apprend-on dans cette enquête, ont débranché en classe la projection du *Mépris*, de Jean-Luc Godard, à cause de la scène d'ouverture où Brigitte Bardot, allongée nue, demande à Michel Piccoli s'il aime ses seins et ses fesses.** Ce moment peut être lu comme sexiste (Piccoli ne montre pas ses fesses). **Mais la forme que lui donne Godard mérite aussi analyse.** La place de la caméra, le plan fixe, le dialogue entre la lumière ambrée et la musique de Georges Delerue, la façon dont Bardot parle suavement et Piccoli mécaniquement, **tout cela, à l'arrivée, crée une image bien moins sexiste et voyeuriste que tant de publicités et de mannequins sur papier glacé.**

## Débat entre l'art et la vie

**Le bon sens serait d'associer les approches esthétique et sociétale. Sauf que, dans notre époque binaire, la première perd en éclat, les œuvres devenant illustration ou punching-ball des douleurs de chacun.** Dans la revue *The Art Newspaper* du 15 février, l'historien de l'art Eric de Chasse, pas vraiment marqué réac, déplore par exemple **qu'une exposition, pour connaître le succès, doive toujours plus « accompagner les œuvres d'explications rattachées aux grands enjeux sociétaux portés par l'actualité et détachées de l'histoire de l'art ».**

Ce débat entre l'art et la vie est au cœur d'un film documentaire passionnant, *Toute la beauté et le sang versé*, [Lion d'or à la dernière Mostra de Venise](#) et en salle le 15 mars. Il est réalisé par Laura Poitras, [autrice d'un film remarqué sur le lanceur d'alerte Edward Snowden](#). La cinéaste se penche cette fois sur la photographe américaine Nan Goldin, qui mène depuis des années un combat contre l'Oxycontin, un opioïde provoquant des dépendances meurtrières, et contre la famille Sackler, propriétaire du médicament et mécène de musées prestigieux.

Sans ce combat, il n'y a pas de film. Sans ce combat, Goldin n'aurait pas été propulsée, en 2022, à la 8<sup>e</sup> place des « Power 100 » d'*ArtReview* – les cent personnalités de l'art les plus influentes au monde – où la tête du classement, du reste, n'est pas tenue par des artistes mais par des militants de causes sociétales.

La surprise du film est de ne pas sacrifier [l'artiste Goldin](#) sur l'autel de l'activisme, les deux étant liées. Une large place est offerte à la révolution formelle qu'elle a développée à partir du milieu des années 1970, à Boston puis à New York. Non plus photographier le monde mais soi-même, ses proches, son environnement d'une énergie rare et colorée (sexe, drogue, violence, amitié, amour, sida, mort) puis assembler ses images en diaporama narratif que l'on projette au mur et en musique, provoquant une émotion forte.

John Ford dirait que Goldin s'est mise hors cadre. Son art étant au cœur d'un féminisme queer, il est plus aisé de la replacer au cœur du jeu que si elle faisait de la peinture abstraite. Mais, pour une fois qu'on ne tronçonne pas une artiste, ne gâchons pas notre plaisir.

4 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/flash-eco/bloquez-tout-ce-que-vous-pouvez-dit-jean-luc-melenchon-aux-etudiants-et-lyceens-20230303>

## Réforme des retraites : «Bloquez tout ce que vous pouvez», dit Mélenchon aux étudiants et lycéens

Par Le Figaro avec AFP

Publié hier à 22:25 , mis à jour hier à 23:27



Le leader de la France insoumise, Jean-Luc Mélenchon. PASCAL GUYOT / AFP

**Le leader de la France Insoumise a lancé cet appel vendredi devant des étudiants à Paris. Il juge que la réforme gouvernementale n'a «pas de légitimité parlementaire».**

«*Bloquez tout ce que vous pouvez*» à partir du 7 mars, a exhorté vendredi 3 mars au soir le leader insoumis Jean-Luc Mélenchon devant des étudiants à Paris. Alors qu'une grève reconductible a débuté vendredi dans la filière énergie, Jean-Luc Mélenchon a estimé qu'il fallait «*monter le niveau d'exigence*». «*Ce qui va se passer à partir du 7 est hors du commun*», a lancé le tribun insoumis lors d'une conférence à la Maison des associations de solidarité, en présence du député LFI Louis Boyard, de représentants des Jeunes insoumis, du syndicat lycéen La voix lycéenne et du syndicat étudiant l'Alternative ESR.

### «Faire tomber un monde»

Après la mobilisation syndicale du 7 mars, celles des femmes le 8, celles des jeunes le 9 et celle pour le climat le 10, le triple candidat à la présidentielle forme «*le vœu qu'on appelle très vite à un autre rassemblement de masse ! Un samedi !*». Au soir du 7, il souhaite la mise en place «*d'assemblées générales de salariés, mais aussi d'«AG de citoyens»*». «*La réforme des retraites est emblématique du néolibéralisme. Si nous gagnons, nous allons marquer un point qui fera écho dans le monde entier !*». **Il ne s'agit «pas seulement» de la réforme des retraites, mais «d'un monde qu'il s'agit de faire tomber», a-t-il lancé.**

Jean-Luc Mélenchon estime que la réforme gouvernementale n'a «*pas de légitimité parlementaire*» grâce à «*la victoire politique*» des Insoumis, qui ont empêché d'aller jusqu'au vote du texte à l'Assemblée. Au Sénat, «*il y a un intérêt supérieur à ce que rien ne soit voté. Si les sénateurs y arrivent, je leur tire mon chapeau. S'ils n'y arrivent pas, je les invite à s'inspirer de ce que font les Insoumis*».

*«Jeunesse, une fois que vous êtes dans la rue, une fois que vous aurez fait reculer Emmanuel Macron sur les retraites, ne vous arrêtez pas là: parlez-lui de Parcoursup», la plate-forme d'orientation des lycéens très critiquée par la gauche, a invité un peu plus tôt le député Louis Boyard. «**Quand les lycées et les facs sont bloqués, il y a une bascule. Vous allez gagner**».*

4 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/les-relations-ne-sont-ni-bonnes-ni-amicales-la-reponse-glaciale-de-rabat-a-paris-20230303>

## «Les relations ne sont ni bonnes ni amicales» : la réponse glaciale de Rabat à Paris

Par [Mayeul Aldebert](#) et [AFP agence](#)

Publié hier à 14:30 , mis à jour hier à 19:42



Le président français Emmanuel Macron et le roi du Maroc Mohammed VI. *CHRISTOPHE ARCHAMBAULT / POOL / AFP*

### **Emmanuel Macron avait qualifié ses relations personnelles avec le roi du Maroc Mohammed VI d'«amicales». Rabat a sèchement répondu.**

Les temps sont rudes pour les relations entre la France et le Maroc. Pendant la conférence de presse qui a suivi son discours consacré aux relations entre la France et l'Afrique, le 27 février dernier, Emmanuel Macron avait qualifié d'«*amicales*» ses relations personnelles avec le roi Mohamed VI.

Le président français répondait à un journaliste marocain qui évoquait les relations «*tendues*» entre les deux pays. «*Ma volonté est d'avancer avec le Maroc, sa majesté le roi le sait, nous avons plusieurs discussions, les relations personnelles sont amicales, elles le demeureront*», avait-il assuré.

Rabat a réagi sèchement ce jeudi. «*Les relations ne sont ni amicales ni bonnes, pas plus entre les deux gouvernements qu'entre le Palais royal et l'Élysée*», a affirmé une source officielle au sein du gouvernement marocain, citée par le journal *Jeune Afrique*.

Les relations entre la France et le Maroc se sont détériorées ces dernières semaines, **notamment à la suite du vote au Parlement européen fin janvier d'une résolution condamnant la détérioration de la liberté de la presse au Maroc**. La classe politique marocaine et les médias proches du pouvoir, vent debout, reprochent à Paris d'être à l'origine de cette résolution.

## **Avancer malgré les polémiques**

L'Élysée a réfuté jusqu'à présent l'existence de toute crise avec Rabat, même si la perspective annoncée d'une visite d'État du président Emmanuel Macron dans le royaume chérifien paraît s'éloigner. «*Il y a, après, toujours des gens qui essaient de monter en épingle des péripéties, des scandales au Parlement européen, des sujets d'écoute qui ont été révélés par la presse*», avait

aussi déclaré le président français faisant référence à l'affaire Pegasus où le Maroc est accusé d'avoir mis sur écoutes des personnalités politiques françaises. *«Est-ce que c'est le fait du gouvernement de la France ? Non ! Est-ce que la France a jeté de l'huile sur le feu ? Non ! Il faut avancer malgré ces polémiques»*, a aussi affirmé le président.

Au-delà de ces déboires récents, la France et le Maroc entretiennent une relation glaciale depuis plusieurs années. **Il est notamment reproché à la France de traîner des pieds sur la question du Sahara occidental** contrairement aux États-Unis et à l'Espagne qui ont reconnu la **«marocanité» de ce territoire, «cause nationale» au Maroc**. **En outre, le rapprochement récent entre la France et l'Algérie**, rivale régionale du Maroc, concrétisée notamment avec la visite du président français Emmanuel Macron à Alger en août ou la venue à Paris du chef d'état-major algérien, Saïd Chengriha, en janvier, **continue de susciter des aigreurs à Rabat**.

À ce point d'accroches d'ajoute la «guerre des visas», depuis que la France avait décidé de réduire de moitié les permis d'entrée accordés aux Marocains, arguant de la réticence du royaume à réadmettre ses ressortissants en situation irrégulière dans l'Hexagone. Une mesure similaire avait été décidée à l'égard de l'Algérie voisine.

La ministre française des Affaires étrangères Catherine Colonna, en visite au Maroc, avait annoncé au mois de décembre la fin de la crise sur les visas qui empoisonnait les relations entre les deux pays.

4 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/certaines-personnes-affirment-etrangement-que-les-menaces-nucleaires-de-poutine-ne-seraient-que-du-bluff-20230303>

«Certains personnes affirment étrangement que les menaces nucléaires de Poutine ne seraient que du bluff»

Par [LENA](#)

Publié hier à 12:13 , mis à jour hier à 12:59



**WELT**

«Une attaque nucléaire n'est pas du tout inenvisageable. Il faut l'accepter. Dans le même temps, il est aussi extrêmement important de souligner que le risque n'a jamais été et n'est toujours pas imminent», clame Frank Sauer. Ci-dessus: Vladimir Poutine, à Moscou, le 28 février. *РИА Новосту*

**VU D'AILLEURS - Le Kremlin s'est récemment abstenu de menaces nucléaires. Frank Sauer de l'université militaire de Munich explique pourquoi, en soulignant que le risque d'escalade nucléaire reste bien présent. Pour lui, Poutine est une personne qui «prend son temps pour finalement prendre les mauvaises décisions».**

*Frank Sauer est politologue et Senior Research Fellow à l'Université militaire de Munich.*

**DIE WELT. - Monsieur Sauer, lors de notre dernier entretien fin septembre, vous affirmiez qu'avec la réussite de la contre-offensive ukrainienne, le risque d'escalade nucléaire par la Russie avait augmenté sans néanmoins « être imminent ». Où en sommes-nous aujourd'hui ?**

**Frank SAUER. -** En réalité, rien n'a changé concernant ce risque. **Les menaces nucléaires proférées à l'époque par Poutine, qui avait affirmé que les territoires qu'il prévoyait d'annexer seraient protégés par le bouclier nucléaire russe, restent valables.** Après le sommet du G20 à Bali et les pressions des États-Unis, mais aussi de la Chine et de l'Inde sur le Kremlin, son discours s'est assagi. Le chancelier allemand Olaf Scholz a alors estimé que le risque de guerre nucléaire avait reculé. C'est le cas si l'on en croit la rhétorique de Moscou, alors que dans son plan de paix en 12 points, la Chine rejette tout recours à l'arme nucléaire.

**Cependant, la configuration de base n'a absolument pas changé. L'objectif de Poutine reste le même : anéantir l'Ukraine. La menace nucléaire reste présente. Et nous allons donc probablement devoir nous intéresser une fois de plus à ce sujet de près si l'Ukraine relance l'offensive et parvient à libérer d'autres régions, ce que nous espérons.**

**Dans son discours à la nation, le président russe Vladimir Poutine a dit : « l'existence de la Russie est en jeu ». Pour vous, cette phrase est-elle une référence à**

## **la doctrine nucléaire russe ? Car la Russie réserve le recours à l'arme nucléaire aux situations dans lesquelles l'existence du pays serait menacée.**

C'est une interprétation possible. Il faut bien évidemment tenir compte de la doctrine. Ce type de phrase fait partie de la rhétorique nucléaire, des « signaux », des références sous-entendues à l'option nucléaire. Mais en même temps, ce n'est pas comme si Poutine se levait le matin, consultait le règlement et établissait sa politique en conséquence. **Poutine est un acteur omnipotent, c'est lui qui détermine les plans et les actions, mais pas la doctrine. Et chaque jour, il nous démontre qu'il n'a que faire des normes, règles et lois.**

**La Russie suspend maintenant le dernier accord de désarmement nucléaire qui la liait aux États-Unis. Le « New Start » prévoit des inspections mutuelles, qui n'ont pas été organisées depuis le début de la pandémie de coronavirus. Moscou affirme vouloir continuer à respecter les plafonds imposés par cet accord concernant les systèmes porteurs et les ogives nucléaires. Pas vraiment de changement à court terme donc ?**

Oui, c'est vrai, il est peu probable que l'arsenal nucléaire des deux côtés se renforce de manière significative en seulement quelques mois. **La mise en production d'ogives nucléaires prend beaucoup de temps.** Pour autant, il n'est évidemment pas impossible que la Russie finisse par enfreindre les plafonds. Et que les chiffres de l'arsenal russe évoluent. Par exemple, avec le passage de têtes nucléaires stockées au statut « deployed », c'est-à-dire prêtes à l'emploi. La suspension de cet accord ne devrait donc pas causer de dommages importants à court terme.

Elle bouscule néanmoins notre sécurité en supprimant les obligations de déclaration. **Avec le « New Start », les États-Unis et la Russie devaient signaler tout déplacement d'ogives nucléaires stratégiques du système porteur à l'entrepôt et vice versa. C'est terminé. Nous perdons donc en transparence.** Et l'opacité est toujours une mauvaise chose en matière nucléaire, car elle crée de la méfiance et nuit finalement à la sécurité de toutes les parties prenantes. Il ne nous reste plus que les moyens techniques de surveillance, c'est-à-dire les satellites espions et d'autres activités de renseignement, pour vérifier si l'autre partie respecte l'accord. **Car la confiance c'est bien, mais le contrôle c'est mieux.**

**Dans cette guerre, la Russie n'utilise plus l'arme nucléaire comme protection, comme dernière assurance-vie d'un État, mais comme couverture d'une guerre d'agression à visée impérialiste**

*Frank Sauer*

**Poutine a annoncé la suspension du « New Start » dans son discours. Était-ce également une sorte de « signal » ?**

Oui, le « New Start » fait partie des rares leviers dont Poutine dispose encore. Je pense que, par cette suspension, Poutine tente de pousser les États-Unis à abroger l'accord de leur côté, pour pouvoir rejeter la faute sur Washington. D'autant que le gouvernement américain a déjà accusé Moscou de ne pas respecter l'accord il y a quelques semaines. Cette manœuvre promeut donc une politisation déraisonnable du contrôle des armements, qui devrait pourtant aller dans l'intérêt de tous les États, car il réduit le risque collectif. Mais ce type de réflexion a disparu de l'esprit de Poutine, comme l'ont révélé ses projets belliqueux.

**Après un an de guerre en Ukraine et de nombreuses menaces nucléaires de la Russie : qu'avons-nous appris sur la pensée russe en matière d'arme nucléaire et de dissuasion nucléaire ?**

Il y a deux aspects : dans cette guerre, la Russie n'utilise plus l'arme nucléaire comme protection, comme dernière assurance-vie d'un État, mais comme couverture d'une guerre d'agression à visée impérialiste. Cela inquiète de nombreux experts, car si cette méthode fait ses preuves, si Poutine arrive à ses fins, d'autres États pourraient vouloir copier ce modèle à l'avenir, et seraient encore plus



nombreux à vouloir la détenir. C'est préoccupant, car l'arme nucléaire devait justement empêcher les guerres, et non rendre possibles des guerres de conquête conventionnelles comme c'est le cas ici.

## Et le deuxième aspect ?

L'arme nucléaire va gagner en importance au sein du dispositif militaire russe à l'avenir. Une grande partie des forces terrestres de la Russie a été détruite en Ukraine. À cela s'ajoute que ces forces terrestres ne sont pas aussi puissantes qu'attendu par Moscou. On peut donc craindre que la Russie se repose encore davantage sur l'arme nucléaire à l'avenir afin de préserver son propre poids militaire.

**Dans votre podcast *Sicherheitshalber* (Pour des raisons de sécurité, nldr ) vous avez déclaré à propos de la Conférence de Munich sur la sécurité : «*C'est une réunion où toutes les personnes présentes autour de la table ont peur, et s'assurent mutuellement que leurs outils de dissuasion fonctionnent.*» Qu'avez-vous pensé des discussions sur la dissuasion nucléaire lors de cette conférence ?**

Ce sujet est malheureusement très présent. Le problème de la dissuasion, c'est qu'on ne peut jamais l'exercer sans basculer soi-même dans la peur et l'effroi. **La dissuasion ne fonctionne pas à sens unique. On dissuade la partie adverse, mais on est aussi soi-même dissuadé d'attaquer l'autre.** *Seuls des accords de désarmement, des mesures renforçant la confiance et la réduction des arsenaux peuvent nous permettre de sortir de ce dilemme, et encore, pas entièrement.* Mais au moins, la peur devient alors gérable.

Nous vivons à l'ère du nucléaire, à l'époque de la crainte permanente de l'anéantissement total. *Ces 20 à 30 dernières années, la menace nucléaire n'était pas particulièrement présente, du moins en dehors des milieux spécialisés et ici en Europe. Cette guerre nous révèle ce que l'on ressent quand la menace et la peur se manifestent pleinement. On entend souvent des comparaisons avec la crise de Cuba.* Si la comparaison est pour moi assez bancale, il y a néanmoins des points communs. Nous nous trouvons à nouveau dans une période historique exceptionnelle et dangereuse, où l'existence de l'arme nucléaire saute soudain aux yeux de toutes et tous.

## Pourquoi la comparaison vous paraît-elle bancale ?

La crise de Cuba voyait s'affronter les deux superpuissances de l'époque, les États-Unis et l'Union soviétique. C'était une confrontation directe entre deux puissances nucléaires. Ce n'est pas le cas dans la guerre d'agression russe à laquelle nous assistons actuellement. L'Ukraine n'est pas une puissance nucléaire. **La crise de Cuba avait été déclenchée par le positionnement de missiles balistiques à moyenne portée prêts à être lancés à Cuba.** Comme nous l'avons appris des années plus tard, d'autres armes nucléaires présentes sur l'île, que l'Union soviétique aurait pu utiliser à tout moment afin de déjouer une éventuelle invasion américaine, étaient également en jeu. C'est encore une différence de plus avec la situation actuelle en Ukraine.

Et la troisième différence réside dans l'époque : *la communication était autrefois beaucoup plus lente et opaque. Un échange entre Moscou et Washington prenait des heures, voire des jours.* Aujourd'hui, il suffit de jeter un œil sur Internet, ce qui n'est pas obligatoirement une amélioration, bien sûr, car la désinformation associée à l'accélération de la prise de décisions comporte ses propres risques.

**Lors de la Conférence de Munich sur la sécurité, le président français, chef d'État d'une puissance nucléaire, a renouvelé sa proposition d'envisager une dissuasion nucléaire européenne. L'idée est de ne plus dépendre des armes nucléaires américaines. L'année prochaine auront lieu aux États-Unis des élections présidentielles au résultat incertain. Le gouvernement fédéral allemand ne devrait-il pas accepter la proposition d'Emmanuel Macron ?**

La proposition française est compréhensible. Et je pense qu'il n'y a absolument aucune raison de ne pas explorer la question à l'échelle européenne, même avec prudence. Dans le contexte politique actuel, je n'oserai pas prédire l'issue d'une telle initiative, mais **mon intuition me dit qu'une intégration plus profonde de la dissuasion nucléaire au sein de l'UE est inenvisageable dans un avenir proche**. Cependant, l'Europe devrait réfléchir à l'impact qu'aurait sur la sécurité européenne l'ouverture d'une nouvelle ère dans les relations transatlantiques.

**Si le débat autour de l'émancipation vis-à-vis des États-Unis est si difficile, c'est aussi parce que les pays d'Europe de l'Est, qui sont directement menacés par la Russie, souhaitent bénéficier du soutien des Américains.**

**Tout à fait. Par ailleurs, en achetant des avions de chasse, l'Allemagne a une nouvelle fois confirmé le poids nucléaire de l'Otan. On ne peut donc pas parler d'émancipation.** Et ce n'est d'ailleurs pas non plus l'objectif. **Dans ce contexte, il est difficile d'envisager, et même peu pertinent, d'entamer quoi que ce soit de substantiel à l'échelle de l'UE.** Mais à titre préventif, j'aimerais souligner que **nous devons y réfléchir à nouveau si Trump ou un personnage du même acabit revient à la Maison-Blanche** et met à mal l'alliance transatlantique.

**(Poutine) aurait pu mettre un terme à la guerre en septembre et vendre ce qu'il aurait obtenu comme une victoire en Russie. Au lieu de cela, il a renforcé la mobilisation**

*Frank Sauer*

**Au début de cet entretien, vous avez dit que, si l'Ukraine relance la contre-offensive cet été grâce aux armes occidentales, les menaces nucléaires du Kremlin reprendront. Comment y réagir ? Que devrait faire le gouvernement fédéral allemand ?**

J'aurais souhaité une communication plus claire de la part du Chancelier Scholz à ce sujet par le passé. J'espère que, si nous sommes à nouveau confrontés à ce type de menaces, il y aura des améliorations sur ce point. En effet, le conflit d'intérêts se dessine clairement : nous soutenons l'Ukraine afin de libérer un maximum de ses territoires actuellement occupés. Pour pousser Poutine à rejoindre la table des négociations, il faudra qu'il soit défait militairement et craigne de perdre la Crimée. Or, plus la pression sur la Crimée augmentera, plus le risque nucléaire s'accroîtra. Car Poutine s'est révélé être une personne qui prend son temps pour finalement prendre les mauvaises décisions. Il aurait pu mettre un terme à la guerre en septembre et vendre ce qu'il aurait obtenu comme une victoire en Russie. Au lieu de cela, il a renforcé la mobilisation. Si la question nucléaire devait refaire son apparition, les responsables politiques occidentaux devront donc faire preuve d'un grand tact.

**Qu'entendez-vous par là ?**

**Nous ne devons tomber dans aucun extrême : ni céder à la panique, ni être convaincus qu'il n'arrivera rien. Certaines personnes affirment étrangement que les menaces nucléaires de Poutine ne seraient que du bluff. C'est tout simplement déraisonnable. Une attaque nucléaire n'est pas du tout inenvisageable.** Il faut l'accepter. Dans le même temps, il est aussi extrêmement important de souligner que le risque n'a jamais été et n'est toujours pas imminent. Il n'y a donc aucune raison de s'empêcher de dormir et de paniquer. Nul besoin de commencer à construire des abris antiatomiques.

J'attends en revanche davantage de pédagogie de la part du gouvernement fédéral en cas de retour des menaces nucléaires, notamment en ce qui concerne ses objectifs dans le soutien à l'Ukraine, et la manière dont il adapte celui-ci à la nouvelle donne avec ses partenaires.

4 mars 2023 (Marianne)

<https://www.marianne.net/societe/education/universite-sorbonne-paris-nord-la-direction-confrontee-a-des-prieres-dans-les-couloirs>

## Université Sorbonne Paris Nord : la direction confrontée à des prières dans les couloirs

Par Samuel Piquet

Publié le 03/03/2023 à 0:00



Devant les dérives religieuses au sein de son établissement, le président de l'université Sorbonne Paris Nord, Christophe Fouqueré, a adressé un mail aux étudiants et aux professeurs pour rappeler aux premiers qu'il est interdit de prier dans les salles et aux seconds qu'ils ne doivent pas afficher leur appartenance religieuse. Explications.

L'université Sorbonne Paris Nord, (anciennement Paris-XIII), installée au nord de la capitale sur les communes de Villetaneuse, Saint-Denis, La Plaine Saint-Denis, Bobigny et Argenteuil, doit faire face depuis plusieurs années déjà à l'entrisme islamiste. Au point que la région Île-de-France avait adressé, fin 2021, un courrier au président dans lequel elle s'en inquiétait. Cette fois, **les dérives récentes ont contraint son président, Christophe Fouqueré, à adresser un mail le 23 février à tous les étudiants et les professeurs de l'université pour leur rappeler les bases de la laïcité.**

Dans ce courriel, auquel Marianne a eu accès, le président, après avoir indiqué que « ce message fait suite à divers incidents survenus récemment », rappelle « l'attachement de (l') université au principe de la laïcité ». Plus précisément, **il signale que « les lieux de culte ou de prière sont interdits dans l'université », comme si cela n'allait pas de soi, et ajoute que « les étudiants ou étudiantes priant dans un couloir ou une salle de l'université ou dans tout autre local dans l'enceinte de l'université se verront rappeler à l'ordre pour que ce comportement ne se reproduise pas ».**

### ETUDIANTS CONVOQUÉS... OU PAS ?

Contacté par Marianne, le référent laïcité de l'université, Daniel Verba, nous écrit par mail : « **Les incidents auxquels fait référence le Président concernent principalement les 4 étudiant(e)s (sur 26 000 que compte l'université) qui ont été repérés cette année par les services de sécurité de l'établissement en train de prier dans les couloirs.** Ces quatre étudiant(e)s ont été convoqué(e)s par les services centraux de l'université pour **un rappel à l'ordre** qui pourrait déboucher sur des sanctions en cas de récidive. »

**Un professeur de l'université bien au fait de ces questions assure pourtant à Marianne que non seulement personne n'a été convoqué mais que les étudiants n'ont même pas été identifiés.** « Des convocations ont pu avoir lieu par le passé. **L'an dernier, une vingtaine d'étudiants de première année avaient été convoqués par le président pour des faits similaires ; mais cette année, cela n'a pas été le cas.** » Puis

d'ajouter : « Il n'y a jamais eu de sanctions disciplinaires alors que c'est pourtant dans ce genre de commissions de jugement que ça devrait se régler. Ce qui a fait réagir la direction cette fois-ci, c'est d'une part que cela ne concerne plus, comme par le passé, des nouveaux arrivants mais des étudiants plus âgés qui reviennent à ces pratiques. Et d'autre part **qu'on ne peut plus cacher ces agissements : des tags prosélytes sont apparus sur les murs. Des gardiens ont même dissuadé les étudiants de venir perturber la prière dans les escaliers...** » Le professeur fait mine de s'interroger : « Si cela ne concernait que quatre étudiants, sérieusement : pourquoi faire une circulaire officielle adressée aux étudiants et aux personnels ? »

#### ENSEIGNANTE VOILÉE DEPUIS UN AN

La suite du mail du président, qui n'a pas répondu aux sollicitations de Marianne, met en lumière un autre type d'incident : « La manifestation par un personnel de l'Université d'opinions religieuses dans l'enceinte de l'Université, dans l'exercice de ses fonctions, peut-être constitutive d'un manquement à ses obligations ». Le message rappelle qu'« un agent ne doit porter aucun signe, notamment vestimentaire, destiné à marquer son appartenance à une religion. » **Selon plusieurs sources internes, le texte vise ici une enseignante faisant cours en étant voilée depuis environ un an.**

Daniel Verba confirme : « Il y a en effet le signalement d'une enseignante vacataire portant un turban, et non un voile, qui est cours et que je ne peux pas évoquer tant qu'il n'est pas instruit par nos services. » Le référent laïcité tempère encore : « La note adressée aux personnels et aux étudiants visait simplement à rappeler le cadre législatif de la laïcité dans l'enseignement supérieur (trop souvent mal connu ou déformé) et à répondre à certaines allégations médiatiques selon lesquelles nous ne ferions pas respecter ce principe à USPN (Université Sorbonne Paris Nord). » Il conclut : « L'université reste mobilisée et continuera à veiller scrupuleusement, dans le respect des droits des étudiants et des personnels, à l'application des règles de laïcité. » **Pas sûr que cela suffise à rassurer tout le monde.**

3 mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/die-debatte-um-die-neutralitaet-im-ukraine-krieg-schadet-der-schweiz-ld.1728357>

DER ANDERE BLICK

## Sind die Schweizer Masochisten oder Egoisten? Die aktuelle Neutralitätspolitik schadet dem Land

Mit ihrer endlosen Debatte um Rüstungsexporte und der begrenzten materiellen Hilfe für die Ukraine stösst die Schweiz im Ausland auf Unverständnis. Sie präsentiert sich als Land der Krämerseelen.

Eric Gujer

03.03.2023, 05.30 Uhr



Die Schweizer Neutralität ist gegenüber den im 21. Jahrhundert häufigsten Risiken blind.

Illustration Simon Tanner / NZZ

Eric Gujer ist Chefredaktor der NZZ.

Es ist leicht, über die deutsche Zeitenwende zu spotten: [das Zaudern des Kanzlers bei der Lieferung von Panzern](#); die Halbherzigkeit, mit der die marode Bundeswehr in Schuss gebracht wird. Dabei ist handwerklich schlechte Aussenpolitik kein deutsches Privileg. Das können die Schweizer mindestens ebenso gut.

Die Schweiz geniesst im Ausland hohes Ansehen. Sie ist stabil und solide, gesegnet mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, die sich vorteilhaft von der deutschen Neigung zu Sozialismus mit menschlichem Antlitz abhebt. Doch das schöne Bild hat einen hässlichen Kratzer, seit sich Bundesbern auf eine rigorose Auslegung der Neutralität versteift.

**Kaum jemand im Ausland begreift, warum Bern es Ländern wie Deutschland und Dänemark nicht erlaubt, in der Schweiz produzierte Munition und Schützenpanzer an die Ukraine weiterzugeben.** Dass das Parlament im November 2021 das Kriegsmaterialgesetz verschärfte und der Regierung damit jeden Handlungsspielraum nahm, wird noch verstanden. Auch in anderen Ländern vollführen die Parlamente wunderliche Kapriolen.

**Das Parlament hat einen Scherbenhaufen angerichtet**

Dass es die beiden Kammern aber bisher nicht geschafft haben, in einem Jahr eine Lösung zu finden, macht nicht nur ausländische Beobachter ratlos. Zumal sich abgesehen von der SVP alle Parteien mit Solidaritätsbekundungen für die Ukraine überbieten. Die meisten Schweizer wünschen den Opfern des russischen Imperialismus den Sieg. Umso unverständlicher ist es, dass sich der Mehrheitswille nicht in konkreter Politik niederschlägt.

**Die Untiefen der helvetischen Konsensdemokratie**, ihre segensreiche Langsamkeit und Unaufgeregtheit lassen sich niemand erklären, der nicht damit aufgewachsen ist. Wenigstens versuchen die FDP und vernünftige Sozialdemokraten ein Zeichen zu setzen, dass sich die Schweiz als Teil der westlichen Wertegemeinschaft versteht. Das Parlament steht in der Verantwortung, den von ihm angerichteten Scherbenhaufen zu beseitigen.

Die ausländische Ratlosigkeit mündet meist in einen – in der Regel höflich verbrämten – Befund: **Die spinnen, die Schweizer! So setzt sich die Überzeugung fest, dass die Schweiz trotz allen Beteuerungen der Ukraine gar nicht helfen will.** Zumal die humanitäre Hilfe der Schweiz gemessen an den Anstrengungen anderer Länder bescheiden ausfällt. Diese unterstützen Kiew nicht nur humanitär, sondern auch mit Rüstungsgütern.

**Am Ende zählt der Gesamtbetrag, und der lässt die Schweiz geizig und hartherzig aussehen, Neutralität hin oder her.** Die rappenspalterische Rechtfertigung des Aussendepartements, solche Statistiken würden die beträchtlichen privaten Leistungen ausser acht lassen, macht die Sache nur schlimmer. **Die Schweizer wirken so erst recht wie Krämerseelen. Kein Wunder also, dass die übrigen Europäer glauben, die Alpenrepublik befinde sich auf einem egoistischen Sonderweg.**

Es lohnt sich, daran zu erinnern, worin **der Sinn der Neutralität** besteht. **Sie soll Schaden von der Schweiz abwenden. Die Neutralität ist kein Prinzip um seiner selbst willen, sondern sie verfolgt einen Zweck. Ihre Richtschnur ist eine einzige Frage: Wird das Land dadurch sicherer? Müsste die Frage verneint werden, wäre die Neutralität obsolet.** Dass sie eine lange Tradition hat, ist kein hinreichender Grund, an ihr festzuhalten. Sie muss einen Mehrwert in Sachen Sicherheit schaffen.

### **Von der Bundeswehr geht keine Gefahr aus**

Früher wurde Sicherheit ausschliesslich militärisch definiert. In der Gegenwart, die Begriffe wie Reputationsrisiko und gute Regierungsführung erfunden hat, wird Sicherheit breiter gefasst. Dazu gehören harte wie weiche Faktoren.

Ist die Wahrnehmung eines Landes ein weicher oder ein harter Faktor? Als sich die Schweiz des Vorwurfs erwehren musste, das Bankgeheimnis diene der Steuerhinterziehung, und das US-Justizministerium an der Bank Wegelin ein Exempel statuierte, dürften die Eigentümer das erzwungene Ende ihrer Bank als ziemlich hart empfunden haben.

**Alle Staaten, denen sich die Schweiz durch gemeinsame Werte verbunden fühlt, betrachten den Überfall auf die Ukraine als Anschlag auf die europäische Ordnung.** Sie erachten deshalb Selbstverteidigung als zwingend nötig. Ihre Reaktion besteht nicht im Kriegseintritt, sondern in indirekten, von Sanktionen bis zu Waffenlieferungen reichenden Massnahmen.

Wer sich diesen nicht anschliesst, begibt sich ins Abseits. Jede exponierte Stellung birgt Risiken. Diese sind meist nicht militärischer Natur. Die Neutralität hingegen ist eine defensive militärische Strategie: Man neutralisiert die Armee, um den Gegner dazu zu bewegen, seine Streitkräfte nicht einzusetzen. Auf Ansehensverlust oder wirtschaftliche Nachteile weiss die Neutralität keine Antwort. Sie ist gegenüber den im 21. Jahrhundert häufigsten Risiken blind.

**Die Neutralität entstand, um die ungemütliche Lage der Schweiz, eingequetscht zwischen den bisweilen aggressiven Grossmächten Deutschland und Frankreich, erträglicher zu gestalten.** Die Zeiten der militärischen Bedrohung durch die Nachbarn sind vorbei – und dies nicht nur deshalb, weil die Bundeswehr nicht einmal dazu in der Lage wäre.

Was Neutralität heutzutage bedeutet, muss in jedem Einzelfall neu bestimmt werden. Das erfordert Flexibilität: Kompromissbereitschaft bei der Munition, aber Zurückhaltung bei der Beschlagnahme russischer Vermögen.

Die SVP hingegen verklärt die Neutralität in Winkelried-Manier zum heiligen Prinzip, für das man Pressionen aushalten müsse. Genau dafür wurde die Neutralität nicht erfunden. **Sie ist kein Prinzip,**

**sondern ein Instrument;** und sie soll den auf einem Kleinstaat lastenden Druck vermindern und nicht erhöhen. Der National-Masochismus der SVP muss jeden nüchtern denkenden Strategen der Neutralität sprachlos machen.

Die Partei steht mit ihrem Fundamentalismus allerdings nicht allein. Das Drama nahm seinen Anfang, weil das Parlament der Regierung jede Möglichkeit nahm, die Rüstungsindustrie als Mittel der Aussenpolitik einzusetzen. **Es ist der Fundamentalismus der höheren Moral – und derjenigen, die sich davon erleuchtet fühlen.**

### **Moralismus ist noch keine Aussenpolitik**

**Dabei liesse sich ein pragmatischer Mittelweg finden. Die Schweiz liefert keine Waffen an Kriegsparteien. Sie betrachtet aber die Weitergabe an Drittstaaten als Angelegenheit der Abnehmerländer, soweit es sich um gleichgesinnte Nationen handelt. Der defensive Charakter der Neutralität bliebe gewahrt. Sie würde aber auch nicht zu einem Popanz mutieren, der jede aussenpolitische Initiative erstickt.**

Die uferlosen juristischen Debatten führen in die Irre. Im Zentrum steht nicht die Jurisprudenz, sondern die Politik und damit die Frage, welches Bild die Schweiz im Ausland abgeben will. **Als ewiger Nein-Sager, der nur fordert und nichts gibt, gewinnt man nur selten Freunde.**

Wann immer sich das Schweizer Parlament der Aussenpolitik annimmt, wird es gefährlich. Kurz vor der unseligen Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes hatten beide Kammern einen vergleichbaren Geistesblitz. Sie forderten die Regierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Auch hier siegte Moral über Vernunft.

**Wie wichtig der amerikanische Nuklearschirm ist, zeigt sich seit Kriegsbeginn in aller Deutlichkeit. Putin macht keine Anstalten, die Nachschublinien in Polen oder der Slowakei zu bombardieren. Er setzt auch keine Atomwaffen gegen die Ukraine ein. Die atomare Abschreckung funktioniert. Davon profitiert auch die Schweiz.**

Das Parlament betrachtete es jedoch als Ausweis der humanitären Tradition, die atomare Abschreckung zu diskreditieren. Erst der Bundesrat bereitete dem Spuk ein Ende. Die Parallelen sind verblüffend: Wie beim Rüstungsexport geht es um Prinzipienreiterei und Weltverbesserung, nicht um Realpolitik.

Nationalrat und Ständerat rufen immer wieder nach mehr aussenpolitischen Kompetenzen. Die leidvolle Erfahrung spricht dagegen. Die Aussenpolitik ist in den Händen der Regierung besser aufgehoben, auch wenn Verteidigungsministerin Viola Amherd und Aussenminister Ignazio Cassis in der Frage des Munitionsexports seltsam unbeteiligt wirken. **Sie hoffen in schlechtester aussenpolitischer Gewohnheit, die Schweiz werde den aktuellen Imageschaden aussitzen können.** Dass Finanzministerin Karin Keller-Sutter obendrein die Pläne für eine bessere Ausstattung der Armee verlangsamt, verstärkt den Eindruck eines Landes, das mit den epochalen Veränderungen noch weniger zurechtkommt als seine Nachbarn.

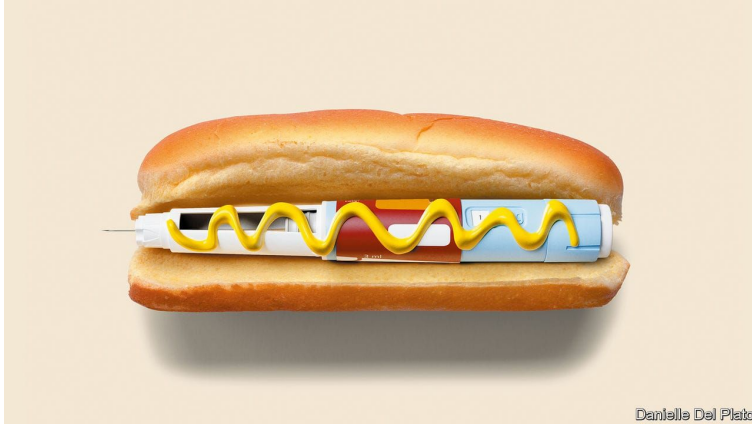
3 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/leaders/2023/03/02/new-drugs-could-spell-an-end-to-the-worlds-obesity-epidemic>

Eat, inject, repeat

## New drugs could spell an end to the world's obesity epidemic

The long-term effects must be carefully studied. But the excitement is justified



Mar 2nd 2023

A new type of drug is generating excitement among the rich and the beautiful. **Just a jab a week, and the weight falls off.** Elon Musk swears by it; influencers sing its praises on TikTok; suddenly slimmer Hollywood starlets deny they have taken it. **But the latest weight-loss drugs are no mere cosmetic enhancements. Their biggest beneficiaries will be not celebrities in Los Angeles or Miami but billions of ordinary people around the world whose weight has made them unhealthy.**

Treatments for [weight loss](#) have long ranged from the well-meaning and ineffective to the downright dodgy. The new class of drugs, called glp-1 receptor agonists, seems actually to work. Semaglutide, developed by Novo Nordisk, a Danish pharmaceutical firm, has been shown in clinical trials to lead to weight loss of about 15%. It is already being sold under the brand name Wegovy in America, Denmark and Norway and will soon be available in other countries; Ozempic, a lower-dose version, is a diabetes drug that is also being used “off label” for weight loss. A rival glp-1 drug, made by Eli Lilly, an American firm, is due to come on sale later this year and is more effective still. Analysts think the market for glp-1 drugs could reach \$150bn by 2031, not far off the market for cancer drugs today. Some think they could become as common as beta blockers or statins.

The drugs could not have arrived at a better time. In 2020 two-fifths of the world's population were overweight or [obese](#). By 2035, says the World Obesity Federation, an ngo, that figure could swell to more than half, with a staggering 4bn people overweight or obese. People everywhere are getting fatter. The populations putting on pounds the fastest are not in the rich West but in countries like Egypt, Mexico and Saudi Arabia.

These trends are alarming because obesity causes a host of health problems, including diabetes, heart disease and high blood pressure, as well as dozens of illnesses such as stroke, gout and various cancers. Carrying extra weight made people more likely to die of covid-19. And then there is the misery that comes from the stigma associated with being fat, which affects children in schools and playgrounds most cruelly of all.

The consequences of obesity for the public purse and the wider economy are large. According to modelling by academics the annual cost to the world economy of excess weight could reach \$4trn by 2035 (2.9% of global gdp, up from 2.2% in 2019). That includes both spending on health care and working time lost to illness and premature deaths tied to obesity.



The world's expanding waistlines are not a sign of the moral failure of the billions who are overweight, but the result of biology. The genes that were vital to helping humans survive winters and famine still help the body cling on to its weight today. The superabundance of hard-to-resist processed foods in recent decades has brought greater convenience and lower costs, but also triggered overeating just as lifestyles became more sedentary. Once the fat is on, the body fights any attempt to diet away more than a little of its total weight. Despite the \$250bn that consumers around the world spent on dieting and weight loss last year, the battle to get slim was largely being lost.

The new [obesity drugs](#) arrived by serendipity, after treatments meant for diabetics were observed to cause weight loss. Semaglutide mimics the release of hormones that stimulate a feeling of fullness and reduce the appetite. They also switch off the powerful urge to eat that lurks inside the brain, waiting to ambush even the keenest dieter.

With the jabs already in high demand, investors are nearly as giddy as newly slim users. The market capitalisation of [Novo Nordisk](#), the firm at the front of the gold rush, has doubled in two years, to \$326bn, making it the second-most-valuable listed drugmaker in the world. Analysts expect half of obese Americans who seek help to be on glp-1 drugs by the turn of the decade. But, as with any new medicine that holds so much promise for so many, there are uncertainties. Two big ones will be safety and affordability.

Consider safety first. The newness of these drugs means that their long-term consequences are not yet known. For the lower-dose forms prescribed for diabetes, the side-effects, such as vomiting and diarrhoea, have been mild. But others could crop up as the drugs are used more widely and at higher doses. Animal studies have shown a higher incidence of thyroid cancer, and semaglutide is associated with a rare pancreatitis. Little is known about the effects of using them during or just before pregnancy. All this will require careful analysis through controlled longitudinal studies.

Understanding these risks will be important, because many patients who take the drugs may need them for the rest of their lives. As with ditching a diet, stopping a high dose of semaglutide is associated with much of the lost weight piling back on. Some people even gain more weight than they lost in the first place.

Another preoccupation for policymakers is cost. In America the bill for Wegovy runs at around \$1,300 a month; for Ozempic about \$900. Judged by such prices, lifelong prescriptions look forbiddingly expensive. The longer view, however, is more encouraging. In time, companies may strike deals with governments and health providers to cover the whole population, ensuring high volumes in return for low prices. The prospect of profits is already luring competition and spurring innovation. Amgen, AstraZeneca and Pfizer are all working on rival drugs; Novo Nordisk has a full pipeline of follow-on drugs. Further ahead still, patents will expire, enabling the development of lower-priced generics.

## **The shape of things to come**

What to do in the meantime? Governments must ensure that those who most need the drugs get them, leaving those taking them for cosmetic purposes to pay out of their own pockets. The long-term effects must be carefully studied. States should keep pressing other anti-obesity measures, such as exercise, healthy eating and better food labelling, which may help prevent people from getting fat in the first place. But spare a moment to celebrate, too. These new drugs mean that the world's fight against flab may eventually be won.

3 mars 2023 (Marianne)

<https://www.marianne.net/agora/les-signatures-de-marianne/jacques-julliard-alain-de-benoist-est-un-des-grands-intellectuels-les-plus-meconnus-de-notre-temps>

## Jacques Julliard : "Alain de Benoist est un des grands intellectuels les plus méconnus de notre temps"

L'édito

Par [Jacques Julliard](#)

Publié le 03/03/2023 à 6:00



"Il y a quelque chose de Sorel dans le cas d'Alain de Benoist : un porteur d'idées dans le camp des intérêts, que ce dernier ignore."

Hannah Assouline

**Jacques Julliard livre cette semaine son regard à la fois admiratif et critique sur Alain de Benoist, ce penseur souvent associé à l'extrême droite, afin de mieux réaffirmer l'importance de l'universalisme, seul capable de permettre l'existence en son sein de communautés distinctes, unies entre elles par une même vision, fondée sur l'unité de l'espèce humaine.**

Je viens de lire coup sur coup deux livres d'[Alain de Benoist](#), récemment parus : **L'Exil intérieur (Krisis)**, constitué des carnets intimes, **Nous et les autres (éditions du Rocher)**, qui sont des analyses et des réflexions sur l'identité, et notamment sur les délires du néoracisme identitaire. **Alain de Benoist est, avec Pierre-André Taguieff et Michel Onfray, un des trois intellectuels français à publier en moyenne deux à trois livres par an, sans bâcler ni sans vraiment se répéter.** Quoi ! Non seulement vous entretenez commerce avec un homme d'extrême droite, mais encore vous éprouvez le besoin de le proclamer ? Quelle impudence et quelle imprudence !

À quoi je réponds ce que j'ai répondu toute ma vie : j'ai toujours eu de l'intérêt, voire de la sympathie, pour toutes les familles politiques, y compris celles dont je me sens le plus éloigné ; j'ai toujours eu, en revanche, de la distance, voire de la méfiance, envers tous les partis politiques, y compris ceux dont je me sens le plus proche. Avec cela, j'ai donc bien eu raison de n'avoir jamais, comme on dit « fait de la politique », comme on dit « faire l'amour ». C'eût été un beau désastre. De surcroît, je pense que l'on ne fait pas l'amour, c'est l'amour qui nous fait. En outre, **j'ai toujours remarqué que l'extrême droite est moins de droite que la droite modérée, malgré les apparences. Pourquoi ? Parce que, le plus souvent, l'extrême droite privilégie les idées, tandis que la droite modérée privilégie toujours les intérêts. D'où le malaise permanent des intellectuels qui se réclament de la droite modérée, un [Raymond Aron](#), un Jean-François Revel, un Jean-Claude Casanova.** En va-t-il toujours de même à gauche ? C'est une vraie question que, vu l'abondance des matières, je réserve pour une autre fois.

## NÉGRITUDE

Je reviens à **Alain de Benoist**. En raison de l'hégémonie actuelle, de type gramscien, de la gauche dans le domaine des idées, il est assurément un des grands intellectuels les plus méconnus de notre temps. Il a l'élégance de ne pas s'en plaindre. En revanche, ses carnets intimes sont ponctués de prises de distance à l'égard de sa propre famille. **Donc pas d'affinités avec Maurras ou Joseph de Maistre, ni avec Brasillach ou Pétain, mais avec Proudhon, la Commune, Pasolini, le syndicalisme révolutionnaire et Georges Sorel, dont personne n'a pensé à célébrer l'an dernier le centenaire de la mort...** Sorel est justement un de ces intellectuels « en litige » entre la droite et la gauche, en litige comme on le dit du coureur cycliste isolé entre les échappées et le peloton, qui, faute de donner des gages à l'un ou l'autre camp, fait l'objet de la méfiance de chacun, ou pis que cela, de son indifférence.

Il y a quelque chose de Sorel dans le cas d'Alain de Benoist : un porteur d'idées dans le camp des intérêts, que ce dernier ignore. Tenez, la gauche, celle des intérêts, car elle existe, bien entendu, est beaucoup plus avisée : loin d'ignorer les idées de son camp ou de les mépriser, elle se cache derrière elles. Pour le dire autrement, quand il s'agit d'intérêts opposés, il faut, pour leur trouver quelque chose de commun, parcourir tout l'éventail des positions intermédiaires (le fameux demi-camembert de la représentation graphique) ; en revanche quand il s'agit d'idées, il suffit parfois, pour trouver des continuités, de passer par-derrière !

C'est ce qui se passe avec ce **néoracisme identitaire**. Jusqu'à un certain point que je vais préciser, je pourrais totalement prendre à mon compte la critique par Alain de Benoist de **ce délire, fondé sur des contradictions insurmontables**. Si les races n'existent pas, si elles n'ont aucun fondement biologique et sont de pures « constructions sociales », comment préconiser et justifier le métissage, c'est-à-dire leur mélange ? **Quand Éric Fassin écrit « On ne naît pas noir, on le devient » on se pince. C'est renvoyer au néant la « négritude » définie et vécue positivement par de grands esprits comme Aimé Césaire, Léopold Sédar Senghor, qui n'étaient pas, que je sache, des « nègres de service ». Alain de Benoist n'a pas de peine à démonter « ce wokisme, aggravé par cette trouvaille acrobatique que l'on nomme «intersectionnalité» qui, sous les formes les plus délirantes, voit du racisme partout, y compris dans l'antiracisme, dès lors qu'il est professé et exercé par un Blanc.**

## UNIVERSALISME

Je ne puis ici qu'évoquer, sans pouvoir entrer dans les développements qui seraient nécessaires, cette **« imposture académique »**. Il est significatif que, dans ses analyses, Alain de Benoist se réfère souvent aux travaux de **Pierre-André Taguieff**, lequel n'est assurément pas de la même paroisse (auteur de L'Imposture décoloniale, science imaginaire et pseudo-antiracisme aux éditions de L'Observatoire).

Là où le bât blesse, là où l'on reste sur sa faim, c'est lorsqu'**Alain de Benoist** aborde la contrepartie positive de sa critique. **Son refus de l'universalisme le laisse incapable de dénoncer l'absurde paralogisme des wokistes, qui attribuent à l'universalisme ce qui n'en est que la trahison. Seule en effet une vision universelle, fondée sur l'unité de l'espèce humaine, telle que l'a notamment conçue le christianisme, puis, sous une forme laïcisée, la philosophie classique de Descartes à Kant, et, enfin, en termes politiques, la République des droits de l'homme, est capable d'apporter une réponse globale satisfaisante à cette aberrante dérive, qui ne peut déboucher que sur la guerre de tous contre tous. L'universalisme, et lui seul, est capable de permettre l'existence en son sein de communautés distinctes, unies entre elles par une même vision, fondée sur l'unité de l'espèce humaine. C'est là que les chemins se séparent et que la pensée de droite, en dépit de ses efforts pour échapper à elle-même, reste une pensée de droite.**

3 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/02/reforme-des-retraites-un-acquis-de-la-mobilisation-exceptionnelle-aura-ete-de-nous-rappeler-la-contribution-essentielle-des-syndicats-a-la-democratie\\_6163890\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/03/02/reforme-des-retraites-un-acquis-de-la-mobilisation-exceptionnelle-aura-ete-de-nous-rappeler-la-contribution-essentielle-des-syndicats-a-la-democratie_6163890_3232.html)

## Réforme des retraites : « Un acquis de la mobilisation exceptionnelle aura été de nous rappeler la contribution essentielle des syndicats à la démocratie »

[Tribune](#)

Baptiste Giraud

Maxime Quijoux

Karel Yon

**Autrefois affaiblis et marginalisés, les syndicats ont reconstitué un front commun contre la réforme des retraites. Plutôt que chercher à décourager ou contourner ces mouvements, l'Etat devrait se souvenir du rôle essentiel joué par les mouvements syndicaux pour l'amélioration du sort des salariés, estiment trois chercheurs dans une tribune au « Monde ».**

Publié hier à 14h30, mis à jour hier à 17h40 Temps de Lecture 4 min.

Après l'assurance-chômage, les retraites : les réformes de la protection sociale se font désormais sans, et même contre les syndicats qui en furent pourtant les principaux gestionnaires pendant des décennies. Et même les architectes : le régime général de la Sécurité sociale a été porté en 1945 sur les fonds baptismaux par Ambroise Croizat, secrétaire général de la fédération CGT de la métallurgie devenu ministre communiste ; l'assurance-chômage est née en 1958 de la négociation paritaire entre le patronat et les syndicats « libres », FO et CFTC. En dépit de positionnements syndicaux divers et souvent opposés au sujet de ces institutions, Emmanuel Macron aura accompli cet exploit de réunifier le camp syndical dans le refus de ses réformes : l'unanimité syndicale contre la réduction des indemnités chômage fin 2022 s'est prolongée dans un refus tout aussi net du recul de l'âge de départ en retraite.

Engagées à marche forcée par le gouvernement, ces réformes ne font pas que dégrader les droits des salariés et des chômeurs. Elles s'attaquent à la légitimité même des organisations syndicales à participer au pilotage de la protection sociale. Elles sont allées de pair, depuis une vingtaine d'années, avec des transformations du droit du travail qui ont commencé par morceler la négociation collective avant de réduire ouvertement les moyens d'action des syndicats, créant même parfois les conditions de leur contournement, le tout au nom du « dialogue social ». Là aussi, constat unanime : des élus beaucoup moins nombreux, surchargés et fatalement plus éloignés des salariés, un affaiblissement considérable des instances chargées des conditions de travail... Même les syndicats qui ne s'étaient pas prononcés contre les ordonnances de 2017 dénoncent aujourd'hui leurs effets catastrophiques pour la défense collective des salariés.

Dans le projet de « révolution » macronienne, les syndicats ne sont tolérés que s'ils acceptent d'accompagner par le « dialogue social » les politiques de compétitivité des employeurs. Ils n'ont pas vocation à exister au-delà des entreprises et encore moins à être porteurs de contre-propositions d'intérêt général. Leur refus de la réforme des retraites est accueilli comme une protestation respectable mais infondée par le gouvernement qui mise sur la résignation. Il joue de la carotte et du bâton, félicitant ici les syndicats pour leur dignité dans les manifestations, menaçant là d'encadrer un peu plus le droit de grève, tout en assénant qu'il n'y a pas d'alternative.

### **Vecteur inégalé de participation**

Face à cette politique de mépris social, l'ampleur des grèves et des manifestations qui ont déferlé depuis le 19 janvier, de Paris à Marseille et de Bar-sur-Aube (Aube) à Pont-l'Abbé (Finistère), a montré que les syndicats pouvaient appeler les salariés à se mobiliser et être entendus. Parce qu'ils s'appuient à la fois sur les noyaux de représentants dans les lieux de travail et sur l'infrastructure territoriale des unions locales, les réseaux militants du syndicalisme lui donnent une capacité de mobilisation sans commune mesure.

L'unité du mouvement syndical lui donne même une envergure supplémentaire, que les « gilets jaunes » avaient subrepticement occultée : il se fait « parti » des classes populaires, porte-parole d'un monde du travail de moins en moins représenté dans et par les partis politiques. En cela, il constitue un vecteur inégalé de participation politique et sociale. Quelle autre organisation a la capacité de mobiliser autant de travailleuses et travailleurs, d'univers professionnels aussi variés, notamment parmi les plus modestes dont on sait les difficultés croissantes à prendre part à la vie sociale et politique du pays ? Quelle force sociale peut se targuer de mobiliser dans la durée des millions de personnes ? A l'heure où les inégalités territoriales ne cessent de fracturer le pays, les syndicats sont les seuls à les surmonter et à offrir le spectacle d'un peuple uni.

Quelle que soit l'issue de la bataille en cours sur les retraites, un acquis de cette mobilisation exceptionnelle aura été de nous rappeler la contribution essentielle des syndicats à la démocratie. Le gouvernement ferait mieux d'apprécier cet apport et d'entendre les critiques syndicales, plutôt que de stigmatiser les opposants à ses réformes comme des « irresponsables » ou des « gauchistes paresseux ». Il pourrait à cet égard s'inspirer d'autres pays où les dirigeants politiques ont su voir dans le syndicalisme un atout plutôt qu'un obstacle.

## Rôle de contre-pouvoir

En Espagne, une « loi travail » progressiste, négociée entre le patronat et les syndicats mais arbitrée en faveur de ces derniers a entrepris de faire reculer la précarité et de remettre la négociation collective sur ses pieds. Au Mexique, la réforme des relations de travail redynamise un mouvement ouvrier autrement plus bureaucratisé qu'en France, tout en planifiant la revalorisation du salaire minimum. Aux Etats-Unis, un ancien syndicaliste a pris la tête du ministère du travail, une première depuis cinquante ans. Dans un contexte de remobilisation sociale, loin de mettre en garde les salariés contre les « blocages », son administration met à disposition du public un kit de syndicalisation qui décrit les bienfaits du syndicalisme et les moyens de rejoindre le mouvement.

Ces trois exemples montrent que l'Etat n'est pas condamné à se faire le relais de la logique des marchés mais peut, à différents niveaux, encourager l'action syndicale et agir pour améliorer le sort des salariés. Ce sont ces pistes que nous avons explorées dans une note sur le syndicalisme pour le cercle de réflexion Intérêt général réfléchissant aux moyens de réhabiliter les syndicats dans leur rôle de contre-pouvoir.

Certaines sont immédiatement applicables, comme le renforcement de l'information aux (futurs) travailleuses et travailleurs sur leurs droits sociaux et syndicaux. D'autres impliquent d'inverser la vapeur par rapport aux réformes passées, en restaurant par exemple des mécanismes de négociation qui favorisent le progrès plutôt que le moins-disant social. D'autres enfin sont plus originales, comme l'institution d'un mandat d'organisateur qui permette de faire reculer les déserts syndicaux. Mais toutes sont guidées par la conviction qu'une démocratie véritable a besoin d'un syndicalisme fort et indépendant, qui puisse être à la fois moteur du changement social et contre-pouvoir.

**Baptiste Giraud** est maître de conférences en science politique à l'université d'Aix-Marseille, membre du laboratoire d'économie et de sociologie du travail (LEST) et de l'Institut de recherche interdisciplinaire en sciences sociales (Irisso). Ses travaux portent sur le syndicalisme, les relations professionnelles et les mouvements sociaux.

**Maxime Quijoux** est sociologue et politiste, chargé de recherches au CNRS et membre du Laboratoire interdisciplinaire pour la sociologie économique (LISE) au Conservatoire national des arts et métiers. Ses travaux portent sur le travail, le syndicalisme et les sociétés coopératives et participatives.

**Karel Yon** est sociologue et politiste, chargé de recherche au CNRS et membre du laboratoire Institutions et dynamiques historiques de l'économie et de la société (Idhes) à l'université Paris-Nanterre. Il étudie le syndicalisme, les mouvements sociaux et les politiques du travail.

3 mars 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/societe/article/2023/03/01/au-proces-d-une-revenante-de-l-etat-islamique-la-conviction-djihadiste-au-feminin\\_6163803\\_3224.html](https://www.lemonde.fr/societe/article/2023/03/01/au-proces-d-une-revenante-de-l-etat-islamique-la-conviction-djihadiste-au-feminin_6163803_3224.html)

## Au procès d'une « revenante » de l'Etat islamique, la conviction djihadiste au féminin

Douha Mounib, une mère de 32 ans, a été condamnée mercredi à douze ans de prison pour s'être rendue en Syrie et en Irak. Son procès a été marqué par son intelligence et sa grande détermination, illustrée par sa tentative d'évasion du centre pénitentiaire de Fresnes en novembre 2021.

Par [Soren Seelow](#)

Publié le 01 mars 2023 à 21h02, mis à jour hier à 09h01



SEVERIN MILLET

Après les deux procès dits « historiques » des attentats du [13 novembre 2015 à Paris et Saint-Denis](#) et du [14 juillet 2016 à Nice](#), la justice antiterroriste rouvre, depuis le début de l'année, le chapitre des « revenantes », ces femmes djihadistes de retour de la zone de guerre irako-syrienne. Le phénomène est loin d'être marginal : selon les comptes de la direction générale de la sécurité intérieure (DGSI), les femmes représentent un tiers des 1 426 djihadistes partis de France pour rejoindre le « califat » autoproclamé.

Lors des premières vagues de retours, et jusqu'en 2016, les « revenantes » avaient bénéficié d'un biais de genre judiciaire les présentant comme des victimes sous emprise. Les temps ont changé : plusieurs [projets d'attentats fomentés par des femmes](#) sont passés par là. Au fil des dossiers, la justice antiterroriste a dû constater que nombre de femmes parties en Syrie étaient tout autant, et parfois davantage, radicalisées que leur compagnon de voyage.

Avec son regard dense, son discours maîtrisé, ses raisonnements rigoureux, voire « rigoristes », convient-elle, Douha Mounib reconnaît volontiers faire partie de cette catégorie. Cette mère de famille de 32 ans originaire du sud de la France a été condamnée, mercredi 1<sup>er</sup> mars, par la cour d'assises spécialement composée de Paris, à douze ans de prison, assortis d'une sûreté des deux tiers, pour s'être rendue deux fois en zone irako-syrienne entre 2013 et 2017. Le Parquet national antiterroriste (PNAT) avait requis quatorze ans, un « quantum significatif », a reconnu l'avocate générale, motivé par la « volonté de dissimulation » de l'accusée et sa « détermination extrême ».

### Radicalisation éclair

Si cette jeune femme à la silhouette élancée et au beau visage fin a illuminé ces trois jours de procès par la clarté de son propos, son verbe franc, son intelligence certaine et sa capacité d'introspection, elle a, en effet, surtout marqué les esprits par sa détermination sans faille. Aucun homme ne l'a embrigadée, a-t-elle insisté : Douha Mounib a décidé seule de partir en Syrie par deux fois, et c'est elle qui a convaincu ses deux maris successifs de l'y suivre.

Excellente élève, née d'un père marocain et d'une mère française de culture catholique, la jeune femme a suivi des études de médecine à Montpellier après avoir décroché son bac scientifique avec mention bien. Trop justes pour devenir médecin, ses notes lui avaient tout de même permis d'être classée pour une formation de sage-femme, qu'elle a suivie pendant trois ans, jusqu'à ce jour de fin 2012 où sa vie a basculé.

Après une discussion sur la religion avec des camarades de classe, cette jeune fille élevée dans la culture musulmane mais peu pratiquante s'enferme dans sa chambre, passe des nuits sur Internet « à la recherche de réponses », découvre par la grâce des algorithmes la sanglante répression exercée sur le peuple syrien par Bachar Al-Assad, s'abreuve de vidéos, décide de porter le voile et d'abandonner ses études pour partir en Syrie. Une radicalisation éclair qu'elle décrit ainsi : « *Je me suis autopropagandisée.* »

Sans prévenir ses parents, elle disparaît du jour au lendemain. A tout juste 23 ans, elle se rend une première fois en Syrie, fin 2013, avec un Turc épousé dans le seul but de passer la frontière : « *Il était gentil, mais je n'avais pas de sentiment.* » Une grossesse compliquée la contraint à rentrer précipitamment au bout de quelques mois. Elle accouche en France d'un enfant qui décède deux jours après sa naissance. Malgré ce « *traumatisme* », la jeune femme revient à son « *obsession* », partir en Syrie : « *Il n'y avait rien d'autre qui comptait pour moi.* »

Elle divorce du Turc, épouse un Tunisien, rejoint l'Irak à l'été 2015 avec ce nouvel époux et le fils de ce dernier, âgé de 14 mois seulement, met au monde une petite fille dans le chaos de la guerre, et décide, après quinze mois sur place, de fuir les bombardements en gagnant la Turquie. Arrêtée par la police turque, elle est expulsée, fin 2017, contre son gré, vers la France, en compagnie de sa petite fille née en Syrie et du fils de son mari, alors âgé de 4 ans.

## « J'ai craqué »

Si sa « *détermination hors du commun* », selon les mots de l'accusation, ressort de ses deux séjours syriens, elle s'est également illustrée de façon spectaculaire par un événement peu banal survenu à la fin de l'instruction : durant sa détention provisoire, qui a duré près de six ans dans l'attente de son procès, Douha Mounib a tenté de s'évader du centre pénitentiaire de Fresnes (Val-de-Marne), une opération préparée pendant plusieurs semaines.

**Le 14 novembre 2021 à l'aube, la jeune femme s'est extirpée de sa cellule par la fenêtre après avoir creusé le mur avec une cuillère et un couteau de cantine.** [ ??? ] Elle est ensuite descendue à l'aide d'une corde tressée de draps et d'effets personnels jusqu'au pied du bâtiment, avant d'escalader un mur séparant la cour de promenade du chemin de ronde, où elle a finalement été appréhendée après avoir déclenché des détecteurs de mouvements.

Douha Mounib n'était pas jugée pour cette tentative d'évasion, qui fera l'objet d'une audience ultérieure. Mais le président, Laurent Raviot, s'est « *beaucoup intéressé* » à cet épisode susceptible de renseigner la cour « *sur son état d'esprit et sa dangerosité éventuelle* ». L'accusée a assuré que son geste avait plus à voir avec une tentative désespérée de retrouver sa fille née en Syrie, aujourd'hui élevée par sa grand-mère maternelle, qu'avec sa radicalisation : « *Toutes mes demandes de remises en liberté avaient été refusées, j'ai craqué. Je n'avais pas de plan, c'était irrationnel. Je me disais que je pourrais récupérer ma fille...* »

## Thérapie familiale

**Qu'est-ce qui a fait basculer la vie de cette jeune étudiante unanimement décrite comme « brillante », « sensible » et « têtue » dans l'impasse de la radicalisation et le tourment de la guerre ?** Une enquêtrice de la DGSI a expliqué à la barre que l'endoctrinement des femmes correspondait souvent à une quête de sens : « *Elles ont souvent un parcours familial chaotique, des blessures psychiques.* »

De fait, le procès de Douha Mounib s'est transformé, au fil des témoignages de ses proches, en thérapie familiale, révélant des failles enfouies, des ruptures et des non-dits, l'absence totale de repères dans laquelle a grandi la jeune fille. Au deuxième jour d'audience, alors que venait de témoigner la belle-mère qui l'a



élevée, l'accusée s'est départie de sa carapace émotionnelle et a fendu l'armure, pleurant pour la première fois dans le box : *« Je suis devant une cour d'assises pour les erreurs que j'ai faites et je risque trente ans de prison... J'aimerais que, pour une fois, les personnes qui sont autour de moi assument aussi leurs responsabilités. »*

**Douha Mounib était âgée d'un an lorsque son père s'est mis en concubinage polygame avec une seconde femme, Séverine, une Française de culture catholique comme sa première épouse, Anne-Marie.** La petite fille a cohabité jusqu'à ses 11 ans dans le domicile familial avec ces deux femmes, jusqu'à ce que sa mère n'en puisse plus et déserte le foyer. Douha Mounib est alors élevée par sa belle-mère, qui jouera – le père étant le plus souvent absent – le rôle de parent de substitution, et qu'elle accuse aujourd'hui de *« maltraitances »*.

*« Ballottée »* au gré des choix des adultes, c'est pour échapper à cet environnement *« toxique »* et à *« l'emprise »* de sa belle-mère qu'elle se radicalise et part en Syrie, explique-t-elle. **A l'encontre de toutes les idées reçues, elle présente son djihad comme un outil d'émancipation, qui l'aurait conduite à troquer sa « soumission à sa famille » contre sa soumission à Dieu : « Ma vie a toujours été contrôlée, personne n'a jamais cherché à savoir ce que je voulais. Quand j'ai décidé de partir en Syrie, j'ai ressenti une pleine liberté... »**

– *Comment expliquez-vous que vous soyez aussi radicale, tranchée dans vos choix et vos idées ?*, lui a demandé son avocat, M<sup>e</sup> Joseph Hazan.

– *On m'a longtemps dit ce que je devais faire, c'est ma liberté d'être tranchée. J'ai fui pour reprendre ma liberté. J'ai compris ce mécanisme en détention... »*

## La sage-femme du « califat »

Au-delà des ressorts psychologiques ayant précipité ses départs en Syrie, la cour s'est longuement intéressée à ses activités sur zone. Le simple fait d'avoir rejoint les rangs de l'organisation Etat islamique (EI) suffit à être condamné pour *« association de malfaiteurs terroriste criminelle »*, une infraction passible de trente ans de réclusion. Mais comme l'a souligné le PNAT dans son réquisitoire, *« l'enjeu de ce dossier n'est pas tant la détermination de la culpabilité de l'accusée que le quantum de sa peine »*, qui dépend autant de sa personnalité que de ses activités au sein du « califat ».

Avec une difficulté propre aux « revenantes » : **à la différence des hommes, qui ont dans leur écrasante majorité combattu, les femmes étaient généralement assignées aux tâches domestiques et à la procréation afin d'assurer la pérennité du « califat »** (une minorité a joué un rôle plus actif dans le recrutement, la propagande ou au sein de la police des mœurs). En l'absence de « preuves de guerre », les agissements de Douha Mounib en Syrie sont mal étayés. Le peu qu'on en sait ressort de ses seules déclarations, plutôt succinctes : *elle dit avoir mis à profit sa formation de sage-femme pour aider des femmes à accoucher.*

Mais a-t-elle travaillé à son propre compte de façon clandestine, comme elle l'affirme, ou a-t-elle mis ses compétences au service de l'administration de l'EI ? Pour l'accusation, cette question est centrale, son activité **pouvant être interprétée comme un « soutien logistique » à la politique nataliste du « califat », visant à mettre au monde les futurs combattants.** Douha Mounib avait d'ailleurs écrit un jour sur son compte Twitter : *« C'est l'homme qui combat, mais c'est la femme qui éduque les futurs moudjahids. »*

A la barre, l'accusée a seulement reconnu avoir aidé une petite dizaine de femmes à accoucher à domicile et nié avoir pratiqué cette activité à l'hôpital de Mossoul, en Irak, pour le compte de l'EI, comme le soupçonne fortement le PNAT : *« Moi, je ne voulais pas servir l'Etat islamique, je voulais juste exercer mon métier. Je n'avais pas pour but de servir leurs desseins. »*

# La question du repentir

**Dernier facteur pris en compte dans la détermination de la peine de Douha Mounib : son éventuel repentir.** Une enquêtrice de la DGSJ a présenté les trois profils types de « revenantes » rencontrés par son service : les « *repenties* », les « *partagées* » et les « *convaincues* » : « *Mais les “repenties” ne s’analysent que sur la durée... Il est trop tôt pour voir si des femmes rentrées après 2016 sont repenties, il faut rester prudent, six ans c’est court...* »

*– Six ans de détention provisoire, c’est trop court ?, s’est étonné M<sup>e</sup> Joseph Hazan.*

*– Pour la DGSJ, ce n’est pas suffisant... »*

*« Qu’il est difficile de convaincre et d’être cru ! », s’est exclamé l’avocat en ouvrant sa plaidoirie, avant de s’émouvoir de la « fébrilité » de la justice face à l’éventuelle « dangerosité » de sa cliente. « Comment lever cette méfiance de principe érigée en posture de la justice antiterroriste ? Elle est plus intelligente que les autres, elle élabore un discours beaucoup plus fin que les autres. C’est terrible que la justice s’en inquiète ! J’espère que son intelligence, plus forte que la moyenne, n’aggraverait pas son cas. »*

Si elle a continué durant son procès d’assumer une forme de radicalité religieuse, Douha Mounib affirme avoir évolué durant sa détention, portée notamment par le désir de redevenir une mère pour sa fille : *« En six ans, j’ai beaucoup réfléchi aux mécanismes qui m’ont amenée à agir de cette façon, j’ai remis en cause beaucoup de choses au sein de ma famille, c’est un long travail que je continue à faire... »*

En détention, elle est tombée amoureuse d’un détenu avec lequel elle a entamé des démarches de mariage et avec qui elle compte refaire sa vie à l’issue de sa peine : un certain « *Lorenzo* », un juif d’origine israélienne converti qui présente la particularité d’être devenu Témoin de Jéhovah... Si l’union se fait, ce sera déjà son troisième mari. Le premier a priori peu susceptible de la suivre en Syrie.

3 mars 2023 (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/pourquoi-les-francais-ne-veulent-plus-devenir-fonctionnaires-20230302>

# Pourquoi les Français ne veulent plus devenir fonctionnaires

Par [Marie Visot](#)

Publié hier à 20:04 , mis à jour il y a 2 heures

Manque de greffiers et d'outils informatiques adaptés, charge de travail, dossiers qui s'accumulent et délais qui s'allongent ne favorisent pas les vocations. *Thibaud Moritz/ABACA*

**RÉCIT - En vingt ans, le nombre de candidats aux concours s'est effondré. Les jeunes estiment qu'en plus d'être mal payés les postes offrent peu de perspectives.**

C'était en 2012, il y a à peine plus de dix ans. Un sondage Ipsos montrait que 73 % des jeunes âgés de 15 à 30 ans voulaient devenir fonctionnaires. La «garantie de l'emploi» apparaissait comme la première de leurs motivations, suivie de «l'intérêt des métiers», des «conditions» et de la «durée de travail», puis de la «rémunération». Le contraste avec la situation actuelle est saisissant! L'administration aujourd'hui ne fait tout simplement plus rêver.

Pourtant, le mouvement des «gilets jaunes» s'était finalement traduit par une demande des Français pour plus de services publics, et une plus grande proximité avec les agents de l'administration. Un sursaut de respect pour la police avait même vu le jour après les attentats de 2015, de même que pour les agents hospitaliers, applaudis pendant la crise du Covid. Las, ces moments forts d'admiration pour ces métiers difficiles n'ont pas franchement redonné aux Français l'envie de rejoindre les rangs de l'administration.

Le constat est cruel. En un quart de siècle, le nombre de candidats aux concours a quasiment été divisé par quatre. Les chiffres officiels montrent que, dans la fonction publique d'État, seuls 177.000 candidats se sont présentés en 2021 pour 41.000 postes offerts, contre 642.000 (pour 38.800 postes offerts) en 1997. «*Ce recul aux concours est un marqueur fort et nous portons un regard lucide sur la situation*», confie au Figaro le ministre de la Fonction publique, Stanislas Guerini, reconnaissant qu'il faut «*relever le défi*». En 2020, une large majorité (55 %) des jeunes diplômés de 2017 n'envisageait pas d'intégrer la fonction publique au cours de leur carrière, selon une étude de la DGAFP, la Direction générale de l'administration, publiée mi-février.

## «Fonctionnaires bashing»

Que s'est-il passé pour que la Fonction publique ne soit plus attractive, au point même que certains la quittent aujourd'hui? «*Avant, quand on était fonctionnaire, on participait d'une grande machine respectée et puissante, qui pouvait prendre des décisions au service d'un intérêt général*, répond d'abord Luc Rouban, directeur de recherches au CNRS. *Mais l'État s'est affaibli.*» Ce à quoi s'ajoutent «*plusieurs décennies de dégradation des conditions de d'emploi, de rémunération mais aussi d'image*», souligne la sociologue et politiste Émilie Biland-Curinier. «*Le "fonctionnaires bashing" existe depuis longtemps, porté notamment par une partie de la classe politique*», rappelle cette professeur à Science Po. Et de citer Alain Madelin et François Léotard dans les années 1980 et 1990 - qui s'agaçaient déjà des faveurs des régimes spéciaux -, le ministre - socialiste - Claude Allègre, qui entendait «*dégraissier le mammoth*» Éducation nationale, puis Nicolas Sarkozy, qui voulait supprimer un fonctionnaire sur deux partant à la retraite, ou encore François Fillon, Marine Le Pen et Emmanuel Macron, qui avaient fait de la réduction du nombre de fonctionnaires un engagement de campagne en 2017.

*«Certains jeunes ont grandi avec cette image dégradée (de fainéants, de profiteurs...), relève Émilie Biland-Curinier. Tout cela renvoie plus largement à l'idée que les fonctionnaires ne sont qu'un coût, dans lequel il y a des économies à trouver. Et ça fait oublier que l'essentiel des prélèvements obligatoires en France ne va pas aux rémunérations des agents publics mais finance, par les prestations, notre modèle social.»*

Difficile, sans reconnaissance du métier, de séduire... L'exécutif en a bien conscience. Une campagne de communication sur la revalorisation des métiers de la fonction publique est prévue pour le mois de mai prochain. *«L'idée est de parler aux jeunes, qui sont certainement ceux qui ont le plus d'a priori, mais aussi de valoriser les agents qui sont en poste»*, confie-t-on au sein du gouvernement.

### **Les gens ont une image du professorat qui ne correspond pas du tout à la réalité du terrain, et le salaire est beaucoup trop faible par rapport au niveau d'études demandé**

*Un enseignant*

Si les pénuries de main-d'œuvre sévissent en ce moment dans le privé autant que dans les administrations, certains métiers publics sont quand même particulièrement touchés. C'est le cas, par exemple, de celui d'enseignant. Autrefois, il était reconnu comme le détenteur des savoirs. C'était «le plus beau métier du monde», comme le disait le film de Gérard Lauzier en 1996. En 1997, 172.000 candidats se présentaient au concours ; en 2019, ils n'étaient plus que 80.000. Selon une enquête OCDE datant de 2018, 85 % des enseignants français s'estiment satisfaits de leur travail, mais seulement 7 % trouvent que leur profession est valorisée dans la société. Une très faible proportion par rapport à la moyenne (27 %) des pays développés.

La CFDT, qui a lancé une grande enquête fin 2022 sur la situation des jeunes (16-30 ans) dans les trois versants de la fonction publique (État, territoriale, hospitalière), confirme globalement ce ressenti. Plus de 71 % des répondants estiment ne pas être suffisamment ou pas du tout reconnus dans leur travail. *«Les gens ont une image du professorat qui ne correspond pas du tout à la réalité du terrain, et le salaire est beaucoup trop faible par rapport au niveau d'études demandé et au sacrifice que demandent ces études et cette carrière»*, témoigne un enseignant dans cette enquête.

## **L'emploi à vie ne fait plus recette**

La rémunération est l'autre nerf de la guerre. Il y a trente ans, on acceptait un emploi moins bien payé que dans le privé parce qu'il était garanti à vie. Avec la montée du chômage, depuis cinquante ans, la fonction publique était un refuge contre la précarité. *«Surtout dans la territoriale, qui a longtemps fait du recrutement social: des veuves, notamment après les guerres, des gens qui avaient des accidents de vie, etc.»*, rappelle Émilie Biland-Curinier. Seulement, voilà, d'une part, le statut de contractuel s'est considérablement développé (ils sont 20 % dans la fonction publique d'État), et surtout, de l'autre, les jeunes appréhendent le travail autrement. Non seulement le succès de la «start-up nation» leur a donné envie de prendre des risques et d'entreprendre, mais ils ne sont plus du tout dans l'état d'esprit, aujourd'hui, de rester dans le même poste toute leur vie.

Au contraire, ils sont plutôt enclins à vouloir multiplier les expériences. Dès lors, la stabilité de l'emploi offerte par le statut de fonctionnaire trouve nettement moins d'attrait à leurs yeux. Et une moindre rémunération ne se justifie plus. Aujourd'hui, 71,6 % des jeunes interrogés par la CFDT estiment que leur rémunération est trop basse et 31,7 % pensent qu'elle est tout juste correcte. Selon les derniers chiffres du gouvernement datant de 2020, le salaire net mensuel moyen d'un fonctionnaire atteint 2378 euros, un peu moins que la rémunération moyenne dans le privé (2518 euros). La fonction publique d'État, qui compte davantage de cadres, affiche un salaire moyen plus élevé (2639 euros) que la fonction publique hospitalière (2464 euros). Les fonctionnaires territoriaux sont moins bien lotis, avec un salaire qui dépasse à peine 2000 euros mensuels. Tout cela varie bien sûr fortement en fonction des catégories.

Selon la DGAFP, les jeunes qui souhaitent quitter l'administration évoquent notamment le manque d'évolution, y compris salariale (pour 33 %), et les conditions de travail (22 %)

En juillet 2022, le gouvernement a mis fin à dix ans de gel de point d'indice pour les fonctionnaires, en les faisant bénéficier d'une augmentation générale de 3,5 %. «*La plus haute depuis treize ans*», précise le ministère de la Fonction publique. Depuis, a été lancée une concertation sur le chantier des rémunérations et des carrières. Le ministère de l'Éducation a annoncé le 15 février vouloir augmenter les salaires de l'ensemble des enseignants, de l'école au lycée - via la hausse de l'indemnité de suivi d'orientation des élèves et de la prime d'attractivité. Les enseignants en début de carrière devraient ainsi bénéficier d'un salaire dépassant les 2000 euros par mois.

Parce qu'il fallait également mettre fin à l'hémorragie dans la fonction publique hospitalière, épuisée notamment par l'épisode du Covid - mais souffrant également d'années de désinvestissements -, le Ségur de la santé a aussi pris à bras-le-corps la question de la rémunération des soignants. Tout en générant quelques frustrations, tout le monde n'ayant pas été concerné par les hausses de salaires. La semaine dernière, c'étaient les agents pénitentiaires auxquels on annonçait une évolution «*historique*» du statut, selon les termes du ministre de la Justice, Éric Dupond-Moretti, se traduisant par «*une revalorisation indiciaire et indemnitaire importante*». Des milliers de postes dans ce secteur sont à pourvoir...

## Dégradation des conditions de travail

Selon la DGAFP, les jeunes qui souhaitent quitter l'administration évoquent notamment le manque d'évolution, y compris salariale (pour 33 %), et les conditions de travail (22 %). «*La dégradation des conditions de travail*» vient effectivement compléter le tableau, souligne Émilie Biland-Curinier. Les agents estiment que les moyens humains et matériels mis à leur disposition pour exercer leurs missions sont insuffisants. Personnels de justice qui se partagent des greffiers et voient les dossiers s'amonceler sur les bureaux, agents hospitaliers qui courent après des machines... Chaque métier a bien sûr ses spécificités et ses problèmes propres. «*Nous avons des tensiomètres qui datent des années 1990. Impossible de faire nos soins correctement. Et rien n'est fait pour garder les infirmières*», témoigne un soignant. «*La charge de travail est surdimensionnée et il semble qu'il n'y ait aucune volonté de combler le manque. Les heures supplémentaires non rémunérées et le nombre de dossiers traités en même temps semblent être une banalité et jamais pris en compte*», dit un autre agent public.

Sans compter les «*fracturations internes dans les services publics, avec des directions générales qui gèrent les effectifs de loin sans toujours connaître bien les métiers*», dit Luc Rouban. Lequel cite aussi l'arrivée il y a une vingtaine d'années des nouvelles technologies, qui ont certes pu améliorer la productivité des agents, mais ont créé de la distance et une gestion confuse des carrières.

Bureaucratie et autres reportings ont donné le sentiment aux agents qu'ils s'éloignaient de l'essence de leur métier. «*Il faut avoir à l'esprit que les agents publics sont ceux qui mentionnent le plus le besoin que leur travail ait du sens*», note Émilie Biland-Curinier.

Afin de renforcer l'attractivité de la fonction publique, des réformes plus ou moins structurantes sont engagées. Elles sont censées agir sur tous les leviers de la gestion des ressources humaines: recrutement, diversité, formation, santé, gestion des carrières, retraites... «*Si on veut rendre les services publics efficaces, il faut davantage s'intéresser à la vie des agents. Évidemment, cela passe par la fiche de paie. Mais il faut aussi appréhender tout ce qu'il y a autour*», explique Stanislas Guerini.

Le ministre travaille actuellement à une refonte dynamique des carrières, à installer les agents dans des bureaux plus agréables, et négocie avec les syndicats sur le télétravail. Il va aussi bientôt formuler des propositions pour que de jeunes policiers, professeurs ou soignants puissent plus facilement bénéficier de logements intermédiaires proches de leur lieu d'exercice. «*Les crises que nous vivons*

*viennent mettre fin à une époque de repli de la puissance publique. Il y a des tas de choses à inventer, notamment dans le contexte de la transition énergétique. Nous allons redéfinir l'action publique sur laquelle nous voulons vraiment investir. C'est aussi cela qui redonnera aux agents le sentiment que leur travail a un sens», conclut-il.*

2 mars 2023 (New York Times)

<https://www.nytimes.com/2023/03/02/opinion/ukraine-aid-united-states-nato.html>

GUEST ESSAY

## America Is In Over Its Head

March 2, 2023



Ukrainian soldiers are being trained on Leopard 2 battle tanks in Germany. Credit...Filip Singer/EPA, via Shutterstock

**By Thomas Meaney**

Mr. Meaney, a fellow at the Max Planck Society in Germany, writes regularly on American foreign policy and international relations.

The greatest blunder President Vladimir Putin may have made so far in Ukraine is giving the West the impression that Russia could lose the war. The early Russian strike on Kyiv stumbled and failed. The Russian behemoth seemed not nearly as formidable as it had been made out to be. The war suddenly appeared as a face-off between a mass of disenchanting Russian incompetents and supercharged, savvy Ukrainian patriots.

Such expectations naturally ratcheted up Ukrainian war aims. **President Volodymyr Zelensky was once a member of the peace-deal camp in Ukraine.** “**Security guarantees and neutrality, non-nuclear status of our state. We are ready to go for it,**” he [declared](#) one month into the conflict. **Now he calls for complete victory:** the reconquering of every inch of Russian-occupied territory, including Crimea. **Polls indicate that Ukrainians will settle for nothing less.** As battles rage across Donetsk and Luhansk, Ukraine’s leaders and some of their Western backers are already dreaming of [Nuremberg-style trials](#) of Mr. Putin and his inner circle in Moscow.

**The trouble is that Ukraine has only one surefire way of accomplishing this feat in the near term: direct NATO involvement in the war.** Only the full, Desert Storm style of deployment of NATO and U.S. troops and weaponry could bring about a comprehensive Ukrainian victory in a short period of time. (Never mind that such a deployment would most likely shorten the odds of one of the grimmer prospects of the war: **The more Russia loses, the more it is likely to resort to nuclear weapons.**)

**Absent NATO involvement, the Ukrainian Army can hold the line and regain ground, as it has done in [Kharkiv](#) and [Kherson](#), but complete victory is very nearly impossible.** If Russia can hardly advance a [few hundred yards](#) a day in Bakhmut at a cost of 50 to 70 men, since the Ukrainians are so well entrenched, would Ukrainians be able to advance any better against equally well-entrenched Russians in the whole area between Russia and the eastern side of the Dnipro delta, including the Azov Sea coastline and the isthmus leading to Crimea? **What has been a meat grinder in one direction is likely to be a meat grinder in the other.**

Moreover, Russia has nearly switched its state onto a war economy setting, while the United States [has yet to meet the](#) war production needs of its foreign partners. **The war [has already used](#)**

up 13 years' worth of Stinger anti-aircraft missile production and five years' worth of Javelin missiles, while the United States has a \$19 billion backlog of arms delivery to Taiwan. Western news reports have focused on the Russian men avoiding Mr. Putin's draft orders, but the Kremlin still has plenty of troops to draw on, even after its call-up of 300,000 soldiers last September.

**The debate about sending heavy war materials to Ukraine — which has consumed the German press in particular — is in this sense beside the point.** It is not clear when all of the Leopard 1 and 2 and M1 Abrams tanks promised by NATO will be operational. Ukraine has requested 300 to 500 tanks, and NATO has promised only about 200.

That Mr. Zelensky has staked so much of his diplomacy on these armament shipments makes sense: He needs to communicate to the Kremlin that Ukraine is prepared for a long, sloggy conflict. But in terms of battle-ready material for the next six months, very little of the promised bounty will be deployable. If Mr. Zelensky wants to complete his self-image as Winston Churchill sooner rather than later, he will want to hasten the day when he can toast NATO's — which is to say, America's — entry into the conflict.

**The problem for Kyiv is that — public assurances aside — Washington has no interest in directly entering the war.** Gen. Mark Milley, chairman of the Joint Chiefs of Staff, has already voiced his view that total victory for either Russia or Ukraine is unachievable in the near term. President Biden and his national security adviser, Jake Sullivan, have been adamant about keeping the United States from directly entering the conflict. The American public has shown no appetite for direct involvement, either. The United States may even have an interest in keeping the fighting going as the war reduces Russia's ability to operate elsewhere in the world, increases the value of American energy exports and serves as a convenient dress rehearsal for the rallying of allies and coordination of economic warfare against Beijing.

Less noticed is that the Kremlin's war aims may have — out of necessity — been scaled back. Apparently reconciled to its inability to effect regime change in Kyiv and capture much more of Ukraine's territory, **Moscow now seems mostly focused on maintaining its positions in Luhansk and Donetsk and securing a land bridge to Crimea.** These are territories that even in the best of circumstances would be difficult for Ukraine to reincorporate.

**As it stands today, Ukraine's economic future appears viable even without the territories currently occupied by Russia.** Ukraine has not been turned into a landlocked country and it remains in control of seven of the eight oblasts with the highest G.D.P. per capita. Ukraine would risk jeopardizing this position in a counteroffensive. Paradoxically, continued fighting also serves some Russian interests: It allows Moscow more chances to pummel Ukraine into a de facto buffer state, making it an ever less attractive candidate for NATO and European Union membership.

**The historian Stephen Kotkin recently argued that Ukrainians may be better off defining victory as accession to the European Union rather than a complete recapture of all Ukrainian territory.** And yet, except for countries that were neutral during the Cold War, each historical case of E.U. accession has been preceded by membership in NATO, which since the 1990s has acted as a ratings agency in Europe, **guaranteeing countries as safe for investment.** This fact is hardly lost on the Ukrainian population: Polls (which have mostly excluded Luhansk and Donetsk since 2014) show that interest in the country's joining NATO appears to have jumped since the start of the conflict.

Only Washington ultimately has the power to decide how much of Ukraine it wants to bring under its umbrella. The actual official reluctance to include Ukraine in NATO has rarely been clearer, while the public embrace of Kyiv has never been more florid. In the meantime, European leaders may soon find themselves in the unenviable position of convincing Ukrainians that access to the common market and a European Marshall Fund is a reasonable exchange for "complete victory."



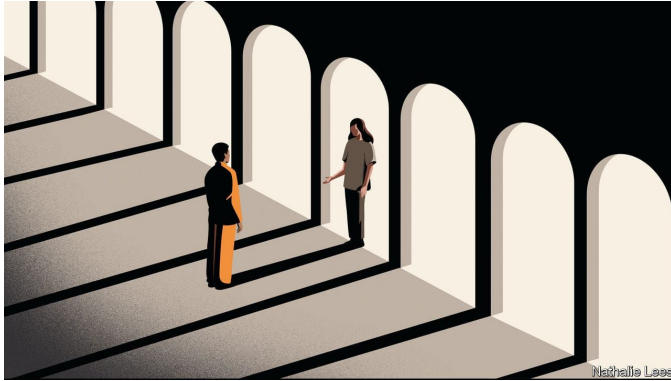
2 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/culture/2023/03/02/i-have-some-questions-for-you-raises-lots-of-them>

Campus fiction

## “I Have Some Questions for You” raises lots of them

Rebecca Makkai’s new novel is a crime story about sex, race and the abuse of power



Mar 2nd 2023

**I Have Some Questions for You.** By Rebecca Makkai. *Viking*; 448 pages; \$28. *Fleet*; £16.99

In the bleak midwinter of 2018, Bodie Kane, a 40-year-old film professor and podcaster, returns to the Granby School, her alma mater in New Hampshire, to teach for a fortnight. On the first day of her podcasting course, she asks her students to work on a project related to the past or present of Granby. One of them, Britt, chooses the killing in 1995 of Thalia Keith, a pretty, rich, popular white pupil—and Bodie’s former room-mate.

Omar Evans, the boarding school’s black athletics coach, was convicted of the murder. Britt thinks he is innocent and has been [unjustly imprisoned](#) for nearly 23 years. Bodie, also sceptical of the verdict, is glad a fresh pair of eyes is looking at the case: “I wanted second sight. I wanted the ability to remember things I was never there for.”

As a campus novel and murder mystery set in New England, Rebecca Makkai’s latest book, “I Have Some Questions for You”, has echoes of “The Secret History”. Unlike Donna Tartt’s blockbuster, the story is a whodunnit not a whydunnit, the intrigue and drama crescendoing as Bodie becomes increasingly obsessive about the crime. She makes inquiries of her own into Thalia’s death by tracing last movements, evaluating suspects and sifting alibis.

Other, equally involving plots unfold. As Bodie tries to right a wrongful conviction, she wrestles with demons of her own, from losing both her father and brother in childhood to her unhappy years at Granby. When her husband Jerome, an artist, is accused of predatory behaviour, she comes to his defence and finds herself embroiled in scandal.

Ms Makkai makes clear how her protagonist’s life has been shaped by men’s nasty behaviour. Bodie reveals how, at school, she was the victim of a prolonged campaign of sexual harassment. She discusses a podcast she made on [Hollywood actresses](#) and “the ways the industry chewed them up and spat them out”. She offers potted summaries of cases in which women suffered at the hands of men: “It was the one where the woman who stabbed her rapist with scissors was the one who ended up in jail. It was the one where the star had a secret button to lock the doors.”

The book is particularly compelling when Bodie interrupts her narrative at routine intervals to address the “you” of the novel’s title. “You, a big part of what went wrong” is Denny Bloch, who was

once her favourite teacher. One of Bodie's friends considered him a "creeper". As the evidence mounts up, Bodie wonders whether he might be "a more violent kind of monster".

This novel lacks the emotional punch of Ms Makkai's previous book, "The Great Believers" (published in 2018), which charted the history of the [aids epidemic](#) of the 1980s. **Instead, it is at once a propulsive crime story and a thought-provoking meditation on sex, race and the abuse of power.**

2 mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/middle-east-and-africa/2023/03/02/tunisia-autocratic-ruler-adopts-the-great-replacement-theory>

A migratory conspiracy

## Tunisia's autocratic ruler adopts the "Great Replacement" theory

Kais Saied is stoking anger toward black migrants to distract from his failures



Mar 2nd 2023 | DUBAI

It was rhetoric that has become all too common among European populists. "Hordes" of African migrants were descending on the homeland, bringing with them "violence, crimes and unacceptable practices". Their arrival was a conspiracy to change the demography of a proud nation. Fear not, though. The president, who ran for office as an outsider determined to upend the political order, vowed urgent measures to secure his country's borders.

**One thing made it different: this language came not from Marine Le Pen or Giorgia Meloni, but from Kais Saied, the president of Tunisia.**

There was a grim irony to his comments at a meeting of the national-security council on February 21st. His citizens have long been on the receiving end of such rhetoric after crossing the Mediterranean to Europe—and his autocratic presidency has spurred more of them to attempt that journey. Yet as Tunisia's economy sputters and popular anger mounts, he has deployed the same language against the migrants in his own midst.

Mr Saied's election in 2019 was the product of years of political dysfunction. After Tunisians overthrew their longtime dictator, Zine el-Abidine Ben Ali, in 2011, the country was paralysed by squabbles between Islamist and secularist parties. Neither was particularly good at fixing the endemic problems—a weak economy, rampant corruption, deep inequality—that upset many citizens. That left 73% of voters willing to endorse Mr Saied, a little-known law professor with a robotic demeanour and only the vaguest campaign platform.

He has spent much of his presidency dismantling a young democracy. In 2021 he suspended large parts of the constitution and sent tanks to bar the doors of parliament. A new constitution, rushed through last year in a desultory referendum, ensured that he could govern as a strong president unhindered by checks and balances from the legislature.

Over the past few weeks police have rounded up an ever-growing list of critics. Leaders of both Islamist and secularist parties were dragged from their homes. So were the director of a popular radio station, a prominent lawyer, and the head of a football club. **Criticism of the president is now, in effect, a criminal offence.**

**There is much to criticise, since Mr Saied has done little to fix a sinking economy.** Annual inflation topped 10% in January. **Unemployment is 15%. One-third of university graduates and a higher share of young people cannot find work.** The currency has lost 55% of its value since 2011. **Buried under a mountain of gross public debt worth 89% of gdp, Tunisia struggles to pay for imports;** there have been **shortages of sugar, pasta and other staples.** Bail-out talks with the imf are deadlocked.

**Tunisians are desperate to escape their stagnant, authoritarian country.** A survey conducted last year by a pro-business think-tank found that **71% of public-university graduates want to emigrate.** Educated or rich Tunisians board planes to the West, the Gulf or, in another stroke of irony, sub-Saharan Africa. Poor Tunisians try their luck on the Mediterranean. More than 2,600 reached Italy by boat in 2019, the year that Mr Saied took office. **In 2022 more than 18,000 people braved the dangerous crossing from Tunisia.**

## Playing the blame game

**Those who remain are losing faith in Mr Saied, whose popularity has plunged.** He blames a litany of scapegoats for Tunisia's ills: corrupt politicians, price speculators, foreign embassies. Now he has added black migrants to the list in comments so bilious they even won praise from **Eric Zemmour**, the anti-immigrant radical who ran in last year's French presidential election. **"The Maghreb countries themselves are beginning to sound the alarm in the face of the migratory surge," he tweeted.**

Proximity to Europe has indeed made Tunisia a way-station for migrants bound for it from countries like Ivory Coast. But their numbers are small. **The Tunisian Forum for Economic and Social Rights estimates there are just 21,000 illegal migrants from sub-Saharan Africa in a country of 12m.** Many do manual labour during their stays in Tunisia. Abuse and wage theft are common. **If this is a plot to change Tunisia's demography, it is a poor one.**

Some Tunisians were outraged by Mr Saied's remarks. Hundreds joined a protest on February 25th. **Nabil Ammar, the foreign minister, had to issue a quasi-apology, saying the government would protect all migrants in Tunisia. But Mr Saied's words also found a receptive audience.** Human-rights groups say **dozens of black migrants were assaulted or robbed after his remarks.** A Nigerian student group warned its members not to take the metro or linger in popular neighbourhoods of the capital.

**Racism is a useful tool for demagogues everywhere.** But Mr Saied is running out of people to blame. **There are growing fears that Tunisia will default without an imf deal. That would further sink its economy—and would send even more of his citizens on boats to attempt their own desperate journey.**

2 mars 2023 (L'Express)

<https://www.lexpress.fr/idees-et-debats/euthanasie-covid-riches-retraites-notre-entretien-liberal-avec-andre-comte-sponville-HNS36T4OFFCZZMLC2WTFU2D34/>

L'Express (site web)

Idées et débats, lundi 27 février 2023 3480 mots

## Euthanasie, Covid, riches, retraites... Notre entretien libéral avec André Comte-Sponville

Thomas Mahler

**Le philosophe, qui publie "La Clé des champs" (PUF), livre un nouveau recueil de courts essais ciselés, qu'il nomme "ses impromptus", et dans lesquels son gai désespoir fait merveille.**

Le Covid, mourir en athée, Blaise Pascal, Athos, son ancien professeur Marcel Conche... Le philosophe André Comte-Sponville livre un nouveau recueil de courts essais ciselés, qu'il nomme "ses impromptus", et dans lesquels son gai désespoir fait merveille. L'ouvrage s'achève par le texte le plus intime qu'il ait jamais écrit, une évocation bouleversante de sa mère suicidée.

Le titre *La Clé des champs* fait référence au long engagement de ce penseur libéral en faveur d'un droit à l'euthanasie. Pour L'Express, André Comte-Sponville évoque cette "ultime liberté", mais aussi le Covid, la si française haine de la richesse, la réforme des retraites ou l'Ukraine.

**L'Express : La convention citoyenne sur la fin de vie a fait un premier pas vers une "aide active à mourir". Cela doit vous réjouir...**

**André Comte-Sponville :** Cela fait longtemps que je suis favorable à une légalisation de l'euthanasie et du suicide assisté. La mort fait partie de la vie. Je suis libre, tant que ça ne nuit pas à autrui, de mener ma vie à ma guise. Pourquoi n'aurais-je pas le droit, si je souffre atrocement, de décider de ma mort? J'ai toujours pensé, avec Montaigne, que "le plus beau cadeau que nature nous ait fait, c'est de nous avoir laissé la clé des champs", c'est-à-dire la possibilité de s'en aller. Le droit de mourir fait partie des droits de l'homme. Il est temps que notre législation prenne en compte cette ultime liberté.

**Vous insistez sur le fait que l'euthanasie est une question de liberté, et non de dignité. Pourquoi?**

L'Association pour le droit de mourir dans la dignité (ADMD) mène un juste combat, mais se trompe dans le vocabulaire. Je comprends ce qu'ils veulent dire : que certains d'entre nous meurent dans des conditions indignes. Mais ce sont les conditions qui sont alors indignes, pas le mourant! Dès lors que tous les êtres humains sont égaux en droits et en dignité, comme le stipule la Déclaration universelle des droits de l'homme, il va de soi qu'un mourant ou un malade en phase terminale ont exactement la même dignité que vous et moi qui - pour l'instant! - sommes en bonne santé.

Ce n'est pas une question de dignité, mais de liberté. L'euthanasie dite volontaire (parce que demandée par le patient) est au fond un suicide médicalement assisté. Or le suicide, en France, n'est pas un délit. Pourquoi l'assistance au suicide en serait-elle un? Les opposants à l'euthanasie me répondent que si je veux me suicider, je n'ai pas besoin d'un médecin pour ça. Soit, tant que je suis en bonne santé. Mais si c'est le cas, pourquoi voudrais-je me suicider? J'aime la vie, je souhaite qu'elle dure le plus longtemps possible! En vérité, la demande d'euthanasie vient le plus souvent de personnes qui n'ont plus la capacité de mettre d'eux-mêmes fin à leurs jours. Par exemple le jeune Vincent Humbert, paralysé des quatre membres, aveugle et muet, après un accident de la route. Son cas ne relevait pas de la loi Leonetti, qui fut d'ailleurs votée à la suite de ce drame. On me répond que c'est un cas exceptionnel, mais c'est faux. La plupart d'entre nous mourront dans un Ehpad ou un hôpital : essayez de vous y suicider, vous verrez que c'est à peu près impossible! Et même chez soi, ce n'est pas si facile! Je ne possède

pas d'arme à feu, ni de poison... Souvenez-vous de Gilles Deleuze qui, souffrant terriblement d'une insuffisance respiratoire, a dû, pour mettre fin à ses jours, à 70 ans, se jeter d'un cinquième étage. Qui a envie de finir comme ça?

Mon ami Roland Jaccard s'est suicidé à l'âge de 80 ans. J'ai dîné avec lui un mois avant sa mort : ce fut l'une des soirées les plus gaies que j'aie vécues. Il était d'autant plus serein, m'expliquait-il, qu'un ami mexicain lui avait donné un breuvage lui permettant de se suicider quand il le déciderait. Mais tout le monde n'a pas la chance d'avoir un ami mexicain. Roland a voulu utiliser cette liberté. De quel droit l'en priver, dès lors qu'elle ne restreint nullement la liberté des autres? Bien sûr, il faut prévoir des garde-fous. Mais la loi doit nous accorder ce droit de mourir, quand on a de bonnes raisons de le demander.

### **Michel Houellebecq avait évoqué une "rupture anthropologique", estimant qu'"une civilisation qui légalise l'euthanasie perd tout droit au respect"...**

Je ne vois pas en quoi la Suisse ou la Belgique seraient moins civilisées, moins humaines ou moins respectables que la France! Il n'est bien sûr pas question de légitimer des euthanasies systématiques, et surtout pas pour faire faire des économies à la Sécu! Mais j'ai assez confiance en nos élus et en nos médecins pour savoir que le danger n'est pas là. Le vrai danger, c'est que de nombreuses personnes sont condamnées à de très longues et très douloureuses agonies, prisonnières d'une vie qu'elles voudraient quitter.

Je n'ai pas choisi de naître ou de mourir. Mais j'ai le choix de continuer ou non à vivre. La possibilité du suicide fait que vivre est un choix, non une obligation. Supprimer cette possibilité, c'est rendre la vie moins libre qu'elle ne l'est. C'est parce que j'aime la vie et la liberté que je veux être libre jusqu'au bout. Encore faut-il que l'Etat m'autorise à mettre fin à mes jours, quand bien même je ne pourrais plus le faire qu'avec l'aide d'un médecin.

### **Parmi les opposants à l'euthanasie, on trouve des catholiques conservateurs, mais aussi des soignants, et notamment la Société française d'accompagnement et de soins palliatifs (SFAP)...**

Pour les religions, la vie est un don de Dieu, que Lui seul pourrait interrompre. Libre aux croyants de le penser. Personne ne les obligera à demander une euthanasie! Mais un État laïc n'a pas à se soumettre à un interdit religieux, surtout quand plus de 80 % des Français sont en faveur de l'euthanasie ou du suicide assisté.

L'opposition venant des médecins, c'est autre chose. L'un d'eux m'a dit : "Je n'ai pas fait médecine pour tuer des gens." Je le comprends bien! Nous ne sommes pas du même côté de la seringue. Du côté des patients, l'euthanasie est un service qu'on nous rend. Mais du côté des médecins, c'est un homicide. La charge morale pour eux est bien plus lourde. C'est pour cela que le suicide assisté, quand il est possible, vaut mieux que l'euthanasie. Et c'est pourquoi aussi une loi sur ce que je nomme l'"IVV", ou interruption volontaire de vie, devra prévoir une clause de conscience, comme pour l'IVG. Aucun soignant ne doit être obligé à commettre un acte contraire à ses propres valeurs morales ou religieuses.

Par ailleurs, il ne s'agit pas d'opposer soins palliatifs et euthanasie. Quand les soins palliatifs sont bien faits, la demande d'euthanasie recule. Tant mieux! Mais elle ne disparaît pas. Si quelqu'un, comme mon ami Roland Jaccard, n'a pas envie de passer plusieurs semaines en soins palliatifs ou plusieurs années en Ehpad, il a le droit de choisir une mort plus rapide.

### **Un de vos "impromptus" s'intitule *Mourir sans Dieu*. Est-il plus difficile de mourir quand on est athée?**

Sans doute. Ce texte m'a été demandé par une théologienne allemande, qui dirigeait un ouvrage collectif sur l'accompagnement des mourants d'un point de vue spirituel : elle souhaitait avoir mon point de vue d'athée. J'ai trouvé que c'était un beau sujet!

Pour quelqu'un qui ne croit pas en Dieu, la mort, c'est le néant. C'est ce qui angoisse, même si, à tout prendre, cela vaut mieux que l'enfer des religions. Epicure explique que la mort n'est rien, ni pour les vivants ni pour les morts. Ma mort et moi, nous ne nous rencontrerons jamais. Tant que je suis là, la mort n'y est pas. Et quand la mort sera là, c'est moi qui ne serai plus. La mort me libérera de tout, y compris de l'angoisse qu'elle m'inspire. Je trouve cela apaisant. Cela rejoint le joli mot de Voltaire : "On aime la vie, mais le néant ne laisse pas d'avoir du bon." Quoi de plus léger que ne plus être?

Par ailleurs, la mort ne nous prive que de l'avenir. Elle ne peut rien contre ce que Jankélévitch appelle "l'éternité d'avoir vécu". Pour celui qui doit bientôt mourir, ce n'est pas une consolation, mais cela peut favoriser une espèce de paix intérieure, comme le temps retrouvé chez Proust. C'est une expérience d'éternité, à laquelle l'art nous donne parfois accès : non un temps infini, qui serait terriblement ennuyeux, mais un présent qui reste présent. Je n'espère pas une mort heureuse (il est normal d'être triste, quand on meurt), mais je souhaite mourir avec plus de paix que d'angoisse, plus de gratitude que de regrets.

**Vous paraphraser Jacques Séguéla : "A` 70 ans, si tu as encore peur de la mort, c'est que tu as rate´ ta vie". Vraiment?**

C'est une boutade, mais que je crois vraie, en tout cas pour moi. Plus je vieillis, moins j'ai peur de la mort, et c'est normal (j'ai de moins en moins à perdre : la mort ne peut plus me priver que d'une partie de ma vieillesse, sans doute pas la plus intéressante). Citons encore Montaigne : "Si vous ne savez pas mourir, ne vous en souciez point : nature vous en informera sur-le-champ, pleinement et suffisamment; elle fera exactement cette besogne pour vous". La mort est le seul examen que personne n'a jamais raté. Pourquoi en aurais-je peur, si l'on m'évite la souffrance?

**Vous avez fustigé les peurs selon vous disproportionnées provoquées par le Covid-19, ainsi que le sacrifice des jeunes pour les vieux. Pourtant, vous avez été hospitalisé sous oxygène après une infection. Aucun regret?**

Aucun! Je suis père de famille avant tout. Dès lors que j'ai compris que mes enfants couraient très peu de risques d'avoir une forme grave de la maladie, j'étais serein. Quand je fus atteint par le Covid, j'étais physiquement très mal et psychologiquement épuisé. Mais cela m'a plutôt conforté dans mon opinion, à savoir qu'on ne doit pas sacrifier l'amour de la vie à la peur de la mort.

**Mais il y a eu une baisse de l'espérance de vie en 2020 en France...**

Comme l'explique le démographe Hervé Le Bras, nous avons perdu six mois d'espérance de vie en 2020, alors que nous avons gagné vingt ans depuis 1946. Je n'ai jamais nié la gravité du Covid-19. Je n'ai même jamais condamné le confinement, que j'ai respecté strictement. Il fallait bien éviter la submersion des services d'urgence et de réanimation, et je n'avais pas de meilleur moyen à proposer. En revanche, je ne pouvais accepter de gaieté de coeur qu'on ferme les écoles et les universités, ou même qu'on perturbe les études de nos enfants pour préserver la santé de leurs grands-parents. On a privilégié la santé des vieux, dont je fais partie, plutôt que les intérêts des jeunes. Je suis assez vieux pour avoir le droit de m'en inquiéter!

**Vous critiquez le "panmédicalisme"...**

C'est-à-dire l'idée que la santé serait la valeur suprême. Je n'en crois rien. La santé n'est pas une valeur du tout. C'est un bien, comme tel désirable ou enviable. Mais une valeur, elle, est estimable, voire admirable. Je peux envier quelqu'un qui est plus riche ou en meilleure santé que moi. Mais si je l'admire pour cela, je suis un imbécile. On a répété qu'il n'y avait rien au-dessus de la santé. Je pense le contraire : qu'il y a beaucoup de choses qui lui sont supérieures, à commencer par la liberté ou l'amour. Sur le fronton de nos mairies, il n'est pas écrit *Santé, Egalité, Fraternité* !

Heureusement, les scientifiques ont vite découvert un vaccin. Et voilà qu'une nouvelle peur, celle du vaccin, s'est ajoutée à l'autre, celle du virus! Du coup, le pauvre Macron a été obligé d'inventer le passe sanitaire. Nouvelle peur : celle d'une prétendue dictature! La peur du Covid était exagérée, la peur du vaccin totalement irrationnelle, et la peur d'une dictature tout aussi déraisonnable. Pour résumer ma position durant la pandémie, je pourrais reprendre une parole de Jean-Paul II : "N'ayez pas peur!"

**Vous épinglez aussi ceux qui ont opposé la santé à l'économie...**

Pendant le premier confinement, la plupart des intellectuels se réjouissaient de qu'on ait sacrifié l'économie à la santé : ils y voyaient une victoire de l'humanisme. Mais sacrifier l'économie, c'est sacrifier les plus pauvres (alors que les riches se sont plutôt enrichis pendant la pandémie), c'est sacrifier les jeunes (beaucoup ont dû interrompre leurs études, que plusieurs ne reprendront jamais, ou ont eu du mal à apprendre à lire, à cause des masques), c'est sacrifier les femmes (qui ont plus souffert des confinements, non seulement à cause des

violences conjugales, mais aussi pour des raisons socio-économiques). J'ai du mal à y voir une victoire de l'humanisme!

**Par ailleurs, l'économie n'a rien d'indigne.** La seule façon de faire reculer la misère, c'est de créer de la richesse. **Ce n'est pas en ruinant le pays que nous allons sauver nos hôpitaux.** L'argent ne s'oppose pas à la santé, bien au contraire. Je l'ai dit bien souvent quand j'étais membre du Comité consultatif national d'éthique : il n'est pas contraire à l'éthique de parler d'argent en matière de santé ; il est contraire à l'éthique de ne jamais parler d'argent. La médecine coûte cher. Pas étonnant qu'elle soit ordinairement plus développée dans les pays riches!

**Le débat s'est focalisé ces dernières semaines sur les milliardaires, et notamment sur Bernard Arnault. Y aurait-il une jalousie sociale propre à la France?**

Eh oui! La haine contre les riches l'emporte sur la solidarité avec les pauvres! **Je suis surpris de voir qu'en France, quand une entreprise fait d'énormes profits, on se dit tout de suite "Ce patron, quel salaud!". On juge les entreprises moralement d'autant plus coupables qu'elles ont économiquement mieux réussi. C'est un contresens. La justice sociale passe par la redistribution, donc essentiellement par l'Etat, la fiscalité et les services publics. Encore faut-il créer de la richesse, avant de la redistribuer!** Plus nos entreprises sont riches, mieux ça vaut. Et plus l'Etat redistribue, mieux ça vaut. **Mais il est plus agréable de haïr les riches que de payer ses impôts.**

La France était bien plus inégalitaire au début du XXe siècle qu'au début du XXIe siècle. **Il faut se battre pour réduire les inégalités. Mais la difficulté, c'est que le capitalisme est par essence inégalitaire.** L'argent y va à l'argent. D'où le besoin de redistribution. **En revanche, les sociétés prétendument égalitaires qu'on a voulu créer à la place du capitalisme se sont révélées être bien pires.** J'aurais aimé que le socialisme réussisse. **Il se trouve qu'il a échoué partout, souvent dans des conditions atroces et criminelles.** Prenons donc le capitalisme pour ce qu'il est : un système économiquement efficace, mais socialement injuste et écologiquement redoutable. Compensons ses effets pervers par la redistribution pour ce qui est des inégalités, et par une politique écologique plus exigeante. **La transition énergétique va coûter très cher. Encore faut-il se donner les moyens de la financer. Comment, sinon par des entreprises performantes?**

**Votre point de vue sur la réforme des retraites?**

**Ça ne me passionne guère...** Nous avons un système par répartition : les cotisations des actifs financent les pensions des inactifs. Il se trouve qu'il y a proportionnellement de moins en moins d'actifs et de plus en plus de retraités. **Cela pose un problème évident.** Quand j'étais enfant, la retraite était à 65 ans. On n'y voyait pas une horreur. Or, depuis, nous avons gagné une bonne dizaine d'années d'espérance de vie. Travailler deux ou trois ans de plus ne me paraît pas un scandale.

La sottise, c'est de justifier cette réforme en invoquant la "valeur travail". Le travail est un bien, comme la santé; c'est une valeur marchande, pas une valeur morale; un moyen, pas une fin. La législation a progressivement réduit le temps de travail. C'est le sens de l'Histoire. Qui regrette aujourd'hui la semaine de 72 heures? **Si on pouvait créer autant de richesse en ne travaillant que vingt heures par semaine, ce serait tant mieux. Non pas qu'il faille faire l'apologie de la paresse.** Mais les gens ont raison de vouloir plus de temps pour des activités sportives, familiales, politiques ou culturelles. **En revanche, travailler moins, c'est créer moins de richesse. Est-ce ainsi que nous allons financer nos retraites?**

**Bref, c'est un problème strictement économique, nullement moral.** Un économiste comme Philippe Aghion est favorable à cette réforme des retraites, mon ami Daniel Cohen y est opposé. Je ne suis pas économiste, je me garderai bien de trancher. Je note simplement qu'Emmanuel Macron n'a aucun intérêt électoral à faire cette réforme, alors que Jean-Luc Mélenchon a tout intérêt, politiquement, à proposer un retour à la retraite à 60 ans. Mélenchon, de ce point de vue, est davantage suspect de démagogie que Macron, qui a au moins le courage de proposer une réforme très impopulaire. **Je note aussi qu'autour de nous tous les pays sont passés à la retraite à 65 ou 67 ans. Je me demande par quel miracle la France échapperait aux contraintes démographiques,** lesquelles reposent d'ailleurs sur une bonne nouvelle, à savoir le fait que nous vivons plus longtemps.

**Vous soutenez fermement l'Ukraine contre la Russie, mais comprenez aussi les peurs au sujet d'une Troisième Guerre mondiale. Pourquoi?**



Parce que ce ne sont pas les intérêts qui mènent le monde, mais les passions. La Première Guerre mondiale n'était dans l'intérêt ni des Français, ni des Allemands. Mais ils l'ont faite par passion nationaliste. Aujourd'hui, il n'est pas dans l'intérêt de la Russie de se lancer dans une guerre nucléaire. Mais je crains que la passion nationaliste n'y pousse. En même temps, on ne peut pas accepter que la Russie gagne. Il faut donc soutenir fortement l'Ukraine, tout en n'humiliant pas la Russie.

### **Vous êtes donc d'accord avec Macron, à qui on a beaucoup reproché cette phrase?**

Oui. La meilleure façon de déchaîner les passions nationalistes, c'est d'humilier un peuple. Le propos de Macron était plein de bon sens. Aucun diplomate ne dit qu'il faut humilier la Russie. Je ne suis pas opposé à la livraison de chars ou même d'avions, mais il faudra bien négocier un jour ou l'autre. Faisons tout pour que cela se fasse sur les bases d'une victoire militaire de l'Ukraine.

### **Comment jugez-vous le retour en force, depuis quelques années, des discours souverainistes?**

Cela m'étonne de voir ressurgir ces vieilles lunes souverainistes. La construction européenne est une très belle aventure. Elle nous a donné soixante-quinze ans de paix, sur un continent longtemps ravagé par les guerres, ainsi qu'une prospérité formidable. C'est la partie du monde qui respecte le mieux les libertés, et où les plus faibles sont le mieux protégés. C'est une chance de vivre en Europe. Faisons tout pour que cela continue!

Quant à moi, je suis pour la souveraineté du peuple européen, donc pour le fédéralisme. Cela ne m'empêche pas d'aimer la France. Mais elle n'est pas à l'échelle des géants américain, chinois ou indien. Alors que l'Europe peut peser sur le plan géopolitique, notamment face à la Russie.

### **Votre livre s'achève par un magnifique texte personnel sur votre mère, dépressive et alcoolique, dont vous dites qu'elle a fantasmé sa vie...**

Quand mon frère m'a téléphoné pour m'apprendre le suicide de notre mère, je me suis dit : "Tout était faux en elle, sauf le malheur". Ma mère avait parfois des moments de gaieté, mais cela sonnait faux : elle faisait semblant d'être heureuse. Alors que quand elle était triste, ça sonnait tragiquement vrai. Enfant, j'en avais tiré la conclusion que la tristesse était du côté de la vérité, tandis que la joie se trouvait du côté du mensonge et des faux-semblants. Heureusement, la philosophie m'a fait réaliser l'inverse : que la vérité pouvait être joyeuse, que l'illusion ne menait ultimement qu'à l'échec, au déni ou au malheur. J'ai compris, grâce notamment à Épicure, Spinoza puis Montaigne, que ce n'est pas la vérité qui est triste, mais notre incapacité à l'accepter comme elle est : parce que nous ne cessons de lui opposer des attentes, espoirs ou craintes, qui nous séparent du réel et nous enferment dans l'insatisfaction.

Maman était une sorte de Madame Bovary. Elle s'est suicidée parce que, depuis des décennies, la vie ne correspondait pas aux espoirs qu'elle s'en était faits. Mais la vie ne correspond jamais à nos espoirs! Ce n'est pas la vie qui est décevante, ce sont nos espoirs qui sont illusoire. Le contraire de la névrose, c'est de voir les choses comme elles sont, ne pas se raconter d'histoires, aimer la vie comme elle est. "Va au bout de tes rêves", nous serinent-on naïvement. Je crois que la philosophie est là, au contraire, pour nous réveiller.

**La Clé des champs et autres impromptus , par André Comte-Sponville. PUF, 288 p., 16 €.**

2 mars 2023 (L'Express)

<https://www.lexpress.fr/economie/democratie-et-capitalisme-la-crise-de-couple-7JNJNIY7UZBV7BJCNRVPHJ3SQY/>

L'Express (site web)

Economie, lundi 27 février 2023 433 mots

## Démocratie et capitalisme : la crise de couple

**Dans son dernier ouvrage "La crise du capitalisme démocratique", l'éditorialiste vedette du Financial Times Martin Wolf revient sur les causes de l'instabilité du mariage entre ces deux contraires.**

Editorialiste vedette du Financial Times, Martin Wolf est une plume qui compte. Dans un nouvel ouvrage à retentissement international, il revient sur les vicissitudes du couple démocratie/capitalisme. Notant l'instabilité de ce mariage de deux contraires, **il scrute avec inquiétude des démocraties libérales à la peine, face aux "périls populistes", aux "autocraties démagogiques", au "capitalisme despotique" chinois.** Des moments comme l'assaut du Capitole en janvier 2021 incarnent une crise politique dont les racines sont à rechercher dans des chocs économiques qui affectent le capitalisme. Quand les inégalités augmentent et quand les rentiers donnent le la, l'économie de marché ne se vit plus comme un système assurant la répartition de la prospérité. L'expansion d'une sphère financière déconnectée et l'extension des inégalités produisent un cocktail néfaste pour les sociétés et les ambitions démocratiques. **Surtout quand les classes moyennes, maillon démocratique essentiel, déclinent.**

Afin de remédier à ces problèmes, **Wolf plaide classiquement, dans ce livre dense et documenté, pour lutter contre les monopoles, pour des syndicats plus forts et pour une fiscalité plus élevée (là où elle s'avère trop faible). Il souhaite un nouveau "New Deal" et - sans bien dire comment - qu'émergent des "élites décentes et compétentes".** Il a en tout cas absolument raison, quand il soutient que **"sur le long terme, le capitalisme ne peut survivre sans démocratie, tout comme la démocratie ne saurait survivre sans économie de marché".**

La "crise du capitalisme démocratique", pour reprendre le titre du livre, est loin d'être achevée et Wolf loin d'être rassuré. Il insiste sur l'impérieuse nécessité de développer des efforts de conseil conjugal pour consolider et revivifier l'union de la démocratie et du capitalisme. Ce yin et ce yang, pour utiliser encore des termes de l'auteur, doivent s'équilibrer dans de nouvelles régulations. A défaut, ce seraient les autoritarismes et l'effondrement, du moins pour l'Occident. Lueur d'espoir, nous dit Wolf, en 1940 la situation semblait plus compromise encore. Le renouveau doit donc être possible.

Les diagnostics et les potions du docteur Wolf se discutent. Le chroniqueur très informé explique la récession démocratique essentiellement par des ressorts économiques, remisant les dimensions identitaires. S'il traite particulièrement du monde occidental et, au fond, principalement des Etats-Unis et du Royaume-Uni, en produisant des portraits à certains égards trop sombres, il mérite largement, partout, d'être lu.

*The Crisis of Democratic Capitalism*, par Martin Wolf. Penguin Press, 476 p.

2 mars 2023 (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/editos-du-point/etienne-gernelle/l-antiamericanisme-ce-virus-qui-rend-idiot-02-03-2023-2510609\\_782.php](https://www.lepoint.fr/editos-du-point/etienne-gernelle/l-antiamericanisme-ce-virus-qui-rend-idiot-02-03-2023-2510609_782.php)

## L'antiaméricanisme, ce virus qui rend idiot

ÉDITO. De Mélenchon à Le Pen, une névrose française, que dénonçait déjà Jean-François Revel, n'en finit pas de resurgir : l'obsession antiaméricaine.

Par Étienne Gernelle

Publié le 02/03/2023 à 07h30

**C**'est la bêtise qui résiste à tous les vaccins, renaissant sans cesse sous forme de nouveaux variants. On aurait pu penser que le refrain sur l'« *impérialisme américain* » menaçant le pauvre Poutine aurait disparu après les atrocités commises par les troupes du Kremlin et le constat, largement partagé, selon lequel sans Washington les chars russes seraient entrés à Kiev depuis longtemps. Le front lepénomélénchoniste, dont c'était la spécialité, a certes découvert l'usage de la sourdine sur ce point, mais croyez-vous qu'il ait changé d'avis ? Pas vraiment...

Jean-Luc Mélenchon a signé (avec le président argentin, Alberto Fernandez, et celui de la Colombie, Gustavo Petro) une tribune dans *Le Monde* le 10 février, laquelle pointe ces conséquences « néfastes » de la guerre : « *Cela a permis aux États-Unis de raviver l'ancien rôle de l'Otan, de renforcer le soutien de l'Europe dans son différend hégémonique avec la Chine et de stimuler ses exportations de gaz et de pétrole [...].* » Eurêka ! Le problème de la guerre en Ukraine, ce sont ces salauds de profiteurs hégémoniques et climaticides américains...

Marine Le Pen, elle, dans sa « Lettre aux Français » du 24 février, n'a rien trouvé de mieux que de blâmer les premiers soutiens de l'Ukraine, ces « *voix d'un bellicisme irresponsable* ». Évidemment, le « *bellicisme* » dans cette affaire est à la Maison-Blanche...

**Ce vieux marigot antiaméricain ne s'asséchera donc jamais. Natacha Polony, directrice de la rédaction de *Marianne*, a sauté dedans à pieds joints la semaine dernière.** Dans un stupéfiant éditorial, dénonçant certes « *l'autocrate assassin* » Poutine et défendant l'intégrité de l'Ukraine, **elle fustige les « zélés atlantistes », « l'impérialisme » de l'Amérique et l'activisme de la CIA.** Elle ne renvoie pas tout à fait dos à dos Washington et Moscou, mais un peu quand même...

**Pavlovien.** Cette névrose française a même pris un tour comique après la soirée des César. L'éjection d'une militante écologiste radicale du plateau, où elle s'était invitée, a déclenché des indignations attendues. Une vingtaine de vedettes et personnalités du cinéma, mues par une soudaine culpabilité, se sont alors senties obligées de publier dans *Le Monde* une tribune pour parler du climat. Nous n'avions pas vraiment besoin d'elles pour savoir qu'il s'agit là d'un sujet existentiel, d'autant que l'autorité scientifique des signataires n'est pas renforcée par les positions antivaccins de certains d'entre eux, mais pourquoi pas... **Sauf que, au passage, cette tribune nous gratifie d'un manifeste anticapitaliste empaillété, dénonçant le foyer du Mal : les États-Unis, pardi ! On y apprend donc qu'« au sortir de la Seconde Guerre mondiale les Américains ont remporté la bataille culturelle et répandu la débauche consumériste de l'American way of life en inondant le monde de films, de séries et de publicités. » Hollywood, responsable du réchauffement climatique ?** Magnifique performance, d'abord : les mêmes avaient ovationné la veille Brad Pitt, l'invité surprise de la soirée... Superbe démonstration d'ignorance, ensuite : le modèle soviétique de sobriété énergétique est bien connu... Mais ce qui est frappant, dans cette

jolie illustration du phénomène des « bourgeois mélenchonistes » que nous décrivions la semaine dernière dans ces pages, c'est l'accusation pavlovienne de l'Amérique.

**Notre cher Jean-François Revel en riait déjà en 2002, dans *L'Obsession anti-américaine* (Plon) :** « *Les Américains ne font que des erreurs, ne commettent que des crimes, ne profèrent que des sottises et sont coupables de tous les échecs, de toutes les injustices, de toutes les souffrances du reste de l'humanité.* »

Bien entendu, combattre l'imbécillité antiaméricaine n'oblige nullement à devenir des ravis de la crèche. Ainsi, l' Inflation Reduction Act (IRA), le plan de relance si protectionniste de Joe Biden, menace clairement nos intérêts. Sauf que la réponse, sans aucun doute, ne peut être qu'européenne, avec des investissements et un marché intérieur qui seuls ont la taille critique. Or la plupart de nos antiaméricains, notamment ceux du front lepénomélenchoniste, n'en veulent pas, puisque l'Europe est leur autre « grand Satan ». Quand on vous dit que l'antiaméricanisme rend idiot...

1<sup>er</sup> mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/srebrenica-hasan-hasaoniv-schreibt-ueber-das-massaker-ld.1706721>

## «Ich verlor die Freude am Leben und wurde ein kranker Mensch» – ein Überlebender erinnert sich an den Völkermord von Srebrenica

Hasan Hasanovic war ein Teenager, als in Bosnien der Krieg begann. Mit Glück entkam er dem grössten Massaker auf europäischem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg. Nun legt er seine bedrückende Chronik der Ereignisse vor.

Judith Leister

13.02.2023, 05.30 Uhr



Der Friedhof des Srebrenica Genocide Memorial wird jährlich grösser, immer wieder werden neu identifizierte Opfer beigesetzt.

Dado Ruvic / Reuters

Während weiter nordöstlich, in der Ukraine, mit Soledar und Cherson, Butscha und Mariupol gerade neue Namen in die europäische Landkarte des Schreckens eingeschrieben werden, wächst der Friedhof des Srebrenica Genocide Memorial in Potocari immer weiter. Jedes Jahr, jeweils zum Jahrestag des Massakers, werden neu identifizierte Opfer beigesetzt. Letztes Jahr, 27 Jahre danach, waren es 50.

**Über 8000 Bosniaken, also bosnische Muslime, hauptsächlich Männer und Knaben, starben zwischen dem 11. und dem 19. Juli 1995 in Srebrenica durch die Hand bosnischer Serben. Über 1000 Opfer gelten noch immer als vermisst. Zur Vertuschung des Verbrechens hatten die Täter die menschlichen Überreste aus zehn Massengräbern später auf rund siebzig Orte verteilt. Die Identifizierung muss daher oft anhand einzelner Körperteile erfolgen.**

Auch **Hasan Hasanovic, der zum Zeitpunkt des Massakers 19 Jahre alt war** und nur knapp überlebte, wartete Jahre auf die Identifizierung seiner Angehörigen. In seinem Buch «Srebrenica überleben» legt er mit Besonnenheit, und ja, auch mit grossem Zartgefühl den Opfern gegenüber, Zeugnis von einem Verbrechen historischen Ausmasses ab.

Hasanovic wuchs in einem friedlichen Dorf 25 Kilometer vor Srebrenica auf. Doch auf einmal «verbreiteten die Medien», «dass die Serben unter der muslimischen Mehrheit in Bosnien Gefahr liefen, zu Bürgern zweiter Klasse zu werden», schreibt Hasanovic, und das, obwohl doch die wichtigen Positionen im Land mit Serben besetzt gewesen seien.

Rund zehn Jahre nach Titos Tod begannen Serben, Kroaten und Bosniaken, eigene, ethnisch identifizierte Parteien zu gründen. **Auch Hasan Hasanovics Familie träumte von der Gleichberechtigung und stimmte beim Referendum für die Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas.** Die bosnischen Serben stimmten in einem

eigenen Referendum für den Verbleib in Jugoslawien. **Nach der bosnischen Unabhängigkeit im März 1992 beobachtete Hasanovic, dass Serben nur noch in serbische und Bosniaken nur noch in bosniakische Lokale gingen.**

### **Bei der Flucht getrennt**

Als nur einen Monat später der Krieg begann, floh die Familie nach Srebrenica. Bis Juli 1995 harrte sie dort aus, ohne Strom, Wasser, Medikamente und ausreichend Lebensmittel. Erst bombardierten Flugzeuge der Jugoslawischen Volksarmee die Stadt. Nach der Errichtung einer Flugverbotszone fielen die Bomben aus Agrarflugzeugen. **Ab Frühjahr 1993 war Srebrenica heillos überfüllt.** Die internationale Gemeinschaft ging dazu über, Lebensmittel aus der Luft abzuwerfen. Hasan Hasanovic wurde Zeuge davon, wie Wartende von den Paketen erschlagen wurden, weil die Fallschirme sich nicht öffneten.

**Im April 1993 wurde die Stadt zur Uno-Schutzzone. Kanadische Unprofor-Einheiten rückten ein und entwaffneten die überglücklichen Menschen, die sich gerettet glaubten.** Hasanovic fragte sich allerdings, ob die teilweise schwer betrunkenen Soldaten sie im Ernstfall würden schützen können. **Im Januar 1994 übernahmen niederländische Dutchbat-Einheiten den Stützpunkt der Kanadier** in der alten Batteriefabrik in Potocari. Dass sie «wie Fotomodelle» aussahen, machte sie in den Augen der verzweifelten Menschen nicht vertrauenswürdiger.

Im Juli 1995 spitzten sich die Angriffe auf die Stadt zu. **Am 11. Juli fiel Srebrenica. Das totale Versagen von Dutchbat beim Schutz der Bevölkerung ist inzwischen Gegenstand mehrerer, in den Medien viel diskutierter Verfahren in den Niederlanden gewesen.** Hasan Hasanovic wurde bei der Flucht von seiner Familie getrennt, lief tagelang durch den Wald, versteckte sich, wenn serbische Soldaten auftauchten, und musste zusehen, wie Wehrlose abgeknallt wurden. Auf Umwegen gelangte er zum Flüchtlingslager am Flughafen Tuzla, wo er Mutter, Grosseltern und den jüngsten Bruder wiederfand. **Der Vater, der Onkel und Hasans Zwillingbruder Husein blieben verschollen.**

**«Ich verlor die Freude am Leben und wurde ein kranker Mensch!»,** schreibt Hasanovic über die Zeit danach. Wie alle Überlebenden erhielt er keine Hilfen. **Nur Witwen ohne männliche Angehörige bekommen etwas Geld vom Staat.** Im Übrigen beschränken sich bosnische Politiker darauf, einmal jährlich nach Potocari zu reisen und sich dort mit den Überlebenden ablichten zu lassen, wie der Journalist Keno Verseck in seinem Vorwort erläutert.

### **Das Massaker wird geleugnet**

**Seit 2009 arbeitet Hasanovic im Srebrenica Genocide Memorial, das im ehemaligen Unprofor-Stützpunkt eingerichtet wurde, führt Besuchergruppen und baut ein Videoarchiv mit Interviews von Überlebenden auf. Es kostet ihn Überwindung, in der Republika Srpska zu leben, zu der Srebrenica heute gehört.** Schon als er 2003 zur Beerdigung seines Vaters fuhr, wurde er von aufgebrachten Serben beschimpft.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat die grösste Bluttat auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg 2007 als **Völkermord klassifiziert.** In der Forschung herrscht Konsens, dass die **bosnischen Serben das Chaos im untergehenden Jugoslawien für den Versuch nutzten, sich mit systematischen «ethnischen Säuberungen» Territorien anzueignen, in denen sie historisch immer in der Minderheit gewesen waren.** Die angeblich uralten ethnischen und religiösen Gegensätze zwischen **Serben, Kroaten und Bosniaken dienten vor allem einer Propaganda, die Mord und Totschlag rechtfertigen sollte.**

**Bis heute wird das Massaker von Srebrenica in der Republika Srpska und in Serbien geleugnet oder relativiert.** Obwohl Serbien seit 2012 EU-Beitritts-Kandidat ist, finden sich dort Gedenktafeln für die verurteilten Kriegsverbrecher Ratko Mladic und Radovan Karadzic. **Bei der Gedenkfeier zum 27. Jahrestag des Massakers bat erstmals ein Vertreter der Niederlande die Opfer um Verzeihung. Auf entsprechende Gesten von serbischer Seite wird man wohl noch Jahrzehnte warten müssen.**

**Hasan Hasanovic: Srebrenica überleben. Wallstein-Verlag, Göttingen 2022. 104 S., Fr. 25.90.**

1<sup>er</sup> mars 2023 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/gute-nachricht-an-die-klimajugend-die-apokalypse-ist-abgesagt-wenn-ihr-es-wollt-ld.1727386>

KOMMENTAR

## Liebe Klimajugend, die Apokalypse ist abgesagt – wenn ihr es wollt

Die Mehrheit der Jugendlichen sieht die Menschheit vor dem Aus. Erwachsene, die sie darin bestärken, machen sich schuldig. Denn der ökologische Fussabdruck der industrialisierten Welt verkleinert sich – und die Wirtschaft rollt Jungen den Teppich aus, die weiter vorwärtsmachen wollen.

Christoph Eisenring

01.03.2023, 05.30 Uhr



«Der Mensch wird sowieso aussterben, das lässt sich nicht verhindern, dafür ist er zu dumm.» Diese Aussage hat kürzlich [ein Richter in Berlin gegenüber einer angeklagten Aktivistin](#) der Letzten Generation gemacht. **Solch ein Zynismus trifft bei den Jugendlichen einen Nerv.** Man müsse Widerstand leisten, weil die Menschen sonst in eine absolute Katastrophe liefen, sagte denn auch die Angeklagte, die zu jener extremen Gruppe von Klimaschützern gehört, die sich am Asphalt festkleben.

Sie ist mit ihrer Ansicht indes kein Einzelfall: **In einer Umfrage unter 10 000 Jugendlichen aus zehn Industrie- und Schwellenländern sagt gut jeder Zweite, dass die Menschheit dem Untergang geweiht sei. Drei Viertel fürchten sich vor der Zukunft, und mehr als jeder Dritte erwägt, wegen des Klimawandels dereinst auf eigene Kinder zu verzichten.**

Angesichts dieser Tristesse muss man fast froh sein, wenn sich die Jungen rühren. Kommenden Freitag gehen jedenfalls Schülerinnen und Schüler in europäischen Städten erneut für einen «Klimastreik» auf die Strasse.

**Unverzeihlich ist jedoch, wenn man die Jungen in dem Glauben bestärkt, dass es mit der Welt zu Ende geht. Blickt man auf den ganzen Globus, nehmen die CO<sub>2</sub>-Emissionen zwar immer noch zu. Aber in den letzten Jahren ist zumindest in westlichen Ländern das vermeintlich Unmögliche gelungen: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Industrieländerklub OECD haben 2005 ihren Höhepunkt erreicht und gehen Jahr für Jahr um 1 Prozent zurück.**

Nun mag man einwenden, dass die reichen Länder die Emissionen einfach in ärmere Länder verlagert hätten, aus denen sie dann Waren importierten. **Doch selbst wenn man den Handel berücksichtigt, schaffen immer mehr Industrieländer die vollständige Entkoppelung: Die Emissionen sinken, während der Wohlstand pro Kopf steigt.**

Und zumindest für das Jahr 2020 (neuere Zahlen gibt es nicht) gilt dies erstmals auch für die Schweiz: [Die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf waren etwas niedriger als 1990](#), während das Einkommen um ein Viertel höher

lag. Nun war 2020 wegen der Corona-Pandemie speziell. Doch auch die Schweiz wie zuvor schon Schweden, die USA oder Grossbritannien biegt langsam auf die Zielgerade ein, um aus immer weniger mehr zu machen.

## Das Zerrbild des Kapitalismus

**Die Organisatoren des Klimastreiks sind jedoch überzeugt, dass der Kapitalismus das Grundübel ist, an dem man ansetzen muss, um das Klima zu verbessern.** [Sie fordern eine 24-Stunden-Arbeitswoche](#), um die Produktion zu drosseln. Etwas schmunzeln muss man, wenn angesichts der dann freien 144 Stunden pro Woche trotzdem ein massiver Ausbau der Kinderbetreuung verlangt wird.

Die für das Klima Streikenden plädieren sodann für staatliche Programme für «grüne Arbeit» sowie für Reparaturwerkstätten in jeder Gemeinde, um die Lebensdauer von Gütern zu verlängern.

**Aktiengesellschaften sollen ferner in «demokratisch geführte Genossenschaften» umgewandelt werden.**

**Wenn so viele Jugendliche sich in einer Katastrophe wähnen und von Erwachsenen in diesem Glauben noch bestärkt werden, ist die Forderung nach einem Systemwechsel nachvollziehbar.**

Die [Lausanner Ökonomin Julia Steinberger](#), die für Schlagzeilen sorgte, weil sie als Aktivistin an Strassenblockaden mitwirkte, sagt etwa, wer Klimaschutz ernst nehme, müsse den «fossilen Kapitalismus» mit den ihm innewohnenden Triebkräften der Akkumulation, Beherrschung, Ausbeutung und Zerstörung über Bord werfen.

**Dass der Klimawandel durch wirtschaftliche Aktivitäten verursacht wird, die in die falsche Richtung laufen, räumt auch der [Wirtschaftsnobelpreisträger William Nordhaus](#) ein. Wenn Preissignale dramatisch falsch seien wie bei der Nutzung von fossiler Energie, könne dies katastrophale Ergebnisse haben, sagt er. Doch während die Klimajugend den Kapitalismus für nicht reformierbar hält, skizziert Nordhaus eine marktwirtschaftliche Variante, die auf Eigenverantwortung setzt statt auf eine planwirtschaftliche Ökodiktatur.**

**Es dürfte zwar schwierig sein, die Jugendlichen von ihrer antikapitalistischen Linie abzubringen. Aber das hat auch damit zu tun, dass in der Gesellschaft Zerrbilder des Kapitalismus zirkulieren. So setzt die Klimabewegung Kapitalismus mit Wachstumszwang gleich. Richtig ist jedoch, dass erst der Kapitalismus Kräfte freisetzt, die es Menschen erlauben, ihre Situation zu verbessern, ohne dass sie zuerst eine Obrigkeit um Erlaubnis bitten müssen.**

## Ideenreichtum statt Wachstumszwang

**In Ländern wie der Schweiz hat sich der Wohlstand dank dieser Befreiung innert 200 Jahren um den Faktor 25 erhöht, und die Lebenserwartung hat sich mehr als verdoppelt.** Dies ist nicht dadurch möglich geworden, dass man immer mehr vom selben angehäuft hat. **Nicht die Ausbeutung macht uns reich, sondern die Kreativität, die zu Innovationen führt.**

**Auch das Gewinnmotiv ist kein sinistres Ziel gewissenloser Kapitalisten.** Gewinn macht längerfristig nur, wer mit seinem Produkt einen Mehrwert bietet: Der Abnehmer ist bereit, mehr dafür zu zahlen als das, was die Produzentin an Aufwand hineingesteckt hat. Der Mehrwert steigt auch, wenn man haushälterischer mit den Ressourcen umgeht und weniger davon verbraucht. **Verschwendung und Übernutzung werden im Kapitalismus bestraft, sofern sie ein Preisschild haben.**

**Dass marktwirtschaftlicher Klimaschutz à la Nordhaus wirkt, lässt sich derzeit am europäischen Emissionshandel beobachten.** Auf diesem Markt müssen sich die Unternehmen mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten eindecken, wenn bei der Produktion Kohlendioxid anfällt. **Der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub> hat kürzlich erstmals die Marke von 100 Euro erreicht. Bei einem solch hohen Preis lohnt es sich für die Betriebe, auf emissionsarme Technologien zu setzen.**

**Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass ein weltweiter Preis von [75 Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub>](#) die Welt auf einen Pfad bringen würde, der die Erderwärmung unter 2 Grad Celsius hielte. Und**



die OECD hat berechnet, dass ein Preis von 120 Euro reichen würde, um 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Man bewegt sich also in die richtige Richtung.

Marktwirtschaftlicher Klimaschutz heisst aber auch: **Die Kreativität gerade der jungen Köpfe ist gefragt, um den ökologischen Fussabdruck der Wirtschaft zu verkleinern. Moderate Umweltorganisationen wie der WWF sehen die Wirtschaft längst nicht mehr als Gegner, sondern als Partner. Sie haben erkannt, dass Firmen beim Klimaschutz oft ambitionierter unterwegs sind als manche Regierungen.**

Das ist auch nicht weiter verwunderlich: Politiker schielen immer auf die nächsten Wahlen. Firmenchefinnen und -chefs dagegen wissen, dass ihnen Kundinnen und Kunden davonlaufen, wenn sie sich um ökologische Belange foutieren. Und das gilt erst recht für die Mitarbeitenden: **Wollen Unternehmen die Generation Z, deren Angehörige um die Jahrhundertwende geboren wurden, an sich binden, können sie es sich nicht leisten, den Klima- und Umweltschutz zu ignorieren.**

### **Endzeitstimmung mündet in Tyrannei**

Diese junge Kohorte, die jetzt auf den Arbeitsmarkt kommt, stellt stärker als ihre Vorgänger die Frage nach dem Sinn ihrer Tätigkeit. Wer engagierte Mitarbeitende statt eindimensional veranlagte Hedonisten anziehen will, muss hier jedenfalls überzeugende Antworten bereithalten. **Den Jungen wiederum möchte man zurufen: Statt beim Staat anzuheuern, engagiert euch in den Firmen, denn dort lässt sich viel mehr bewegen als mit dem Skandieren antikapitalistischer Slogans.**

Es wäre deshalb verheerend, wenn Randgruppen wie die Letzte Generation oder Extinction Rebellion mit ihren apokalyptischen Visionen die Klimabewegung kaperten. **Endzeitstimmung unter den Jungen ist dem Kampf gegen den Klimawandel nicht förderlich, denn Verzweiflung leistet extremen Massnahmen Vorschub, die in Unfreiheit und Tyrannei münden.**

Gerade Schweizer Jugendliche werden am Freitag auch deshalb auf die Strasse gehen, weil es ihnen gegen den Strich geht, dass ausgerechnet im Land der Wasserkraft (und Kernkraft) fossile Reservekraftwerke wie dasjenige im aargauischen Birr in Betrieb genommen werden. Zu lange haben die Erwachsenen die Versorgungssicherheit für selbstverständlich genommen und greifen nun in Panik auf diese Dreckschleudern zurück.

Dies liegt auch am Widerstand der 68er Generation gegen AKW, obwohl diese zusammen mit den erneuerbaren Energien die beste Klimabilanz haben. Die Jugendlichen scheinen hier weniger Berührungspunkte zu haben. **In Europa sehen 44 Prozent der Jungen die Atomenergie als nötige Brückentechnologie, um die Klimaziele zu erreichen, 28 Prozent lehnen sie ab.** Die Jungen haben bei gewissen Fragen weniger Scheuklappen als die Erwachsenen.

Die Menschheit sei zu dumm, ihr Aussterben zu verhindern, hat der Berliner Richter gesagt. Wer so denkt, hat die Rechnung ohne die Jugend gemacht – hoffentlich.

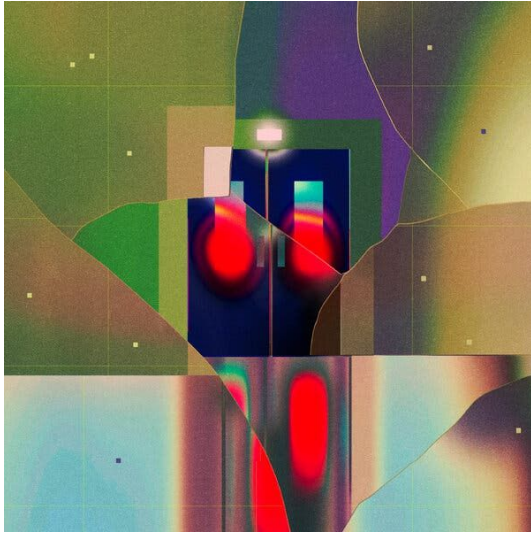
1<sup>er</sup> mars 2023 (New York Times)

<https://www.nytimes.com/2023/02/28/opinion/lab-leak-energy-department-covid.html>

OPINION

## We've Been Talking About the Lab-Leak Hypothesis All Wrong

Feb. 28, 2023



Credit...Ibrahim Rayintakath

**By David Wallace-Wells**

Opinion Writer

Imagine yourself, if you can, in the months before the Covid-19 pandemic. Imagine being told then that a novel virus would emerge in China that would then spread around the world, infecting much of the global population, by [some estimates](#) killing more than 20 million people, and upending much of humanity's social, political and economic life along the way.

Imagine you were then told that some experts believed that this new virus raised questions about the safety of certain kinds of scientific research, in which virologists collected rare viruses out in the wild, brought them to facilities in or near cities and in some cases tinkered with them there to help prevent or better respond to future pandemics.

Imagine that none of this was presented to you in partisan or nationalistic terms. Imagine that Donald Trump had not been president and that nobody used the term “bioweapon.” And then imagine that a question was put to you: **What would the chances have to be that a lab accident was the origin of the pandemic to justify a broad and public conversation about the safety of that research?**

**What would you say?** That a lab-leak theory would have to be proved definitively, beyond any shadow of a doubt, to prompt such a pointed conversation? Or that it would have to be simply likelier than not — a “preponderance of evidence” standard, as lawyers sometimes put it — to generate a global reckoning over lab safety procedures and the wisdom of doing research, called gain-of-function, that can make pathogens more dangerous?

**That is the standard that has recently been reached by a group within the Department of Energy, which, according to [reporting](#) published Sunday in The Wall Street Journal, revised its own assessment and has now “concluded” — though with only “low confidence” — that the pandemic most likely began with a laboratory leak. The F.B.I. previously came to a similar conclusion, theirs with “moderate confidence.”**

Four other government agencies and a national intelligence panel have reached the opposite perspective, that the pandemic had what is called a natural or “zoonotic” origin. Two other agencies commissioned reviews that reached an uncertain conclusion.

None of the follow-up stories about the new D.O.E. conclusion have offered any new evidence in support of it, which makes the news less like a reversal or revelation, justifying claims of vindication and bursts of recrimination, than one additional data point floating beside many others. However the leak may have played on your social media feed, it does not indicate a new consensus but the opposite: a glaring reminder of the complexity of the known facts, with different narratives imposed by different factions trying to make sense of the same uncertain picture. When the national security adviser, Jake Sullivan, was asked about the report on CNN on Sunday, he could do little more than [essentially shrug](#), promising that the administration was doing everything it could to investigate the origins of the pandemic but confessing in the same breath that opinion within U.S. intelligence was defined by uncertainty and disagreement.

**This puts us in a strange epistemological limbo for such a mystery: No genuine proof seems to have arrived, one way or the other, three years on, in part because investigations have been largely stonewalled by China.** That means that anyone contemplating the origins of the pandemic and its relevance for lab safety is operating to some degree from positions of ambiguity and probability.

**But if you had been told, back in 2019, that this would be the state of knowledge in 2023, would it not seem extremely weird to you that there has not been a broad public conversation about the wisdom of potentially dangerous virological research in the meantime?** That so much more oxygen had been eaten up by partisan theater than by public debate over the policy implications of such a possibility? And that the most significant set of reforms yet proposed — those [issued](#) a month ago by an expert panel from the National Science Advisory Board for Biosecurity and now being reviewed by the White House — were put together quietly, with little public attention paid to them beyond those already engaged in lab-safety debates?

The boundaries of mainstream discourse have suggested that we should resolve the matter of pandemic origins before moving on to the implications of the lab-leak hypothesis. But this has proved a paralyzing standard, and not just because so little definitive progress has been made on the central detective work. **The question of how the deadliest pandemic in a century began is an undeniably consequential one. But so is the matter of what steps to take given that it remains to so many — including Anthony Fauci — an open question.**

And personally, I think that if I were asked what the chances of an accidental outbreak would have to be to justify a loud and public reckoning over lab safety, I would put the number much lower than full proof. In fact, much lower even than “preponderance of evidence” — as low as 5 percent, perhaps, or 1 percent or less. Truthfully, I’m not sure that it would need to be any higher than zero, given that early in 2020, many of those scientists who would become the most stalwart critics of the lab-leak theory privately acknowledged that the origins of the pandemic were very much up for debate and **that a laboratory leak was a perfectly plausible — perhaps even the most likely — explanation for the emergence of SARS-CoV-2 in Wuhan a few months earlier.**

Since they were obtained by BuzzFeed via a FOIA lawsuit and published in a June 2021 article, a series [of emails](#) between many of the world’s top virologists sent on the last day of January and early days of February 2020 have formed one locus of lab-leak attention. In one, the evolutionary biologist and virologist Kristian Andersen of Scripps Research described the new virus as “inconsistent with expectations from evolutionary theory.” In another, Jeremy Farrar, then-director of the Wellcome Trust and the incoming chief scientist of the World Health Organization, summarized the perspectives of several other scientists, including Michael Farzan of Scripps, who had put his odds as “70:30” or “60:40” in favor of an “accidental release.” Farrar himself put the odds at “50:50.”

On the email chain, other scientists offered alternate views, favoring a natural explanation, and a conference call was arranged for Feb. 1. Less than a week later, the scientists began preparing a paper — [published](#) the following month as a letter in Nature Medicine and bearing the signatures of many of those on the call but not Dr. Fauci, who had helped arrange the call — that amounted to a consensus statement from the research establishment: The overwhelming likelihood was that the disease had evolved naturally; there was no evidence for a lab-leak origin. (“Our analyses clearly show that SARS-CoV-2 is not a laboratory construct or a purposefully manipulated virus,” the authors wrote emphatically.)

Farrar also co-wrote a February statement [published](#) in The Lancet, suggesting that those pushing alternative theories were engaging with conspiracy theories that would only heighten prejudices against Chinese scientists. (Put aside, for a moment, that the predominant “zoonotic” narrative also relied on some racist tropes, in focusing on the unsanitary conditions of Wuhan’s “wet market,” and that any gain-of-function work going on in Wuhan was tied up in American funding and research partnerships.)

For some lab-leak theorists, the fact that so many prominent experts converged so rapidly on a declaration of natural origin so soon after expressing their doubts is proof of a “zoonotic conspiracy” — a coordinated effort to suppress discussion of the possible lab origins of SARS-CoV-2. For their part, many of those participants have described the conference call as an honest exchange of perspectives and the “consensus” that emerged afterward the genuine result of scientific reflection and debate: Further consideration and conversation moved their collective dials away from “possible” to “unlikely” or even “vanishingly unlikely,” with better understanding of the viral genome resolving many of their initial questions about its features.

But to believe we should be talking much more about lab safety and gain-of-function research, you don’t need to see a conspiracy in those emails, or to believe that any of the conference-call participants were acting in bad faith, or that those extending the argument over the next few years were helping in anything like a cover-up. You don’t need to believe that the pandemic came out of a lab, when there is plenty of good reason to suspect it didn’t. You just need to take those scientists at their word: In the early days of the pandemic, knowing nearly as much as anyone in the world about the SARS-CoV-2 genome and the nature of research at the Wuhan Institute of Virology, they believed a lab leak was possible. That fact alone is pretty scary. After all, more than 20 million people have died.

**Already this term**, congressional Republicans have begun an investigation into the origins of the pandemic, with hearings reviving the heated investigation we’ve seen [previewed](#) in the Senate. It’s happening even as those National Science Advisory Board lab-safety recommendations sit quietly on the president’s desk — just the latest illustration of the way in which the debate over pandemic origins, rather than provoking conversations about lab safety, seems to have sidelined them.

All along, discussion of lab safety has continued, but it’s often been the under-the-radar or behind-the-scenes kind that Filippa Lentzos of King’s College London — one of the leaders, with Gregory Koblentz, of George Mason University’s Global Biolabs project — described to me as “invisible work.” At the Nuclear Threat Initiative, Angela Kane and others have [proposed](#) a “joint assessment mechanism” that would automatically start an investigation of the origins of a novel outbreak, for instance. The disgraced former crypto billionaire Sam Bankman-Fried briefly managed to elevate lab safety into a [significant preoccupation](#) on Capitol Hill, but even then, it barely captured a sliver of public attention. What is perhaps most striking is that all this has happened when, according to [the most recent reliable polling](#), more than half of Americans seem to believe that the virus did indeed emerge from a lab.

And yet the government does not even maintain a truly comprehensive database of where such experiments are taking place, let alone practice any rigorous oversight of them. Instead, there are different standards based on crude risk categorization and funding source and research facility. It’s a system that Koblentz, in an interview alongside Lentzos, described to me as “a total crazy patchwork quilt of rules” giving rise to a “big zone of uncertainty” about which labs are doing what

kinds of work under whose oversight and with what level of security and precaution. Globally, the governance and oversight structure is even more patchwork. And to judge by the number of places doing those experiments, the risks may be growing in the wake of the pandemic, not shrinking.

That is the lead finding of a new Global Biolabs report, scheduled for publication next month, which builds on a worldwide database of the highest-security labs, called BSL-4, first published in 2021. At the time, Lentzos says, “there were lots of open questions,” and she and Koblentz were inundated with questions from journalists and policymakers: “So how many labs are there? Where do I get the list? And of course, there isn’t a list. There’s no official international list of these labs. There’s no international oversight body.” They found themselves referring journalists to Wikipedia, which they agreed was “pathetic.”

When they first compiled their database, in May of 2021, there were 59 BSL-4 labs operating or under construction throughout the world. In the update to be published next month, less than a year later, that number will have grown to 69, thanks mostly to announcements of new planned labs. The number passed only 10 just before the turn of the millennium; it has more than doubled since 2010.

As Koblentz and Lentzos point out, not all of these labs are especially concerning from a safety perspective, nor is the fact that there are more of them being built. Many are quite small and perform relatively rote diagnostic work at hospitals or universities. Size and safety level are also not necessarily indicative of risks, they say: There isn’t anything necessarily worrying about a BSL-4 processing blood tests for Ebola, and you can do potentially dangerous work at BSL-3 and BSL-2 labs, as well, if you’re working with relatively benign pathogens that could grow significantly more transmissible or deadly in the lab.

Given the value of new knowledge about viruses, Koblentz and Lentzos are careful to describe themselves not as anti-science but pro-research, and even supportive of some potentially risky research, assuming the proper oversight is in place and the cost-benefit calculation was made thoughtfully. “But there are very clear risks that come out of these labs, and we’re building more globally and in places that don’t have as good oversight as there is in the places where these labs have traditionally been built,” Lentzos says. “The more pandemic research you do,” Koblentz adds, “it does potentially lead to more risks of an accident.”

How might we limit that potential? A single coherent national framework, for starters, in which all such research would be registered and subjected to oversight and approval based on careful evaluations of the risks and benefits. Ideally we’d also have global governance on the same model; automatic investigation of new outbreaks, with expectations of international cooperation, as Kane has called for; clearer guidance for “in-between” categories of laboratories sometimes called “BSL-3+”; new safety standards for research in the field, which is at present “almost completely unregulated,” Koblentz says; and a new culture of research practices, Lentzos suggests, emphasizing safety and transparency over risk-taking in the laboratory.

Koblentz and Lentzos are involved in several other ongoing lab-safety initiatives, including the [Pathogens Project](#), convened by the Bulletin of Atomic Scientists, to consider oversight and potential new “red lines” for virological research going forward. But their new report includes a present-tense report card as well.

On biosafety, Koblentz says, “we’re in the best shape,” though he cautions that is only in relative terms — “I don’t want to imply that we’re in great shape.” On biosecurity, he says, it’s more of a “mixed bag.” But when it comes to oversight on this sort of research, “barely anyone is doing anything,” he says. “There’s one or two countries that do well in the category and a lot of countries with literally zero oversight. They have nothing in place to monitor or oversee the research with potential pandemic pathogens or with gain-of-function research. So they wouldn’t even know what was going to happen if it was to happen.”

**Do we need to know what started Covid to move on all this?** On institute standards and oversight, at least at the national level, endeavoring to establish some shared framework internationally, as well? To agree that there are real risks of some cutting-edge virological research and that such decisions about that research should reckon with those risks?

I certainly hope not, because our understanding is evolving so slowly that it does not seem a real resolution will be coming anytime soon. Instead, the news cycle seems to churn up new coverage and commentary every few months, rarely advancing the story substantially but instead generating new rounds of recriminations. We are probably going to be stuck in that limbo for quite some time, perhaps forever, applying our own prejudices and biases to a story that doesn't quite seem to hold together on either side.

In fact, in general, though lab-leak believers often describe the response of the scientific establishment in conspiratorial terms, quite a lot of newer “evidence” that has emerged since the pandemic's first year has been either analyzed or leaked by U.S. government officials with their own agendas. And it is probably worth keeping in mind, assessing the Department of Energy news, that tensions between the United States and China are heating up, with American fighter jets shooting down at least one Chinese surveillance balloon of the kind that had been flying over our airspace for years. And China is now appearing to [consider a move toward actively arming the Russian military](#), to name two recent examples.

Were it ever to be resolved definitively, the origins of the pandemic would have major geopolitical implications, of course — with the possibility that one of the world's great powers was at least partly responsible for a once-in-a-century global trauma. But even unresolved, the lab-leak hypothesis offers great narrative potential on the world stage, with those inclined toward more conflict with Beijing also likelier to push an account of pandemic origins that pins blame on China. And yet in the political sphere, those most sure of a lab origin aren't exactly comfortable with the kinds of global governance structures that would probably help protect against future accidents in research abroad. And those committed to defending the principles of science may well be shepherding still riskier work into the world by treating calls for oversight as partisan fearmongering.

But it isn't just simple partisanship that explains the strange state of lab-leak and lab-safety discourse, I don't think, though those lines of conflict were drawn early and clearly in the United States. In the beginning, at least, Americans were really scared — with some clinging to expert guidance and others moving in the opposite direction. Some described reporting on pandemic origins, in *The Times* as elsewhere, as simply “stenography” for the National Institutes of Health. And whatever the intent, the definitive language in both the March 2020 *Nature Medicine* letter and *The Lancet's* “conspiracy theories” commentary certainly appears to have suppressed debate.

The subject has also proved hard to broach, given that it is also inherently, eye-blurringly technical, on both sides: grant proposals and genome sequences, safety protocols and oversight boards. Researchers and experts quickly grew defensive and dismissive, giving the public an unmistakable sense of an almost unresolvable stalemate early on. More recently, while some researchers have [embraced](#) the National Science Advisory Board Recommendations, in other quarters there has been [pushback](#) to regulation and oversight.

And while talking about the risks of some virological research like this is tricky enough, talking about the possible benefits can be just as dicey. Proponents of cutting-edge gain-of-function research will often invoke the importance of deeper virological knowledge, an argument advanced recently in a [commentary](#) published in *The Journal of Virology* under the title “Virology Under the Microscope: A Call for Rational Discourse,” and in other places. (“A small but vocal group of individuals has seized upon these concerns — conflating legitimate questions about safely conducting virus-related research with uncertainties over the origins of SARS-CoV-2,” the authors wrote. “The result has fueled public confusion and, in many instances, ill-informed condemnation of virology.”)

But it's not always so clear that particular research projects point so obviously to potential benefits that they justify their inherent risks. In fact, as Koblenz points out, the wave of public concern that ultimately resulted in an Obama-era moratorium on gain-of-function research began with questions about experiments designed to push the avian influenza H5N1 virus to become transmissible between mammals, to better prepare for that eventuality should it take place in nature. And yet the results of those experiments have not proved helpful in anticipating the recent bird flu developments, with H5N1 appearing to follow a different evolutionary path.

Even alongside partisanship and discourse policing, I don't think complexity can explain all of our weirdness about pandemic origins. Half or more of the country may believe Covid-19 began with a lab leak, but even for those believers, it seems quite an uncomfortable possibility to really think about — to consider that all the death and disruption of the past few years could be a result of human accident and indeed recklessness and hubris. Or that such an accident might yet happen, absent significant new oversight. Or that an episode of such mass death and unprecedented global disruption could unfold and then recede without our ever definitively establishing how it began. To the extent we have really contemplated those possibilities, it has been largely backward looking and even symbolic — as though the actual question was a purely abstract one illustrating culture-war conflicts more than practical dilemmas. Wouldn't it have been better to have responded to even the slim possibility of a lab-leak origin by saying, simply, "Let's do everything we can to make sure it doesn't happen in the future"? Or at the very least, do what we could in terms of oversight and regulation so that next time we might actually know for sure?

"It's a real loss, coming out of this whole pandemic," Lentzos says. "Because it should have been this opportunity politically and publicly to focus on biorisks and how we can better address them. But that was, I think, all lost — and ironically, because it would've been a great example of the potential of a lab leak to cause a pandemic. Regardless of whether it did or not."

**David Wallace-Wells (@dwallacewells), a writer for Opinion and a columnist for The New York Times Magazine, is the author of "The Uninhabitable Earth."**

1<sup>er</sup> mars 2023 (Wall Street Journal)

[https://www.wsj.com/articles/switzerland-becomes-stumbling-block-for-western-military-aid-to-ukraine-6003880c?mod=hp\\_lead\\_pos10](https://www.wsj.com/articles/switzerland-becomes-stumbling-block-for-western-military-aid-to-ukraine-6003880c?mod=hp_lead_pos10)

## Switzerland Becomes Stumbling Block for Western Military Aid to Ukraine

Alpine nation's reluctance to authorize transfers of ammunition to Kyiv is frustrating Ukraine's Western partners



*German Chancellor Olaf Scholz, in a suit, visits a training program for Ukrainian soldiers in Putlos, Germany.*

PHOTO: MARCUS BRANDT/ASSOCIATED PRESS

By [Bojan Pancevski](#)

Feb. 28, 2023 7:20 am ET

The West's efforts to keep Ukraine supplied with enough ammunition to push back Russian forces has hit a major roadblock: Switzerland's centuries-old tradition of neutrality.

The wealthy Alpine nation is home to **a mature weapons industry, but is steeped in the principle that it keeps out of foreign wars.** Switzerland's adherence to a ban on the export and re-export of weapons and ammunition to conflict zones is blocking North Atlantic Treaty Organization countries in Europe from giving Ukraine their stocks of Swiss-made ammunition and arms, none of which are easily substituted.

**The ban is now affecting Western-provided weapons systems such as aerial defense batteries and tanks—and prompting a rethink in Switzerland's parliament about a pillar of Swiss identity.**

The prohibition is adding another bottleneck to already stressed weapons and, above all, ammunition supply chains, with Ukraine expending far more shells and rockets in a month than its Western partners can produce.



In addition to Western pressure, Ukrainian lawmakers from the parliament's foreign-affairs committee is now planning a special delegation to visit Bern, the Swiss capital, to call for a policy change.

"They need to do more to help Ukraine," said Oleksandr Merezhko, the committee chairman.

Spain and Denmark complained after Bern refused to allow the export of Aspide air-defense systems and Piranha III infantry fighting vehicles to Ukraine, both of which have Swiss-made parts.

Berlin has repeatedly lobbied Bern to shift policy after requests for permission to send Ukraine Swiss-made ammunition acquired by Germany decades ago were denied. These include rounds for the **Gepard** aerial flak system that Ukraine has successfully deployed against [Iranian-made suicide drones](#), in particular. **As a result, Ukrainian forces have been compelled to save ammunition, reducing the effectiveness of the vital system.**

**"In the case of Ukraine, it is not about neutrality,"** NATO chief Jens Stoltenberg said last month. **"It is about respecting the right to self-defense, protecting the rule of law, and defending the U.N. Charter."**

Ursula von der Leyen, president of the European Commission, the EU's executive body, said abstention wasn't an option for Switzerland. "Everyone has to be clear on their positions: law or the law of force, democracy and fundamental rights or autocracy."

**So far, Bern argues that there can be no waiver for the ban because it is part of its constitutional order.**

**Switzerland's neutrality can be traced back to 1515**, when the Old Swiss Confederacy was defeated by France. Since then, it has largely tried to keep out of Europe's wars, with neighboring powers recognizing its status in the 1815 Treaty of Paris, **staying neutral through the 20th century's two World Wars.**

**Today, Switzerland takes a position of so-called armed neutrality**, regulated by international treaties and domestic legislation, which means that the country maintains significant forces to protect its sovereignty but keeps out of foreign conflicts.



***Switzerland's ban on the export and re-export of weapons and ammunition to any conflict zone is part of its constitutional order.***

PHOTO: DENIS BALIBOUSE/REUTERS

In the opening weeks of Russia's invasion of Ukraine, though, European leaders and local protesters successfully pressured Switzerland into [joining EU sanctions against Moscow](#), prompting Russia to add Switzerland to its "Unfriendly Countries" list.

Pressure from countries such as Germany, the largest buyer of Swiss armaments, which has threatened to cancel long-term contracts with Swiss companies, has also prompted a debate in the Swiss parliament about amending its laws to allow select third countries to re-export weapons and ammo.

Swiss lawmakers have drafted a set of amendments to the law regulating arms trade that would unlock re-export permissions but it isn't clear whether these can muster a majority in parliament. Even if the proposal is adopted soon—the process will take three to six months—the change would only come into force early next year at the earliest, according to several lawmakers.

"Allowing re-exports of Swiss-made materiel would not violate our neutrality but refusing to do so could destroy our armaments industry," said Thierry Burkart, a senior legislator from the Liberal Party, who drafted a motion to amend the laws. **"Weapons are made for war, and if we refuse to supply our partners, we might as well abolish the arms industry," he added.**

**Mr. Burkart says there is much at stake: Switzerland is the 14th-largest arms exporter in the world, and the industry is responsible for close to 1% of its gross domestic product.**

His proposal envisages **a special dispensation for 25 nations that share Swiss values and legal provisions on arms-proliferation control** to be able to re-export Swiss-made weapons and ammunitions to third countries. Those nations—Switzerland's European partners, as well

as the U.S., Canada, Australia and Japan—**would only be able to re-export after five years of purchasing the materiel.**

If adopted, Mr. Burkart’s proposal could also unlock a backfilling scheme that the government has so far rejected, citing neutrality. **Around 100 German-made Leopard tanks mothballed by the Swiss armed forces could be sent back to the manufacturer or a third country, which could then supply them to Ukraine.**

The initiative is facing opposition from the pacifist Green Party, far-right groups and parts of the conservative bloc and the center-left. The right-wing Swiss People’s Party, the country’s largest political force, is split on the issue, with legislators on the right of the party opposing the initiative.

Eric Nussbaumer, a legislator for the Social Democrats who supports the motion, said: **“One can’t hide behind neutrality in this unique war, when a country has been brutally attacked, and even a small nation like Switzerland must find a way to support its neighbors.”**

While the debate in Switzerland unfolds, Ukraine’s European partners have struggled to replace Swiss-made ammunition from elsewhere.

**Brazil, which holds a major supply of shells for the Gepard and the Leopard systems, has so far rejected German Chancellor Olaf Scholz’s requests to buy them.** During a state visit by Mr. Scholz to Brasília last month, **Brazilian President Luiz Inácio Lula da Silva refused to supply the ammunition, saying it wasn’t clear what triggered the conflict—whether it was Russia’s territorial claims, Ukraine’s desire to join Europe or some other cause.**

**The reason for the war between Russia and Ukraine needed to be clearer, Mr. Lula said. “Is it because of NATO?”**

Budgeting for conflict

## What war has done to Europe's economy

After the energy crisis comes low growth and stubborn inflation



Feb 23rd 2023

After three years of pandemic shutdowns, reopening booms, war, clogged supply chains and nascent inflation, European policymakers thought that 2023 would be the year the old continent returned to a new normal of decent growth and sub-2% inflation. Europe's economy is indeed settling down. Unfortunately, though, the new normal is considerably uglier than economists had expected.

Start with the positives. The euro zone has proved remarkably resilient, considering the shock of Russia's invasion of Ukraine and the energy crisis. Gas is now cheaper than it was on the eve of the conflict, after prices spiked last summer. Governments were not forced to ration energy as had been feared at first, in part thanks to unseasonably warm weather. Headline inflation, having reached a record 10.6% in October, is falling.

Nor, as doom-mongers predicted, has industry collapsed because of the cost of fuel. In Germany, energy-intensive factories have seen output drop by a fifth since the war started, as imports replaced domestic production. But production overall had fallen just 3% by the end of the year, in line with the pre-pandemic trend. The latest ifo survey shows manufacturers as optimistic as they were before covid-19.



Although Germany's economy shrank slightly in the fourth quarter of 2022, the euro zone defied expectations of recession. According to the European Commission's latest forecast, the bloc will avoid a contraction this quarter, too. Recent sentiment surveys support this projection. The widely watched purchasing-managers' index (pmi) has risen in recent months, suggesting a rosier picture is emerging in manufacturing and, especially, services.

Economic stability keeps people in jobs. The number in work across the bloc rose again in the fourth quarter of 2022. The unemployment rate is at its lowest since the euro came into existence in 1999; in surveys, firms indicate appetite for new workers. And jobs keep people spending. Despite high energy prices, consumption contributed half a percentage point to quarterly growth in the second and third quarters of 2022. In many countries, "the energy shock takes time to affect consumers because high prices are only passed on with a lag," says Jens Eisenschmidt of Morgan Stanley, a bank. "In the meantime, financial help from governments has helped households spend."

The question now is how long they will keep spending. Households began to tighten their purse strings in the fourth quarter of 2022. In Austria and Spain, for which detailed gdp figures are available, consumption dragged down quarterly growth by a percentage point. Retail trade in the euro zone fell by 2.7% in December, compared with the month before. State handouts and price caps will be withdrawn this year. Consumption could become a problem.

Meanwhile, inflation is proving stubborn. "In the eu we have 27 different ways in which wholesale energy prices are passed on to consumers, which is a nightmare to forecast," sighs a commission official. Some price pressure may still be on the way—as looks to be the case in Germany, where energy prices in January rose by 8.3% from December. Even if wholesale prices stabilise at current lower levels, household prices may prove erratic.

Europe's strong jobs market could add to inflation. High prices and labour shortages, which are likely to worsen as oldies retire and fewer youngsters enter the workforce, are pushing up pay demands. In the Netherlands wages jumped by 4.8% in January, compared with a year earlier, after increasing by just 3.3% in 2022 and 2.1% in 2021. Germany's public-sector unions are threatening more strikes. They want a whopping 10.5% raise, which could set the tone for comrades elsewhere.

Data from Indeed, a hiring website, show that wages in the euro zone tend to follow underlying, or "core", inflation. This shows no sign of softening. The consumer-price index, excluding food and energy, rose by 7% in the year to January. Services, in particular, face steeply rising costs, according to the pmi survey, which may lead to further price increases.

This leaves the European Central Bank with little choice but to keep interest rates high. Markets expect them to rise from 2.5% to to 3.7% in the summer. Funding for firms and households is thus set to get more expensive, hitting investment. Credit standards are already tightening, according to the bank's lending survey. And most of the impact of monetary tightening, Mr Eisenschmidt argues, is yet to be felt.

The euro zone may have escaped recession so far, but its prospects—stubborn core inflation, high interest rates and a weak economy—are hardly pleasant. The imf predicts 0.7% growth in 2023; the commission forecasts 0.9%. Even this might be optimistic. America faces equally stubborn inflation, and China's reopening has not provided much of a boost to the bloc. Welcome to the grim new normal.

1<sup>er</sup> mars 2023 (The Economist)

<https://www.economist.com/middle-east-and-africa/2023/02/19/why-south-africa-is-drifting-into-the-sino-russian-orbit>

Not so neutral

## Why South Africa is drifting into the Sino-Russian orbit

The ANC elite is full of Russian sympathisers



Feb 19th 2023 | JOHANNESBURG

South Africa's navy, like much of the country, is dilapidated. Its fleet spends less than half the time on the seas that it did a decade ago. It has few working ships, a result of budget cuts by the ruling African National Congress (ANC). So it makes sense that the country would welcome better fleets that might teach it a thing or two.

But the hosting of Russian and Chinese navies for exercises from February 17th-27th is not just a chance for sailors to salute each other. Coinciding with the one-year anniversary of [Russia's invasion of Ukraine](#), the operations underline how the ANC government, despite claiming to be neutral over the conflict, is drifting into the Sino-Russian orbit, partly by choice. The West's resulting frustrations with South Africa show that mid-ranking countries claiming to be "non-aligned" today are often performing a tricky balancing act.

The ANC has long had a soft spot for Russia. Party stalwarts such as Naledi Pandor, South Africa's foreign minister, are fond of telling Western diplomats how the Soviet Union supported the anti-apartheid struggle. ([Ukraine](#), also once part of the Soviet Union, never receives much thanks.) When Ms Pandor met Josep Borrell, the EU foreign-policy chief, in late January, she said that the West had no lessons to offer South Africa because the West never gave weapons to those fighting for freedom from white rule, according to two people with knowledge of the meeting. Russia also matters for pragmatic reasons; [China even more so](#). In 2010 South Africa became the *s* in the BRICS, a group of big emerging markets. Membership matters to South Africa, by far the smallest economy in the bloc, because it gives it a seat at a table with powerful countries.

For most of the 21st century the West has been understanding of South Africa's desire to have it both ways. Guilt over their initial acquiescence to apartheid tempered rich countries' criticism of the ANC. South Africa was the gateway to the rest of the continent. As long as it was open to trade, investment and tourists from America and Europe, the ANC was given a pass. Western countries still represent four of the five top destinations for South African exports. They also account for most of the country's foreign direct investment and international holdings of South African assets.

But the war in Ukraine has drawn attention to South Africa's ostensible non-alignment. Last March it was one of 26 of Africa's 54 countries that failed to condemn Russia's invasion at the UN General Assembly. That irked but did not surprise Western diplomats. On average South Africa echoed only 23% of America's votes annually between 2017 and 2021, according to analysis by *The*

*Economist*. That was ten percentage points lower than the average for all countries—almost as divergent as nations such as Cuba and Zimbabwe. South Africa was among the minority of un members that did not condemn Russia's invasion of Crimea in 2014. Public opinion is different: most South Africans seem to disapprove of Russia's actions in Ukraine.

South Africa's abstention in October 2022, on whether to condemn [Russia's annexation](#) of Ukrainian territory, caused greater frustration in the West. A month earlier Cyril Ramaphosa had become the first head of state to receive a private tour of the White House from Joe Biden—a sign of America's efforts to woo South Africa. Weeks later Mr Ramaphosa would become the first to conduct a state visit to Britain under King Charles III. Western diplomats say they consulted the South Africans on the text of the un resolution but ultimately Mr Ramaphosa overruled his diplomats and abstained. (His spokesperson declined to comment.) Charm offensives appear to be no match for real Russian ones.

## Choppier waters

Mr Ramaphosa was given the benefit of the doubt. He had an internal anc election to win in December, and needed to keep pro-Russian party members happy. But then in November a superyacht owned by a sanctioned Russian businessman was reported to be heading to Cape Town (in the end it opted for the Maldives). More disturbingly, later that month, a Russian merchant ship subject to us sanctions for its alleged role in carrying materiel was spotted in South African waters. The ship, known as *Lady R*, turned its tracking device off before docking at a naval base in early December. Eye-witnesses reported cargo being offloaded under the cover of darkness. Diplomatic sources worry that further materiel may have been put on the ship afterwards. Thandi Modise, the defence minister, has not given a full account of events, saying only that the ship was bringing an order of ammunition placed before the pandemic. "We remain unsatisfied," says a Western diplomat. (A spokesperson for Ms Modise did not respond to requests for comment.)

Then, in January, came the visit of Sergei Lavrov. Alongside her Russian counterpart, Ms Pandor said that calling for Russia's withdrawal from Ukraine would be "simplistic and infantile" given the "massive transfer of arms" that the West had given Kyiv. She also said the brics bloc should be part of "a redesigned global order"—to Russian and Chinese delight.

Now there are the naval exercises. South Africa hosted Russia and China in 2019 to less outcry. It cooperates with Western navies, including France's, and regularly welcomes Western politicians. But hosting a Russian ship emblazoned with the pro-war "Z" logo at a time when Vladimir Putin's troops are slaughtering Ukrainians on the battlefield marks a shift.

The government's actions are drawing attention to the links between individual anc politicians and Russia. In 2021 David Mabuza, the deputy president, spent more than a month in Russia for a "scheduled medical consultation". Ms Modise, a rare female guerrilla for the anc's armed wing during the struggle, attended a security summit in Moscow in August with defence ministers from 34 other countries. Western diplomats see engaging with her as a lost cause. There are echoes, notes one, of Russia's *modus operandi* in more fragile African countries, such as Mali and the Central African Republic, where the Wagner Group of mercenaries is propping up regimes. Russia cannot match the West's economic importance to South Africa, but it can try to pick off pliant elites, especially those with anti-Western sympathies.

The West is still figuring out how to respond to the anc's pro-Russian moves. Some officials worry that speaking out or issuing threats will push anc politicians further eastward. Diplomats note that in South Africa, what can seem like conspiracy is often cock-up. Ministries are siloed; the foreign ministry was unaware of the arrival of *Lady R*. But officials on the ground all agree that defending a softly-softly approach to the anc government to their respective capitals is becoming harder.

Some in the West favour a tougher line. American senators are privately asking why South Africa should have preferential trade terms with the United States, as it does through the African Growth and

Opportunity Act, when it is de facto supporting a wartime enemy. Some American officials want their law-enforcement and intelligence agencies to take a closer look at Russia's links to corrupt South African elites. Western governments are pondering whether to warn Mr Ramaphosa about the consequences should he attend a Russia-Africa summit due later this year.

The tragedy is that South Africa needs all the help it can get. It is not the singular sub-Saharan African power it was in the 2000s. Nor has it gone unnoticed that the country is falling apart. There are [rolling blackouts](#) and the taps are [regularly dry](#): when Janet Yellen, America's treasury secretary, visited last month water tanks had to be delivered to where she was staying because the water was off. Organised crime is rampant. Yet just when it should be drawing closer to its main sources of trade and investment, it is veering away. To friends in the West, South Africa's pretensions to global importance look increasingly ridiculous. Its sympathy for Russia only makes it more so.



The rule of law

## The biggest obstacle to saving rainforests is lawlessness

Until that is tackled, nothing else will work



Feb 27th 2023 | ITAITUBA, SINGAPORE AND VIRUNGA

The pickup trucks left before dawn. Their occupants—six military police and nine agents from Brazil’s national parks service—wore [bulletproof vests](#). Their target was an illegal gold mine deep in the Amazon. To save the rainforest, Brazil’s [new government](#) is trying to catch the criminals who cut it down.

First, though, it must find them. Satellite images had revealed the location, 140km from Itaituba, a city in the state of Pará. After seven hours of driving, two men on a motorbike spotted the convoy and sped off to alert the miners. The trucks gave chase, but got stuck in knee-deep mud. Five kilometres from their target, the forces of law and order had to turn back.

That gave the [wildcatters](#) time to hide their excavators and hydraulic jets, which the agents would have torched. The chances of a follow-up raid are slim. The Pará office of icmBio, Brazil’s national parks agency, oversees 9m hectares of protected forest—an area the size of Hungary. There are perhaps 2,000 illegal mines (known as *garimpos*) on its patch.

The Amazon “has been blackened over the [past] half-century by the dual flames of fire and lawlessness”, argues Heriberto Araujo, a Spanish journalist, in “Masters of the Lost Land”, a new book. Josiclaudio, one of the agents on the failed raid in Pará, agrees. “It’s easy to beat the system,” he said, as the trucks passed a stretch of federal land dotted with burnt tree stumps, evidence of recent illicit forest-clearing. An opportunistic rancher had already plopped down several hundred cows on it.

The destruction of the world’s rainforests is not only a scandal; it is a colossal market failure. Rainforests brim with biodiversity and help regulate the water cycle. Most importantly, the forests are giant carbon sinks. Deforestation accounts for 7% of global carbon-dioxide emissions. Daniel Nepstad of the Earth Innovation Institute, an American non-profit organisation, estimates that clearing and burning a hectare of the Amazon pumps 500 tonnes of carbon dioxide into the atmosphere. If each tonne causes \$50 of harm by accelerating global warming (an official American estimate), then the total damage is \$25,000.

Set against this, the profits are puny. The soil under the Amazon is not particularly fertile. A typical hectare of freshly cleared pasture sells for about \$1,200. Not counting the effect on biodiversity, the social costs of Amazonian deforestation are about 30 times the benefits, estimates Dr Nepstad. Yet still the chainsaws whirr. The area of Earth covered by primary tropical rainforest has dwindled by 6.7% since 2000. The problem, of course, is that the benefits of conservation accrue in imperceptibly thin slices to everyone in the world, whereas the benefits of deforestation go in large, lucrative chunks to the men wielding the chainsaws.

## Just words on paper

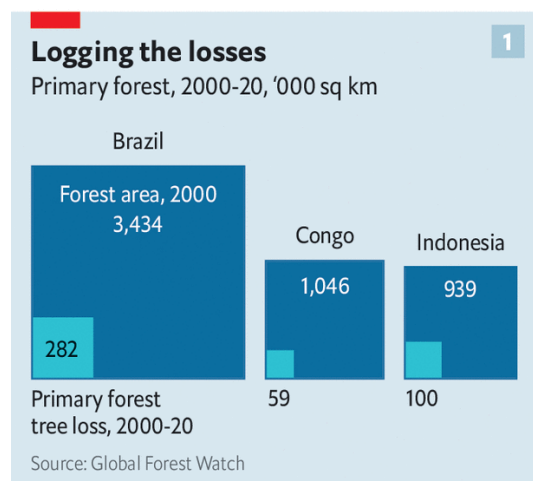
The world's governments, at least in theory, should be able to fix that market failure by paying the custodians of the rainforests not to chop them down. This idea was pressed hard in November at cop27, an annual UN climate conference. Brazil, Indonesia and the Democratic Republic of Congo, the three countries with the biggest rainforests, signed a pact to work together to curb deforestation, and to urge other countries to help finance it.

If rainforests were in countries where property rights were clear and the rule of law was strong, it would be straightforward to pay the landowners to conserve them. Where property rights are muddled and the rule of law is weak, however, whom do you pay, and how do you know he or someone else won't chop down the forest anyway? Alas, rainforests are often in the second kind of country.

Laws to protect the forests are typically strict on paper. But often the political will to enforce them is lacking, or the relevant institutions are rickety. Forested areas are sometimes so remote that the law cannot reach them, as that aborted raid in Pará illustrates. Local people may not support law-enforcement because they think clearing the forest will make their communities better off. And outsiders who might fund conservation, such as foreign donors or corporate buyers of carbon offsets, are nervous of sending money to countries where corruption is widespread.

To understand how hard it is to replace the rule of the chainsaw with the rule of law, it helps to look at the three rainforest titans. Brazil and Indonesia are middle-income democracies where the rule of law is patchy but improving. Congo is much poorer, autocratic, charred by conflict and practically lawless.

Brazil has seen the most destruction in absolute terms (see chart 1), but is now full of hope. Until January it was led by Jair Bolsonaro, a president who actively sabotaged efforts to curb illegal logging and mining. Voters have replaced him with Luiz Inácio Lula da Silva (universally known as Lula), who is cracking down again. Brazil's laws are stringent. Almost half of its Amazon biome has protected status, including national parks and reserves set aside for indigenous inhabitants. And on private land in the Brazilian Amazon, ranchers and farmers can deforest just 20% of their holdings.



Yet a gulf yawns between law and reality. Start with geography. The Amazon is twice the size of India and spans nine countries. The forest's empty vastness has long inspired paranoia. The military regime that ran Brazil from 1964 to 1985 feared that foreigners would encroach, so it built roads and urged Brazilians to move in. Incomers cleared tracts, sold the timber and planted crops. Desperadoes pushed out indigenous folk and bribed officials to stamp bogus title deeds.

Lula was previously president between 2003 and 2010. His government tried to curb impunity, hiring thousands of environmental agents, using satellites to spot deforestation, and expanding conservation areas by more than 30%. Donors were impressed: Brazil received more than \$1bn through a mechanism called the Amazon Fund. The pace of deforestation slowed by more than 80% between 2004 and 2012.

But then it accelerated again. A new forest code passed in 2012 granted an amnesty for any deforestation that occurred before 2008. This created an incentive for future clearing, says Cláudio Almeida of the National Institute for Space Research (inpe), which gathers satellite data on deforestation. Land-grabbers "concluded that the rules will always change in the future".

Mr Bolsonaro took over in 2019. A former army captain and the son of a wildcat gold miner, he abandoned the anti-deforestation plan, hog-tied the Amazon Fund, cut the environment ministry's budget, and halted the imposition of fines for forest-related crimes. In 2019 he ordered Ibama, the environment ministry's other enforcement arm, to stop destroying the equipment of illegal loggers and miners. In 2021 he visited a wildcat mine in an indigenous territory—where such operations are banned by the constitution—and told miners he planned to make it legal. During his time in office, deforestation in the Amazon jumped 60%.

Since Lula came back to power, he has started to enforce the law again. He raised icmBio's budget by 55% and brought back his tough former environment minister, Marina Silva. On February 8th her ministry launched an operation to drive more than 20,000 illegal miners from Brazil's largest indigenous territory, home to the Yanomami tribe. The more policing operations succeed, says Ms Silva, the more the "pendulum will swing", until the risks of lawbreaking outweigh the rewards.

However, "if enforcement is the only card we have to play, we are going to lose," says Bruno Matos of icmBio. "Most miners can barely read or write, they don't have any other option," says Ronaldo, a pump operator at a wildcat mine that *The Economist* visited. Cracking down on illegal mining without putting anything in its place will cause "a social calamity", warns Gilmar de Araújo of a local mining union.

In Itaituba and neighbouring Jacareacanga, Bruno Rolim, a local official, estimates that 30,000 people work in what he delicately calls "unregulated" gold mining, and 300,000 depend on the money they earn. Warehouses in town openly sell excavators and pumps. Petrol stations rent out airstrips for smugglers' planes. Bumper stickers proclaim that "GARIMPEIROS AREN'T CRIMINALS". Officials trying to curb deforestation have been ambushed with homemade bombs. The mayor of Itaituba, a rancher and miner known as the "King of Garimpo", has been fined several times for illegal deforestation. He is still in office, and popular.

Land-grabbing has become an industry. It is known as "*grilagem*", after the trick of putting a phoney title deed in a box of crickets (*grilos*), whose droppings and nibbles make the paper look much older than it is. Land-grabbers invade public land, deforest it, and sell it to ranchers. When the ranchers move on, they resell it to soya farmers. Brazil's land titling system is such a mess that no one can keep track. In some parts of Pará, reports Mr Araújo, overlapping claims add up to five or six times the disputed area.

Clearer property rights would let owners invest for the long run, rather than stripping land and flipping it. They would also make it easy to identify who should be paid for conserving land, or fined for spoiling it. A study by João Paulo Mastrangelo and Alexandre Gori Maia of the University of

Campinas found that when there are no overlapping claims for Brazilian land, it is less likely to be deforested and more likely to be used lawfully.

## Progress is possible

Indonesia, too, has a vast territory and a history of lawlessness. Under Suharto, a dictator who ruled from 1967 to 1998, cronies won concessions to clear forest and set up palm-oil plantations. After Suharto's fall, power was democratised and decentralised. But [deforestation continued](#), as newly potent provinces and towns raced to grant logging rights in return for royalties and bribes.

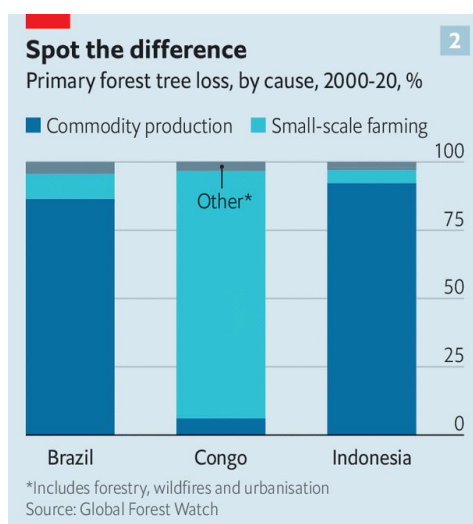
Indonesia has lost more than a third of its primary rainforest since 2000. Strip out the huge and mostly undeveloped province of Papua, and the picture is bleaker. On Java and Sumatra, the most populous islands, lowland forests are disappearing. [Peatlands](#) have been drained and burned to make way for palm oil and other crops. Peat is boggy, partly decomposed plant matter that traps large amounts of carbon. Deforestation and peat-burning in Indonesia cause more emissions than industry, coal power and transport combined.

Yet things have started to improve. In 2011, after repeated complaints from neighbouring countries about the stinging haze from burning peatlands, Indonesia's then president, Susilo Bambang Yudhoyono, imposed a moratorium on clearing primary forests and peatlands for logging or plantations. In 2019 the current president, Joko Widodo, made it permanent.

Some loggers find ways around the ban, and some officials slyly redraw maps to exclude forests from protection. But democratisation has strengthened the rule of law. The government and big palm-oil firms sometimes lose in court, something unheard-of in Suharto's day. Local residents, ngos and lawyers can now push back against the powerful, observes Herry Purnomo of the Centre for International Forestry Research, itself an ngo. Corruption still exists. But local officials can lose elections if they ignore these other voices.

Although Indonesia's forests are still shrinking, the pace has slowed sharply. In 2021 it fell for a fifth straight year, down by a quarter compared with 2020 and reaching lows not seen in over two decades, according to the World Resources Institute (wri), another ngo. Last year Indonesia hardened its carbon-emissions targets, and pledged to make its forests, peatlands and plantations a net carbon sink again by 2030.

Congo's rainforest has suffered less damage than Brazil's or Indonesia's, partly because the country is so poor that few Congolese can afford chainsaws. Typically, subsistence farmers use hand tools to gather wood for fuel and to clear small patches of land to plant crops (see chart 2).



However, if modern means to slice down trees become widely available in Congo before the country is able to regulate them, an environmental disaster looms. And today, Congo borders on anarchy. Militias pillage vast swathes of the country. Among 31 African countries analysed by the oecd, a rich-country group, only Nigeria collects less tax as a percentage of gdp. Property rights barely exist in rural areas. Villagers are often driven from their homes at gunpoint.

Signs of environmental trouble can be seen from a small plane above Virunga National Park in eastern Congo. The landscape is still verdant, but patches of brown and plumes of smoke are visible, too. Satellite data analysed by the University of Maryland suggest that deforestation in Virunga accelerated in 2021, driven by demand for charcoal, which helps fund local militias. From 2016 to 2021 Congo lost 500,000 hectares of primary forest every year, more than twice the average recorded from 2002 to 2015, estimates Forest Pulse, an initiative run by the wri.

## Rotten timbers

How much can outsiders help? Lula is urging rich countries to keep their promise to deliver \$100bn a year in climate finance to poorer countries, and arguing that protecting rainforests should be part of that. Brazil, at least, will surely get more now that the logger-hugging Mr Bolsonaro is gone.

Private firms, meanwhile, can help squeeze criminality out of supply chains. Nudged by activists and consumers, companies that deal in palm oil and paper are tightening standards. Indonesia supplies about half of the world's palm oil. These days four-fifths of its refining capacity is run by companies that have pledged "No deforestation, no peat and no exploitation" (ndpe). Strikingly, and for the first time, rises in the price of palm oil since 2020 do not appear to have caused more deforestation in Indonesia.

Companies that have nothing to do with rainforests directly—such as airlines or power-generation firms—are getting involved through "carbon credits", which allow them to offset emissions by doing good elsewhere. One popular option is to pay others to avert deforestation.

Such schemes rely on the assumption that paying up really does prevent tree-chopping. Some studies have estimated that far less is averted than is claimed. An investigation published in January by *Die Zeit*, the *Guardian* and *Source Material*, another ngo, concluded that the most of the offsets certified by Verra, the leading certifier of such schemes, were "likely to be worthless".

Verra hotly disputes this, finding fault with the article's methodology and describing its own way of calculating averted deforestation as "robust" and "continually" improving. But companies nonetheless have grown nervous. Perhaps for this reason, global purchases of voluntary carbon credits stagnated at around \$2bn in 2022, having been growing rapidly before. In 2022 Indonesia suspended the sale of carbon credits related to its rainforests, citing the need for clearer rules and to avoid double-counting. Frances Seymour of wri says that 2023 will be "a make-or-break year" for the market.

One promising idea is to shift from funding lots of local projects, which can be hard to track, to paying a larger political unit, such as a province or state. Dr Nepstad sees great potential for such "jurisdictional" credits. Brazilian states could reap \$13-48bn from them by 2030, he reckons, calling it "an unprecedented opportunity to finance the Amazon's transition to...a carbon-positive, socially-inclusive economy". And if fewer Brazilians' livelihoods are harmed by conservation, perhaps fewer will vote to re-elect Mr Bolsonaro, or someone like him, in 2026.

For jurisdictional carbon credits to work, though, the buyer has to be able to trust the seller. That can be hard. In 2021 Congo's president, Félix Tshisekedi, agreed to cut the pace of deforestation in exchange for a pledge of \$500m over five years from a donor-funded project called the Central African Forest Initiative (cafi). But the Congolese state lacks the capacity to monitor events on its huge, nearly roadless territory, let alone control them. The elite are unco-operative. In 2020 the government

published an audit which found that the previous six environment ministers had illegally sold off logging licences despite a moratorium on new concessions.

Last year an American start-up proposed a pilot project in which it would create a registry of Congo's carbon assets. This would have stored the precise locations of the carbon-sucking areas, allowing buyers to track whether deforestation happened there. The plan was blocked by a minister, according to a source familiar with the discussions. The firm and the government refused to comment.

In any country, strengthening the rule of law takes time. Mr Almeida of Inpe in Brazil advocates a new law to sort out land titling in the Amazon. Those who cannot prove ownership should be kicked out, he says; the few with valid deeds for land that is now part of a conservation area would be compensated. But reforms could take decades to implement. Carlos Nobre, a Brazilian scientist, predicts that when 20-25% of the Amazon is destroyed, the forest will pass a tipping point. Its water-recycling system will break down and huge areas will turn to savannah. Already, 17% of it has gone.

1<sup>er</sup> mars 2023 (Marianne)

<https://www.marianne.net/politique/le-pen/russie-ukraine-entre-marine-le-pen-et-jordan-bardella-le-rn-pietine-sur-le-cas-poutine>

## Russie-Ukraine : entre Marine Le Pen et Jordan Bardella, le RN piétine sur le cas Poutine

Grand écart

Par [Louis Hausalter](#)

Publié le 28/02/2023 à 17:30



Marine Le Pen et Jordan Bardella divergent sur la ligne à tenir vis-à-vis de Poutine.  
Thomas Padilla/MAXPPP

**En admettant « une naïveté collective » à l'égard de Vladimir Poutine, Jordan Bardella a semé le trouble dans son propre parti, le Rassemblement national (RN). Et marqué pour la première fois une différence notable avec Marine Le Pen.**

[Marine Le Pen](#) a annulé sa visite au Salon de l'agriculture. La patronne des députés Rassemblement national (RN) s'est blessée à la jambe la semaine dernière, selon un communiqué envoyé à la presse lundi 27 février. Elle n'aura donc pas l'occasion de clarifier la ligne de son parti sur la guerre entre la Russie et l'Ukraine, alors que le poulain [qu'elle a propulsé à la tête du RN](#), Jordan Bardella, a semé le trouble jusque dans son propre camp.

Dans une interview à [L'Opinion](#), la semaine dernière, [Jordan Bardella](#) a en effet semblé acter un virage anti-Poutine. « Il y a eu une naïveté collective à l'égard des ambitions de Vladimir Poutine et ne pas l'admettre serait une faute morale, déclarait-il. Le réel est revenu frapper à nos portes et il est clair que le Vladimir Poutine d'il y a cinq ans n'est pas celui qui, cinq ans plus tard, décide d'envahir l'Ukraine et de commettre des crimes de guerre à Odessa ou à Marioupol. »

Un tournant dans la doctrine du RN, très réservé sur les sanctions contre la Russie et les livraisons d'armes à l'Ukraine. Et une esquisse de mea culpa sur les positions passées de Marine Le Pen à l'égard du président russe. « Dans une certaine mesure, j'admire Vladimir Poutine », déclarait-elle en 2011. C'était, c'est vrai, il y a près de douze ans, mais en 2017, la candidate à la présidentielle allait jusqu'à rencontrer Poutine au Kremlin, et réfutait toute « annexion illégale » de la Crimée.

RECADRAGE

Souvent, Marine Le Pen et Jordan Bardella sont soupçonnés de se répartir les rôles. À elle, la normalisation et le discours compassionnel et social, censés élargir l'électorat en vue de la présidentielle 2027. À lui, la ligne dure et les refrains identitaires et sécuritaires, pour verrouiller l'électorat traditionnel. Mais cette fois,

le jeune homme a joué cavalier seul, et c'est lui qui s'est fait le chantre de la « dédramatisation ». Et sur le fond, « c'est la première fois qu'ils tiennent des positions aussi différentes », s'étonne un eurodéputé RN.

« Il n'y a pas plusieurs lignes, mais plusieurs manières de l'exprimer », dédramatise Philippe Olivier, conseiller de Marine Le Pen. Il n'empêche : certains au RN ont vu comme un recadrage la « lettre aux Français » envoyée par Marine Le Pen 48 heures après l'interview de Jordan Bardella, à l'occasion de [l'anniversaire de l'invasion russe](#). Une missive beaucoup plus nuancée. Si elle condamne une « agression » qui viole « tous les principes du droit », la députée pointe côté occidental « un bellicisme irresponsable » et estime que « la France doit prendre l'initiative d'une conférence sur la paix ». Poutine ? Son nom n'est même pas cité.

« La lettre de Marine était prête plusieurs jours avant l'interview de Bardella », assure un proche de Le Pen, qui voit dans la sortie de ce dernier un tropisme personnel : « Il a une sensibilité sur ce sujet, c'est sa perception. Peut-être que Marine a plus de recul et de sang-froid... » Jordan Bardella avait déjà créé quelques remous dans la délégation RN au Parlement européen en applaudissant debout l'intervention de [Volodymyr Zelensky](#), le 9 février, comme l'avait raconté [Libération](#).

« RESPECTABLE »

Sur un strict plan doctrinal, sa prise de position n'est pas incohérente. Après tout, le RN se veut le défenseur de la nation contre « les empires », un terme utilisé pour désigner notamment l'Union européenne. Or, la guerre en Ukraine n'est-elle pas celle d'une nation pour se libérer des visées impérialistes de la Russie ? Sauf que dans l'entourage de Marine Le Pen, on ne partage pas cette conception : « La Russie n'a pas une vision impériale, mais nationale et nationaliste. Elle considère qu'il y a des populations russes en Ukraine. Les empires en présence, ce sont les Américains et les Chinois. L'Ukraine est prise dans un jeu des blocs qui la dépasse. »

Toutefois, il y a fort à parier que ce ne sont pas d'abord ces considérations géopolitiques qui ont conduit Jordan Bardella à ses déclarations. Plus porté sur la stratégie que la théorie, le patron du RN cherche surtout à solder le passif pro-Poutine de son parti, symbolisé par l'emprunt contracté en 2014 auprès d'une banque russe et toujours pas remboursé. « Bardella n'a pas trente ans, sa carrière est devant lui. Il a l'air d'estimer que le RN doit devenir un mouvement comme les autres, donc il veut être respectable, analyse un élu du parti. Le problème, c'est qu'il n'y a pas loin de la dédramatisation à la banalisation. Si les gens votent RN, ce n'est pas pour que nous devenions centristes ! »

En réalité, la ligne du RN sur la guerre devient illisible. Quoi de commun entre un Jordan Bardella qui exige « le retour à une souveraineté pleine et entière de l'Ukraine » et un Thierry Mariani, autre eurodéputé RN, qui déclarait encore le 21 février sur [franceinfo](#) que « cette guerre n'est pas la nôtre » ? Même si Mariani, très proche de la Russie depuis longtemps, évolue dans son couloir : ni Le Pen, ni Bardella ne l'ont consulté pour élaborer leurs prises de position. Ce dernier aurait-il plutôt jeté un coup d'œil aux sondages ? Selon l'Ifop pour [Le Figaro](#), seuls 19 % des électeurs de Marine Le Pen ont une bonne opinion de la Russie, un net différentiel avec ceux d'Éric Zemmour (40 %). Une enquête parue trois jours avant l'interview choc de Bardella...